
Die unverbogene Klarheit, mit der Heiner Geissler die Lage seiner Partei analysiert, ist atemberaubend. »Der Niedergang der europäischen Konservativen«, sagt er in dem Gespräch, das wir mit ihm gemacht haben, »hat damit zu tun, dass diese Parteien in das Schlepptau des Thatcherismus geraten sind... In Wirklichkeit ist diese Philosophie schon gescheitert. Siehe Ostasienkrise, siehe Diskussion um WTO.« Und dann gegen Kohls China-besuch und die Unterschriftenaktion zur Ausländerfrage: »Die CDU muss wieder zu ihrem Menschenbild zurückfinden.«

Das ist der Versuch, die CDU auf der Überholspur gegen die Schröder-SPD in Stellung zu bringen und natürlich eine Kampfansage an den neoliberalen Flügel der eigenen Partei. Jetzt fällt auseinander, was nicht zusammengehört – Kohls Abgang enthüllt die höchst grobkörnige Struktur der Union. Wer soll es schaffen, die Position Geisslers mit der Roland Kochs überein zu bringen? Angela Merkel und Friedrich Merz?

Bleibt die offene Frage, warum – und ob – der Nationalkonservatismus erneut eine Stimme findet. Haider ist ein umstrittenes, aber plastisches Vorbild – eine Figur mit postmodernem Image, populistischer Kraft und in den Nationalismus changierender Weltanschauung. Bis jetzt ist ein deutscher Haider – Gottlob – nicht sichtbar. Aber auch diese Probe steht der CDU noch bevor. Der Euro ist das fast beliebig auspressbare Mobilisierungsthema für den rechten Rand. Die »Krise der Konservativen« – so das Thema unseres April-Heftes – ist im vollen Lauf.

»Die Kirchen befinden sich im schmerzhaften Übergang von einer sakralen Volks- und Milieukirche zur Minderheitengemeinschaft.

Da kann man keine gute Figur machen!« Das sind die zentralen Sätze in der bemerkenswerten Analyse, die der Benediktiner-Pater Elmar Salmann vorlegt. Die Präsenz Christi sei eher ein Ferment, ein Horizont, ein Keim und Samenkorn, kein Ideal, nie die Gänze der Wirklichkeit. Da sieht man die ungeheure Aufgabe, die es darstellen wird, mit Geissler »das christliche Menschenbild« zu restaurieren. Früher war der Katholizismus ein Backbone des Konservativismus. Jetzt sagt unser Autor Salmann, ein Professor in Rom, dass seine Kirche nur ein »fragender, das Vergessene behutsam einklagender, ermutigender Gesprächspartner« sein könne. Wir wollen dieses Gespräch führen. Aber wer noch?

Aber wir verweisen auch auf die fälligen »Fragen«, die der erfahrene Journalist Klaus Harpprecht seinem Berufsstand stellt. Der geht gegenwärtig mit geschwellter Brust durch die Welt. So viel Gewissen war nie! Aber ist es in Ordnung, »Abschussprämien« an mögliche Zeugen zu bezahlen, wie es in der Düsseldorfer »Flugaffäre« offenbar gebräuchlich wurde? Wem ist die Chefetage eines Blattes verantwortlich? Nur den Shareholdern, oder auch den Stakeholdern? Eine selbstkritische Debatte zur Ethik des Journalismus im digitalen Kapitalismus ist dringend.

Unsere Zeitschrift druckt in dieser Nummer auch einen Text des Bundeskanzlers. Es geht Schröder um die zivile Bürgergesellschaft, den offenen Bürgerstaat, genauer gesagt um die Neuformierung einer anti-etatistischen Linken. Ein interessanter Denkanlass; diese Zeitschrift hat prominente Vordenker der Linken gebeten, sich in den nächsten Monaten mit diesem Schröder-Text auseinanderzusetzen.

PETER GLOTZ

Inhalt

Editorial

Aktuelles



Foto: dpa Berlin

Auflösungsprozesse im bürgerlichen Lager. Wir diskutieren die dramatischen Vorgänge in Deutschland und Österreich.

KLAUS HARPPRECHT

Wie sich die Medien als Hüter der Demokratie gefallen

Kontrovers

GERHARD SCHRÖDER

Die zivile Bürgergesellschaft. Zur Neubestimmung der Aufgaben von Staat und Gesellschaft

ELMAR SALMANN

Kirche und Sozialdemokratie stehen vor ähnlichen Problemen

Das Thema:

Die Krise der Konservativen

GESPRÄCH MIT HEINER GEISSLER

»Die europäischen Konservativen haben ihren Charakter als Volksparteien verloren«

THOMAS E. SCHMIDT

Das Ende der Fiktion einer gemeinsamen bürgerlichen Mitte

KURT LENK

Haiders Rechtspopulismus hat Merkmale einer Volkspartei

RAINER MÜNZ

Trotz ihrer langsamen Erosion – ohne die ÖVP läuft in Österreich nichts

NORBERT SEITZ

»Eine Ära Kohl gab es nicht.« Erinnerung an Rüdiger Altmann

Berliner Facetten

Die Reportage

CLAUDIA ALDENHOVEN
Drehort Berlin

Der fremde Blick

MOSHE ZUCKERMANN (TEL AVIV)

Lokalitäten

SUSANN SITZLER
**Einverstanden mit Ruinen.
Die »Sophiensaele« in Berlin Mitte**

Die Glosse

AGNES STEINBAUER
Drautzburgs trotzige Trutzburg

Berlin-Bücher

ESTHER DISCHEREIT
Sünder oder Sündenbock?

Kultur & Kritik

RUTHARD STÄBLEIN
**Der lange Schatten des Mythos.
Zur Aktualität von Jean Paul Sartre**

ROLAND H. WIEGENSTEIN
**Vom feinen Schweigen
und der geteilten Erinnerung**

ZU DEN AUTORINNEN UND AUTOREN
IMPRESSUM

Titelfoto: dpa Berlin



Foto: AKC

**Vor 20 Jahren starb
Jean Paul Sartre. Was
blieb von seinem
Mythos?**



Foto: dpa Berlin

Der Anfang einer langen 25-jährigen Herrschaft.
Helmut Kohl löst 1973 den gescheiterten Rainer Barzel als CDU-Vorsitzenden ab.

KLAUS HARPPRECHT

So viel Gewissen war nie!

Wie sich die Medien als Hüter der Demokratie gefallen

Haben wir nicht Anlass, uns kräftig auf die Schulter zu klopfen (vielleicht auch, vor Vergnügen, auf die Schenkel zu hauen): wir, die Medien-Menschen, die Korrespondenten und Kommentatoren, Moderatoren, Redakteure und Rechercheure, die Herausgeber, Verleger, Direktoren und Intendanten, wir, die Avantgarde der gewissenhaften Nation (ob weiblich, ob männlich), Hüter der öffentlichen Moral, Ersatz-Pastoren, Politik-Prälaten, Kultur-Bischöfe und weiß der Himmel was sonst? Warfen sich nicht selbst die Feuilletonisten furchtlos ins Getümmel, mit den Kollegen der politischen Ressorts konkurrierend, um den Schurken, die einst dort oben so machtvoll throneten, die Leviten zu lesen – und mehr als das: zu zeigen, wo Bartel den Most holt? Haben wir nicht – in dieser miserablen Epoche, in der (angeblich) alle sittlichen Werte schwanken – die durstigen Seelen der Bürger mit einer Flut der Entrüstung überschwemmt, die den Bedarf an zorniger Erhebung (über ertappte Sünder) für Jahrzehnte zu nähren vermag? Ahnten wir denn, wie reich die ethischen Reserven sind, die wir in unseren Busen hegen?

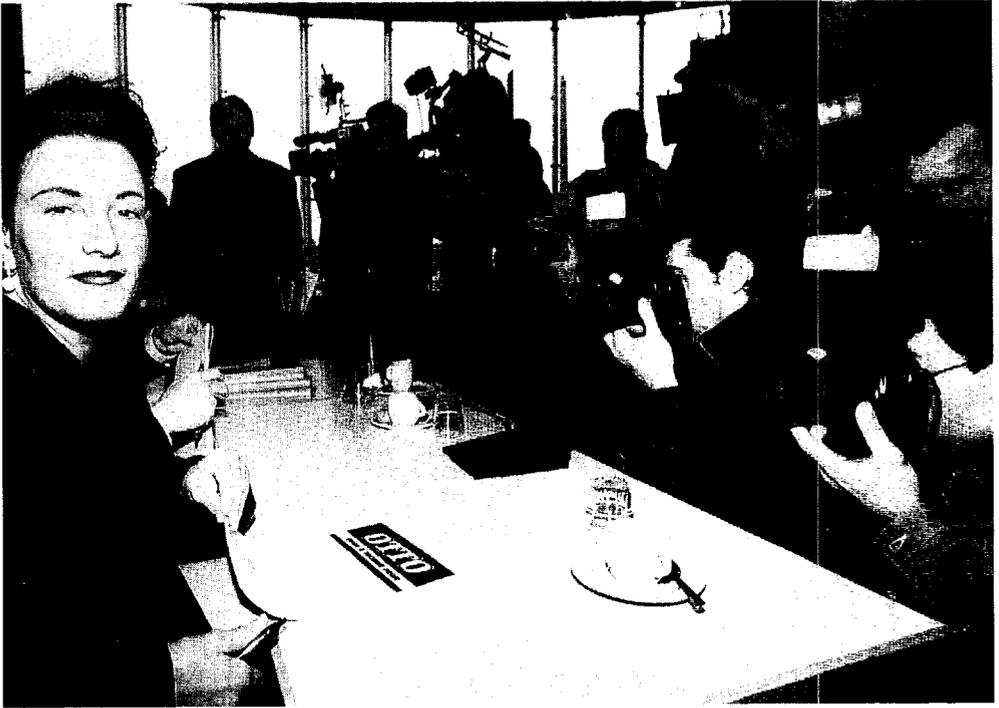
Dürfen wir nicht stolz darauf sein, dass wir den Koloss von seinem Piedestal torkeln sehen (an dem wir selbst, um dies nicht zu verschweigen, auf unsere Weise dann und wann ein wenig mitgemauert haben)? Freilich, er musste zuerst aus dem Amt gejagt und damit der Magie seiner Unverletzlichkeit schnöde beraubt werden: das besorgten die Wähler im Herbst '98, der medialen Elite voraus.

Dennoch: Können wir uns nicht bescheiden, dass die vierte Gewalt der Demokratie

ihre Pflicht erfüllt hat (und mehr als die Pflicht), als es denn so weit war und der gealterte Siegfried nicht länger vom Panzer seiner Autorität geschützt wurde (ach, das Lindenblatt, das fatale, der schwarzen Kassen)? Dass wir, die Protagonisten der Medien-Macht, mithin das unsere beitrugen, die Republik vor ernsterem Schaden zu bewahren? Dass wir, mit anderen Worten, bewiesen, wie unser System in bitterer Krise aufs Prachtvollste funktionierte (als das andere System, das des chronischen Kanzlers der »moralisch-geistigen Wende«, so unversehens in sich zusammengefallen war)?

Der Sturm der Empörung riss auch die bislang Zögernden, die Zweifelnden, die Beharrenden mit nach vorn. In ihrem Willen zu unerbittlicher Aufklärung ließ sich zum Beispiel die FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, die man für geraume Zeit zu den Säulen des Regimes Kohl zählen mochte, von keinem Tag- oder Wochenblatt, von keinem Magazin, von keiner Rundfunk- oder Fernseh-Anstalt, ob privat oder öffentlich-rechtlich, in ihrem heiligen Zorn und sittlicher Resoluthet in den Schatten stellen. Enttäuschte Bewunderung mag die Wut so mancher Schreiber genährt und vorangetrieben haben.

Trotzdem und eben darum: Respekt! Die Herausgeber, die Leitartikler, die Redakteure – ob der bedächtig-kluge Nonnenmacher oder sein neuer Kollege Kohler, der die Nachfolge des rabiateromantischen Erz-Konservativen Reißmüller antrat, ob der Innenpolitiker Fuhr, ob der tief erbitterte Feldmeyer, ob die feinen Federn vom Feuilleton, der brillant-eloquente Schirmmacher, einst (so sagt man) Helmut Kohls Kultur-Berater, an ihrer Spitze: Sie alle scheuten vor keinen Tabus zurück, sie sagten, »was Sache ist« (wie die kernig-neudeutsche Formel geht), sie teilten Hiebe aus, deren knallende Schärfe nicht von Aug-



Die Pilotenwitwe im hochdotierten Zeugenstand. Zahlte ein Nachrichtenmagazin »Abschuss-Prämien« an Sabine Wichmann für Infomaterial gegen NRW-Regierungsmitglieder?

stein, nicht von der SÜDDEUTSCHEN, nicht der ZEIT, nicht vom STERN zu übertreffen war.

Die FAZ – wahrhaft unabhängig

Die FAZ! Die – es ist nicht lange her – in einem meisterlichen Werbefoto den ewigen Kanzler auf dem Bug des Dampfers »Europa« bei der Lektüre eben jener Zeitung für die klugen Köpfe präsentierte und ihm damit bescheinigte, dass er ein trefflicher Lotse der europäischen Einigung war, seines Kurses immer sicher – ein Verdienst, das ihm auch in seinem Elend bleibt, wie nicht oft genug wiederholt werden kann.

Die FAZ. Sie demonstrierte, dass sie ein wahrhaft unabhängiges Blatt ist, wenn sie nur will, dass sich ihre Mannschaft, wenn sie nur will, am Rigorismus von LE MONDE in Augenblicken der Prüfung sehr wohl messen darf, ja, dass sie das Zeug hat, wenn sie nur will, eine Institution à la NEW YORK TIMES zu werden.

Es verdunkelt ihren moralischen Ruhm nur flüchtig, dass sie sich im Falle Haider in

einer starrköpfigen Auflehnung gegen die Intervention der Europäischen Union gefiel: Als habe die einmütige Reaktion auf den Papen'schen Hochmut des ehrgeizig-agilen Ersatzkanzlers Schlüssel nicht sichtbar gemacht, dass es eine europäische Union der Werte, aber auch eine europäische Innenpolitik gibt (von der man wünschte, dies ist nur zu wahr, dass sie sich früher geregt und einst den Ministerpräsidenten Berlusconi samt seinem neo-faschistischen Anhang mit ähnlicher Konsequenz in die Ecke gestellt hätte, von der Allianz mit den Kommunisten in Frankreich zu schweigen).

Allerdings, der Wiener Polit-Korrespondent des Blattes hat schon seit Jahren das konservative Bündnis mit dem agilen Ausbeuter der Ressentiments (die nicht nur spezifisch österreichisch sind) in fast verzücktem Eifer herbeigeredet, lange vor Edmund Stoiber, dem bayerischen Exerziermeister rechtskonservativen Ordnungsgeistes. Dieser trommelnde Asket will nicht begreifen, dass nicht

in Österreich (und schon gar nicht in Deutschland) geduldet werden kann, was in anderen Ländern dahingehen mag: Denn wir sind aus der Geschichte nicht entlassen – wie es manche unserer südöstlichen Basen und Vettern in ihrer Opfergesinnung so gern gehabt hätten. Außerdem: Es ist der wahre Segen Europas, dass es die nationale Souveränität, die ohnedies nur ein Fetisch ist, Schritt für Schritt außer Kraft setzt.

Das ist's, was Haider und sein dumpfer Anhang nicht wahrhaben wollen. Weil er zu eitel und zu schlampig war, sich zu diesem Kern der Probleme durchzubeißen, konnte Erich Böhme, der zuvor das Maul so fahrlässig aufgerissen hatte, von dem alpenländischen Groß-Feschisten (Armin Thurnher vom Wiener *FALTER*) durch den lächelnden Zynismus des virtuosen Jongleurs der Halbwahrheiten nahezu beiläufig und vor allem blamabel abserviert werden. Nein, ein Hitler ist Haider nicht. (Oberdies wäre Hitler heute nicht Hitler – nicht der, den wir kennen.) Wohl aber demonstriert er Talente, die ihm Goebbels vererbt haben mag, der Propagandist, der – wäre er wiedergeboren – mit den Chancen des Fernsehens meisterlich zu spielen vermöchte.

»Abschuss-Prämien« für die Pilotenwitwe
Soviel zu unserem medialen Hochgefühl. Oberhaupt bleibt, trotz der Triumphe unserer gerechten, allzu gerechten Erregung über die schwarzen Sünder ein Rest von Unbehagen. Nicht nur, weil die Demontage einer Volkspartei das innere Gleichgewicht der größeren Bundesrepublik gründlich zu erschüttern droht. Nicht nur, weil auf der Rechten ein Vakuum aufgerissen werden könnte, das Stoiber mit seinen kalkulierten Appellen an alt-nationale Emotionen und neu-nationale Ängste vielleicht im Bayernland auszustopfen vermöchte: aber kaum in Ost-Deutschland oder an Rhein und Ruhr, auch nicht bei einer bundesweiten Expansion seiner *CSU*.

Aber da ist noch eine Kleinigkeit, die unseren Jubel über die Siege der medialen Tugend

dämpft. Dies: Unsere französischen Nachbarn zeigten sich nicht so rasch bereit, Kohl in den Orkus zu verbannen. Sie vergessenen zuverlässigen Europäer nicht. Obendrein haben sie schmerzlich genug erfahren, dass lautere Absichten und sündhafte Neigungen sich des Öfteren zu einer merkwürdigen Koexistenz in der Brust der Staatsleute (und der gewöhnlichen Erdenbürger) vereinen. Ihre ironische Skepsis stünde uns nicht schlecht an. Claude Imbert, der Herausgeber des Wochenmagazins *LE POINT*, schrieb ein wenig beunruhigt, in Deutschland rieche es leicht nach »Schlachthaus«, »als tobten sich die Erzengel der Tugend in der Abdeckerei ziemlich lustvoll aus«.

Das ist ein starkes Bild. Aber es erinnert uns daran, dass auch unsere Wächter der republikanischen Reinheit nicht immer der Versuchung widerstanden, Robespierre zu spielen. Dann und wann wurde die Heerschar der Reporter (zupal der elektronischen Medien) auch vom Furor des Meuten-Instinkts vorangejagt. Man beklagte, nicht völlig zu Unrecht, den Tumult von Hysterie und Treibjagd. Der Aufwand an Heuchelei – von der sich Gerhard Schröder klug entfernt hielt – streifte da und dort die Zone des Unerträglichen.

In der Tat: So viel Gewissen war nie! Es nährte sich, man darf es nicht verschweigen, auch aus dem schlechten Gedächtnis der Klügeren, die seit der Flick-Affäre den Skandalen gewitzt aus dem Wege gingen. Die »Luftnummern« in Nordrhein-Westfalen lassen sich, das ist gewiss, mit den Millionen-Verschiebungen der *CDU* nicht vergleichen. *DER SPIEGEL* allerdings hängte sie, um seine unparteiische Position zu bekräftigen, so hoch es nur ging. Das ist verständlich. Aber was soll man von der Praxis halten, Informations-Honorare an Zeugen zu zahlen, die nicht allzu streng mit den Ellen der Seriosität gemessen werden dürfen (wie die hübsche Pilotenwitwe Wichmann)? Man sagt, diese Übung sei bei reichen Magazinen und bei der Boulevard-Presse längst nicht mehr unge-

wöhnlich, ja man sprach sogar, vielleicht übertreibend, von »Abschuss-Prämien«, die ausgesetzt worden seien. Wurden die eher düsteren Erfahrungen mit dem Manipulator Pfeifer (im traurigen Fall Barschel-Engholm) so rasch wieder verdrängt?

Das würde die Genugtuung, die wir, das Volk der Journalisten, uns in den vergangenen Monaten mit leicht geschwollenen Köpfen zuerkannten, auf unziemliche Weise schmälern. Aber vielleicht ist dies das heimliche Motiv, das die Chefredaktion an der Hamburger Ost-West-Straße lenkte: Wir sollten lernen – siehe oben –, dass wir am Ende doch nicht die besseren Menschen sind als die dort droben auf dem Prüfstand der Politik?

P.S. Im Übrigen: Wo bleibt die kritisch-investigative Biografie des Franz Josef Strauss, die uns dieses und jenes Lichtlein über den begabten Nachfolger Stoiber aufstecken könnte?

Kontrovers

GERHARD SCHRÖDER

Die zivile Bürgergesellschaft Anregungen zu einer Neu- bestimmung der Aufgaben von Staat und Gesellschaft

I.

Wer die Diskussionen der letzten Wochen und Monate verfolgt hat, kommt nicht umhin, eine allgemeine Unzufriedenheit mit »der Politik« zur Kenntnis zu nehmen. Dies ist wohl zuallererst eine Unzufriedenheit mit einem bestimmten politischen Personal, und diese Art von »Politikverdrossenheit« ist keineswegs neu. Im vorliegenden Fall ist sie recht genau an der Krise fest zu machen, in welche die CDU durch ihre Finanzaffären und deren unvollständige Aufklärung geraten ist.

»Das Buch versammelt in loser Chronologie vierundzwanzig Kapitel, die als Schaubilder für eine gelebte politische Ethik gelten können.« *Neue Zürcher Zeitung*

»Ein Buch gegen die herrschende Sprachlosigkeit und über den Wert moralischer Argumentation in Zeiten des Krieges.« *Badische Zeitung*

Ekkehart Krippendorff

Die Kunst, nicht regiert zu werden

Ethische Politik von Sokrates bis Mozart
Geb. 468 Seiten. DM 56,-



Suhrkamp

Zwar haben wir es nicht mit einer Krise von Demokratie und Rechtsstaat zu tun. Die Institutionen haben sich bewährt. Was die augenblickliche Verdrossenheit jedoch von anderen, konjunkturellen Befindlichkeiten der Gesellschaft unterscheidet, ist unter anderem der Umstand, dass sie sich trifft mit einem allgemeinen Gefühl der Ungewissheit, was Politik überhaupt noch vermag. Die rasanten Veränderungen, die mit dem Stichwort »Globalisierung« einhergehen, die tief greifenden Brüche auf den Arbeitsmärkten erschüttern und verunsichern die Menschen in ihrem Alltag. Die Gesellschaft spürt – womöglich mehr, als dass sie es weiß –, dass manche Gewissheiten der politischen und sozialen Geografie nicht mehr unverrückbar feststehen. Angesichts von Globalisierung, *shareholder value* und der steigenden Bedeutung internationaler Verflechtungen – was soll, was kann da noch Politik? Schon ist vom »Verschwinden des Politischen« insgesamt die Rede.

Ich denke, das Gegenteil ist notwendig: eine Rückkehr der Politik. Die großen Fragen der beginnenden Epoche – wie organisieren wir Sicherheit und Gerechtigkeit in der »Wissensgesellschaft«; welche kulturellen und sozialen Orientierungen wollen wir im *Internet*-Zeitalter unseren Kindern geben; wie soll sich der Staat in einer Gesellschaft drastischer Veränderungen organisieren – sind nicht anders zu lösen als durch Politik.

Allerdings muss die Politik sich dafür auf ihre zentralen Aufgaben besinnen. Und die lauten nicht nur: den geschäftlichen und sozialen Verkehr durch Recht und Gesetz zu regeln, sondern auch: Antworten auf die Hoffnungen und Ängste der Menschen zu suchen. Gerade für Sozialdemokraten ist dies die Zeit, sich den »großen« gesellschaftspolitischen Fragen zu stellen, wenn man so will: ein »gesellschaftliches Projekt« zu entwickeln: Wie wollen, wie sollen wir in Zukunft Gerechtigkeit und Beteiligung, Solidarität und Innovation erreichen; wie gestalten wir eine lebenswerte Gesellschaft, die nicht

ausgrenzt und in der die Fähigkeiten aller am besten zur Geltung kommen? Wie die Initiative fördern, die Schwachen schützen und die Stärkeren zu ihrem Beitrag ermuntern?

II.

Dies sind die Fragen, vor deren Hintergrund wir die aktuellen Überlegungen um eine grundsätzliche Stärkung und Erneuerung der Zivilgesellschaft diskutieren sollten. Es geht hier nicht um das Aufbrechen totalitärer oder vormundschaftlicher Strukturen, gegen die der Begriff »Zivilgesellschaft« in den Staaten des »real existierenden Sozialismus« mobilisiert wurde. Schon gar nicht haben wir gegen Apartheid oder Militärherrschaft zu kämpfen. Aber auch der oft wohlfeile Slogan von »Entbürokratisierung« und »Deregulierung« trifft den Kern einer zivilgesellschaftlichen Identität nicht. Wenn die Politik Motor und Mitspieler der sozialen Modernisierung sein soll, genügt es nicht, ein paar Ämter aufzulösen und ein paar Vorschriften zu streichen.

Zumal die hauptberuflichen »De-Regulierer« oft genug nichts anderes im Sinn haben als die Abschaffung gesellschaftlicher Beteiligungsrechte – also das Gegenteil von einer zivilen Bürgergesellschaft.

Mir geht es beim Konzept der modernen Zivilgesellschaft um etwas anderes: um eine »Zivilisierung des Wandels« durch politische Integration und ein neues Bürgerbewusstsein. Um mehr Eigenverantwortung, die zu Gemeinwohl führt.

Das Ziel ist weder die Abschaffung des Staates noch der Rückzug der Politik. Wenn die Politik sich aus ihrer Verantwortung zurückzieht oder sich unter Hinweis auf die gewaltigen internationalen Flichkräfte nicht mehr an der Gestaltung beteiligt, überlässt sie die Gesellschaft ihren Zerreißproben.

Die Veränderungen der Arbeitswelt zwingen mehr und mehr Menschen in »gebrochene Erwerbsbiografien«. In der Wissensgesellschaft hat keiner mehr »ausgelernt«. Die Marx'sche Utopie: »Morgens

Jäger, mittags Fischer, abends kritischer Kritiker« hat sich bei manchen schon als böse Farce verwirklicht: Morgens Zeitungsausbringer, tagsüber Fachgehilfe, nachts kritischer Taxifahrer... Gesicherte Erwerbsverhältnisse sind längst keine Selbstverständlichkeit mehr, und das führt ganz natürlich zu Unsicherheiten. Ein »Angstrohstoff« (*Oskar Negt*) entsteht – und man muss die Gefahren eines »Rechtspopulismus« gar nicht erst beschwören, um die Bedrohung der zivilen Gesellschaft deutlich zu machen.

III.

Gewiss: Ängste muss man ernst nehmen, aber Chancen sollten wir wahrnehmen. Die Chancen einer erneuerten Zivilgesellschaft scheinen mir noch gar nicht ergründet. Dazu ein anekdotisches Beispiel: Ein sozialwissenschaftliches Forschungsteam wollte das bürgerschaftliche Engagement der Deutschen erheben.

Zunächst sagte die überwältigende Mehrheit der Befragten: »Nein, ein Ehrenamt üben wir nicht aus, und wir wollen auch keines ausüben«; »nein«, antwortete eine ebenso große Mehrheit, »freiwillige soziale Arbeit machen wir nicht, und dafür haben wir auch gar keine Zeit.«

Dann stellten dieselben Interviewer dieselbe Frage noch einmal – allerdings anders formuliert. Sie fragten nach dem, was die Menschen in ihrem Alltag wirklich tun: Ob, und wenn ja, wie sie sich an »gesellschaftlichen Aufgaben« in ihrem Umfeld beteiligen, an Nachbarschaftshilfe, Selbstorganisation, Betreuungsaufgaben, kommunalen Initiativen...

Die Antworten waren erstaunlich: 38 Prozent der Deutschen sind, im weiteren Sinne, regelmäßig »ehrenamtlich« tätig. Mehr als die Hälfte der Befragten kann sich ein solches Engagement für die Zukunft »vorstellen«. Weit mehr als 80 Prozent, die überwältigende Mehrheit, wären demzufolge für bürgerschaftliches Engagement zu gewinnen.

Natürlich sind viele Bürger stolz auf ihr Ehrenamt, das sie freudig und überzeugt aus-

üben. Fragt man aber allgemein nach »Ehrenamt« oder »freiwilliger Arbeit«, dann denken die meisten zunächst an »Amt« und »Arbeit«.

Das ist die eine Seite. Die andere betrifft den Begriff der »Ehre«. Die Bürgerinnen und Bürger wissen für sich selbst sehr wohl, dass »Ehre« etwas ist, das einem »zuteil« wird. Das also mit Anerkennung zu tun hat. Deshalb ist es auch nicht erstaunlich, dass vergleichsweise wenige Arbeitslose sich zu einem »Ehrenamt« bekennen; hingegen vergleichsweise viele Erwerbstätige sich durch »Ehrenamt« auch geehrt fühlen. Solange die Erwerbsarbeit ein zentrales Moment nicht nur der gesellschaftlichen Anerkennung ist, sondern auch der Selbsteinschätzung, ja, der menschlichen Würde überhaupt, wird ein Arbeitsloser das »Ehrenamt« allenfalls als gesellschaftlichen Trost empfinden.

Das, zusammen mit den Prophezeiungen vom »Ende der Erwerbsarbeit« überhaupt, ist für mich der blinde Fleck in allen Konzepten, die sich von »Ehrenamt« und »Bürgergeld« eine neue soziale Realität erhoffen. Ich fürchte, so einfach wird es nicht gehen. Das Ehrenamt kann nur Zusatz zur Arbeit sein, nicht deren Ersatz.

IV.

Staat und Zivilgesellschaft stehen in einem Spannungsverhältnis zueinander, aber nicht in unversöhnlichem Gegensatz. Die Zivilgesellschaft braucht einen besseren, einen aktiven und aktivierenden Staat.

Eine der großen Illusionen, vor allem in der sozialdemokratischen Gesellschaftspolitik, ist die Vorstellung, »mehr Staat« sei das beste Mittel, um mehr Gerechtigkeit zu erreichen. Aber die Aufwendung oder gar Ausweitung der »klassischen« Interventionsmittel Gesetz, Gewalt und Geld kann in einer Gesellschaft, »in der das Bewegen so wichtig geworden ist wie das Ordnen« (*Alain Touraine*), nicht mehr ausreichen. In Wirklichkeit führt ein immer größerer »Verantwortungs-Imperialismus« des Staates gegenüber der Gesellschaft geradewegs zur Abschaffung des Politischen.



Foto: dpa Berlin

November '99: Gipfeltreffen von Mitte-links-Politikern in der Villa La Pietra in Florenz. Zwischen Gerhard Schröder und Bill Clinton Brasiliens Präsident Fernando Cardoso.

Gerade weil aber die Herstellung und Bewahrung sozialer Gerechtigkeit in einem umfassenden Sinne oberstes Ziel sozialdemokratischer Politik ist und bleibt, können wir uns nicht mehr auf Verteilungsgerechtigkeit beschränken. Dies geht schon deshalb nicht, weil eine Ausweitung der Sozialhaushalte nicht zu erwarten und übrigens auch nicht erstrebenswert ist. Für die soziale Gerechtigkeit in der Wissens- und Informationsgesellschaft ist vor allem die Herstellung von Chancengerechtigkeit entscheidend.

Für das gesellschaftliche Projekt der Teilhabe und Teilnahme möglichst aller am Haben und Sagen kommt es darauf an, Ausschluss und Ausgrenzung Einzelner oder ganzer Gruppen der Bevölkerung zu verhindern, indem wir ihre sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Fähigkeiten fördern.

Auf die politische Ebene übertragen, heißt das für mich, ganz im Sinne des

Goethe-Wortes, wonach diejenige Regierung die Beste sei, »die uns lehrt, uns selbst zu regieren«, dass wir der Gesellschaft Raum schaffen, ihre Belange selbst zu regeln – und zugleich den Beitrag jedes Einzelnen zur Gestaltung seines eigenen und des gesellschaftlichen Lebens einfordern. »Fördern und fordern« scheint mir auch im Hinblick auf die Zivilgesellschaft eine richtige Maxime politischen Handelns.

V.

Die Erneuerung der Zivilgesellschaft ist aber nicht bloß eine Option unter vielen. Sie ist ein Gebot, wenn wir nicht nur die Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit beherzigen wollen, sondern auch den ersten, vornehmsten Artikel des Grundgesetzes: »Die Würde des Menschen ist unantastbar.«

In der sozialen Marktwirtschaft, wie wir sie kennen, basieren die gesellschaftliche Teilhabe wie auch die umlagefinanzierten

Systeme der sozialen Sicherung auf der Annahme, dass eine große Mehrheit nicht nur sozialversicherungspflichtig, sondern in Vollerwerbsverhältnissen beschäftigt ist. Diese Annahme wird schon durch die demografische Entwicklung in Frage gestellt, die bereits für das Jahr 2040 prognostizieren lässt, dass dann 37 Prozent der Bevölkerung älter als 59 Jahre sein werden. Digitalisierung der Produktion, immer kürzere Innovationszyklen und die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte machen das Vollerwerbsverhältnis als Dreh- und Angelpunkt der gesellschaftlichen Teilhabe zum kaum noch zukunftstauglichen Modell.

Mit den Veränderungen in der Arbeitswelt verändert sich aber auch die gesellschaftliche Arena. In der vollerbwerbsgestützten sozialen Marktwirtschaft sind Arbeit und Kapital durch ein enges Geflecht sozialer und tariflicher Verträge aneinander und an die Gesellschaft gebunden. Dieses Modell einer vertraglich durchkonstruierten Gesellschaft verliert mit der Auflösung der klassischen Wirtschaftsmuster an Bedeutung. So, wie der eine Arbeitsplatz auf Lebenszeit immer weniger die Regel sein wird, hat sich auch das Kapital in globalisierten, großen Aktiengesellschaften entpersonalisiert.

Unter diesen Bedingungen wird die Zivilgesellschaft zum wichtigsten Ort der sozialen Teilhabe. In ihr muss die Identifikation geschaffen werden, die den Einzelnen an die Werte und Ziele der Gesellschaft bindet. Den Bürgern wird in dieser Zivilgesellschaft ein Stück Subsidiarität und Selbstbestimmung zurückgegeben. Das verlangt die Bereitschaft zur Eigenverantwortung, aber es verlangt auch einen Staat, der sich darauf konzentriert, die Bedingungen für Gerechtigkeit zu schaffen und die Infrastruktur gesellschaftlicher Solidarität zu garantieren. Nur ein starker, glaubwürdiger Staat hat übrigens auch die Möglichkeit, das Engagement der wirtschaftlich Mächtigen einzufordern. Aber was ist ein starker, glaubwürdiger Staat?

Mit Sicherheit nicht der Staat, der überall ist. Nicht der omnipräsente Staat ist stark, sondern der aktive und aktivierende Staat. Der Staat, der die Stärke des Rechts und die Einhaltung der Regeln des sozialen Wettbewerbs garantiert.

VI.

Ich gebe zu, dass der Sozialdemokratie die Abgrenzung zwischen Sozialstaat und Zivilgesellschaft nicht immer leicht gefallen ist. Zwar ist der Kampf um Selbstbestimmung konstitutiv für die deutsche Arbeiterbewegung, und genossenschaftliche Selbstorganisation ist gewissermaßen »ursozialdemokratisches« Erbe.

Aber insbesondere bei den Gewerkschaften trat schon Ende des vergangenen Jahrhunderts die Einsicht in den Vordergrund, dass auch die stärkste Arbeiter-Assoziation die notwendigen Mittel für die soziale Sicherung einer häufig Not leidenden Arbeiterschaft nicht aufbringen könnte.

Wenn auch der Gedanke zunächst dominierte, die Autonomie der Hilfskassen vor staatlichem Zugriff zu bewahren, knüpften sich doch – entgegen aller revolutionären Terminologie – mehr und mehr Hoffnungen an den Sozialstaat, dessen Grundlagen Bismarck eigentlich geschaffen hatte, um die Sozialdemokratie wirksamer zu bekämpfen.

Die gemachte Erfahrung, dass der Staat tatsächlich für den Schutz der Arbeiter und der Schwachen in die Pflicht zu nehmen war, hat die Sozialdemokratie in der Folgezeit stark geprägt – auch wenn der Staatsgedanke in der Partei noch lange unklar und umstritten blieb.

Zwar hat sich die materielle Lage der Arbeitnehmer grundlegend geändert, und spätestens mit dem Godesberger Programm hat die SPD auch ihre theoretische Ausrichtung dem Bekenntnis zum demokratischen Rechtsstaat in einer sozialen Marktwirtschaft angepasst.

Dabei waren, nach den Erfahrungen der »Gleichschaltung«, der brutalen Verstaatlichung des zivilen Lebens durch die Natio-

nalsozialisten, große Vorbehalte gegen ein allzu weites Vordringen des Staates in die Belange der Gesellschaft geblieben. Aber das Beharren auf einem starken Sozialstaat, der unparteiisch die gesellschaftliche Solidarität organisiert, blieb besonders in einer Zeit vorherrschend, da weite Teile der Sozialdemokratie glaubten, hauptsächlich durch Umverteilung soziale Gerechtigkeit herstellen zu können. Auch heute höre ich von manchen Parteifreunden den – nachvollziehbaren – Einwand gegen zivilgesellschaftliche Überlegungen, man dürfe die Solidarität doch nicht »privatisieren« und gewissermaßen dem Gutdünken Einzelner überlassen.

Schmerzlicher als die meisten anderen Völker haben wir Deutschen erlebt, zu welcher grausamen Verbrechen ein Mangel an Zivilität führen kann. Und mehr als ein halbes Jahrhundert später war es vor allem die Zivilcourage der Menschen in der DDR, welche die Berliner Mauer zum Einsturz gebracht hat.

Für die zivile Bürgergesellschaft scheint mir die Hegel'sche Definition auch heute noch tauglich: »Meinen Zweck befördernd, befördere ich das Allgemeine, und dieses befördert wiederum meinen Zweck.« In der modernen Diskussion um Begriffe wie die »Kulturgesellschaft« ist in der französischen Öffentlichkeit »das Streben nach Vortrefflichkeit« als »gemeinsames Ziel aller« benannt worden. Das heißt: Wirtschaftliches Handeln muss sich einem sozialen Sinn zuordnen – »Vortrefflichkeit« muss wieder öffentliche, soziale Tugend werden. Amerikanische Reformer sprechen von *excellence*, britische Sozialdemokraten beziehen sich auf die Politik der *best practice*. Genau daran, an der Befähigung zur Vortrefflichkeit – im Wissen, im Wirtschaften, im sozialen Handeln – muss sich der aktivierende Staat messen lassen.

VII.

An vier beispielhaften Aufgabenfeldern ließe sich die Diskussion um Staat und Zivilgesellschaft meines Erachtens sinnvoll konkre-

tisieren: an der Reform des Gesundheitswesens, an der Erneuerung unserer Städte, am Stiftungsrecht sowie an der Kommunikations- und Computerkultur.

Im Gesundheitswesen steht die Gesellschaft vor der Frage, welche Medizin sie zu welchen Kosten vorhalten kann, und wie der Beitrag der Versicherten zur Erhaltung ihrer eigenen Gesundheit und zur Pflege anderer aussehen kann.

Fragen der Gesundheit – Einschaltquoten entsprechender Sendungen und Verkaufszahlen von Zeitungen mit Gesundheitsthemen zeigen es – beschäftigen die Menschen brennend.

Längst ist die große Mehrheit der Patienten zu interessierten, informierten Subjekten geworden, die nicht einfach nur »behandelt« werden wollen. Viele Menschen sind bereit, Therapiemaßnahmen auch durch außergewöhnliche Anstrengungen aktiv zu unterstützen. Die weit verzweigten Tätigkeiten von Selbsthilfe- und Unterstützungsgruppen sind zum Beispiel aus der Versorgung chronisch Kranker gar nicht wegzudenken.

Andererseits sind die Möglichkeiten, aber auch die Kosten der modernen Medizin so komplex geworden, dass ein Gesundheitswesen ohne finanzielle, geistige und, in diesem Fall buchstäblich körperliche Selbstbeteiligung der Versicherten nicht mehr vorstellbar ist. Auch gilt es nicht mehr automatisch als »reaktionär«, wenn selbst Ärzte vorschlagen, nicht bei jedem kleinen Zipperlein den möglichst hoch spezialisierten Facharzt aufzusuchen. Die Möglichkeiten von *Internet* und *Online*-Diensten werden schon heute mehr und mehr darauf untersucht, Patienten an der Organisation ihrer eigenen Medizin- und Behandlungspläne zu beteiligen.

Was kann der Staat tun, was sollte die Gesellschaft tun? Gewiss, der Staat muss den Wettbewerb der Versicherungen überwachen, für die Ärzteausbildung und die Voraussetzungen medizinischer Forschung sor-

gen. Gegenüber der Gesellschaft aber müsste er wohl eher Verhandlungspartner sein, der mit den Akteuren Möglichkeiten und Grenzen der Medizin bespricht, die Gesellschaft in den Stand versetzt, das Gesundheitswesen entsprechend den Anforderungen und Fähigkeiten der Beteiligten zu gestalten. Hier eröffnet sich ein Feld, auf dem die Zivilgesellschaft ihre Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, bestens unter Beweis stellen kann – und die Voraussetzungen scheinen nicht schlecht.

Ähnliches gilt für die Erhaltung und Erneuerung unserer Städte. Es liegt in der Natur der Sache, dass die zivile Bürgergesellschaft sich am ehesten in der eigenen Kommune, im eigenen Stadtviertel manifestiert. Hier ist das zivilgesellschaftliche Beziehungsnetz am dichtesten und am leichtesten überschaubar.

Andererseits ist die Gestaltung des gesellschaftlichen Raumes, die Schaffung und Erhaltung lebenswerter und bewohnbarer Städte, eine ganz vorzügliche Aufgabe für die Zivilgesellschaft.

Selbstverständlich muss auch hier der Staat als Garant der Regeln auftreten. Aber nicht immer sichert ein langes Planfeststellungsverfahren auch die beste Bürgerbeteiligung.

Erste Erfahrungen mit dem von der Bundesregierung initiierten und unterstützten Programm *Die soziale Stadt* zeigen die vielfältigen Möglichkeiten zivilgesellschaftlicher Beteiligung: Hier entstehen nicht nur Arbeitsplätze, gleichzeitig wird auch etwas für die Sicherheit der Bürger und die soziale Integration getan. Dies gelingt aber nur, wenn der Staat sich nicht anmaßt, besser zu wissen, was für die Bürger gut ist.

170 Millionen Mark hat der »Stiftungsverband für die Deutsche Wissenschaft« im vergangenen Jahr an Wissenschaftler und Forscher ausgeschüttet. Das waren elf Millionen Mark mehr als im Vorjahr – und trotzdem war es nicht genug. Man muss dazu sagen: Die Steigerung der Mittel ist umso bemerkenswerter, als das neue, solches Engage-

ment begünstigende Stiftungsrecht im fraglichen Zeitraum noch nicht in Kraft war.

Das neue Stiftungsrecht wird denen, die es wollen, Möglichkeiten schaffen, hier in größeren Dimensionen tätig zu werden. Aber es geht der von mir geführten Bundesregierung eben nicht nur darum, »große Vermögen« zur Finanzierung gesellschaftlich wichtiger Aufgaben zu ermutigen. Sozialdemokraten haben keinen Grund, gegen das Mäzenatentum zu sein.

Viele von denen, die dank einer guten akademischen Ausbildung zu Wohlstand und Ansehen gekommen sind, sind durchaus bereit, der Gesellschaft etwas zurückzugeben. Geld- und Sachvermögen in vielfacher Milliardenhöhe werden in den nächsten Jahren durch Erbschaft weitergegeben werden.

An jüngere Generationen, die vielleicht nicht im »Stiftungsverband für die Deutsche Wissenschaft« organisiert sind – und es womöglich auch nicht sein wollen. Die aber mit Sicherheit einen Teil ihres ererbten Vermögens der Allgemeinheit zugute kommen lassen werden – wenn wir sie denn lassen und sie dazu ermuntern.

Besonderen Wert lege ich schließlich auf das Engagement jener vorwiegend jungen Leute, ich meine damit Programmierer und Computerfreaks, die freiwillig und unentgeltlich andere Menschen im Umgang mit Computerkommunikation schulen. Nicht der Zugang zur *Hardware* ist das Problem, sondern das Beherrschen der *Software*. Rechner und *Online*-Zugänge sind heute beinahe für jedermann erschwinglich, die Gefahr der Ausgrenzung aus der Medien- und Informationsgesellschaft – wie übrigens die Gefahr der Überfütterung – droht demjenigen, der die Technik nicht zu nutzen weiß.

Menschen, die sich auf diesem Gebiet für die zivile Bürgergesellschaft engagieren, leisten einen unschätzbaren Beitrag. Zudem schließen sie eine unbefriedigende Lücke, die bisher die Diskussion um das Bürger-Engagement gekennzeichnet hat. In der öffentlichen Debatte werden »ehrenamtliches« En-

agement oder »Bürgerarbeit« noch immer weitgehend mit »Sozialarbeit« gleich gesetzt. Wenn es auch stimmt, dass das klassische Betätigungsfeld für bürgerschaftliches Engagement Betreuungs-, Nachbarschafts- und Pflegedienste sind, hat sich durch die massive Verbreitung der modernen Kommunikationsmittel der Aufgabenbereich für soziales und kulturelles Engagement erheblich erweitert. Außerdem hat diese Art von freiwilliger Bürgerarbeit für sich, dass sie unmittelbar zur gesellschaftlichen Produktivität und Kreativität beiträgt.

Immer häufiger berichten mir Kenner der Szene, dass im *Internet* Computerprogramme bis hin zu ganzen Betriebssystemen sozusagen in »virtuellem Teamwork« entwickelt und verbessert werden. Dabei kann jeder Nutzer solche Programme kostenlos herunterladen und sich *online* am Entwicklungsprozess beteiligen.

Schon heute, sagen die Computerfreaks stolz, seien viele *Websites* und *Chat-corners*, die sich mit technischen Fragen befassen, die »reine, weltweit praktizierte Nachbarschaftshilfe«.

Natürlich werden auch Computerprogramme nach wie vor überwiegend kommerziell geschrieben und vermarktet. Das Interessante an den beschriebenen Experimenten ist aber offenbar, dass ihre Erfinder den zum Programmieren unerlässlichen »Quellcode« – also den »Schlüssel« des Programms – nicht etwa vor möglicher Konkurrenz geheim halten, sondern im *Internet* veröffentlichen und damit alle freiwilligen Mitarbeiter zum Mitmachen befähigen. Auch wenn man – wie ich – nicht genug von den technischen Feinheiten versteht: Dieses Zurverfügung-Stellen des »Quellcodes« halte ich auch gesellschaftlich für eine ausgezeichnete Metapher. Die Zivilgesellschaft lebt also nicht nur von der Mobilisierung gegen Privilegien und Herrschaft, sondern auch von der tendenziellen Abschaffung des Herrschaftswissens.

VIII.

Die Diskussion um Staat und zivile Bürgergesellschaft steht erst am Anfang. Mir scheint

dennoch jetzt schon gewiss, dass die Erfahrungen mit einer »aktivierten« Zivilgesellschaft unser Staatsverständnis nachhaltig verändern werden. Dabei dürfen wir uns nicht auf einen Selbstlauf verlassen. Als Instrument, die Zivilgesellschaft an die Strukturen der modernen Ökonomie heranzuführen, ist der Staat unverzichtbar. Aber der Staat muss auch den Willen zu einer solchen Förderung der Zivilgesellschaft aufbringen und umsetzen.

Der Staat wird dafür weniger in Behörden agieren müssen als in lokalen und regionalen Netzwerken. Zu seinem Instrumentarium werden Verhandlungsgeschick und Überzeugungsarbeit mindestens so sehr gehören müssen wie Geld und Vorschriften.

Einen solchen Staat kann man sich als wirkungsvoller und effizienter zugleich vorstellen. Er ist nicht der »Expertenstaat«, der zwischen Juristen und Markt kaum noch Raum lässt, sondern ein »offener Bürgerstaat«, der den Schutz der Schwachen garantiert, indem er das Gemeinwesen zu gemeinschaftlicher Verantwortung ermuntert.

Eines jedoch darf bei der angestrebten »Rückkehr des Politischen« nicht außer Acht gelassen werden: Eine gute Gesellschaftspolitik ist ohne gute Wirtschaftspolitik nicht zu haben. Augenblicklich läuft die Wirtschaft Gefahr, sich auf internationale Notwendigkeiten zurückzuziehen. Für viele Menschen stellt sich das genau anders herum dar: Vieles an der Entwicklung ist ihnen zu weit entfernt, anderes zu individuell und zu vereinzelt. Politik hat hier die Aufgabe, ein neues, besseres Verhältnis zwischen Nähe und Distanz zu schaffen. Subsidiarität, die Rückgabe von Verantwortung an die Menschen, die diese Verantwortung tragen können und wollen, ist kein »Geschenk« des Staates, sondern gesellschaftspolitische Notwendigkeit.

Die Zivilgesellschaft folgt dem Prinzip der Rückkehr zu kleinen Einheiten. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik muss dafür sorgen, dass diese Einheiten lebbar und lebensfähig werden.

Die Dialektik eingelöster Ideale Kirche und Sozialdemokratie stehen vor ähnlichen Problemen

Seit die gesamte zivilisierte Welt sozialdemokratisch denkt, fühlt, handelt, entscheidet, ist eine Partei, die diesen Namen trägt, überflüssig geworden – oder austauschbar: Sie findet sich zum Verwechseln ähnlich in allen Formationen und Bewegungen wieder, ob sie sich nun liberal, christdemokratisch oder exkommunistisch nennen. Die sanften Revolutionen von 1958, 1968, 1989 haben die Partei aufgelöst – wegen der Übererfüllung, der Einlösung aller ihrer Ideale und Anliegen.

Und wird man etwas Vergleichbares nicht auch vom Christentum sagen können? Alle Welt hängt irgendwie christlichen Werten an, ist offen, menschenfreundlich, dem humanen Handeln Christi zumindest nicht abgeneigt. Was braucht es da noch Kirchen, Dogmen, Predigten, Wahrheiten. Kirche, Gewerkschaften, Sozialdemokratie leben nur noch von alter Rhetorik, während sie längst eingeschmolzen sind in den Prozess restloser Verwirklichung ihrer einstigen Wünsche und Ansprüche – und fatalerweise drohen sie deswegen sogar weit unter diese zu fallen, erscheinen selbst als hässliche Kapitalisten, als unmoralisch, als nicht wert, länger den Namen Christi, der Arbeiterbewegung oder Marxens zu tragen. Sie sind überflüssig und ihrer Schuld und Lächerlichkeit überführt. In der Tat, wo wäre, wenigstens aus deutsch halb aufgeklärter Sicht, weniger vom Ideal zu spüren als in diesen merkwürdigen Institutionen, die sich denn auch immer stromlinienförmiger geben, sich retten wollen um den Preis hemmungsloser Anpassung an den vermuteten Zeitgeist.

Die gesamte zivilisierte Welt ist sozialdemokratisch eingefärbt, so sagten wir, also gemäßigt aufgeklärt – auch über die Dialektik der Aufklärung (deshalb kann und muss man mit den GRÜNEN gehen), den Armen

und Alten wie den Jungen und Aufstrebenden, den Ausländern und der Dritten (bzw. neuen Ersten) Welt zugetan, weltoffen, gastfrei für alle, fröhlich und bunt. Ein jeder ist heute frei, komplex, sensibel, sozial verantwortlich, locker anarchisch, gestylt, leicht depressiv und hysterisch, unendlich wandlungsfähig, weil jederzeit alles möglich und nichts ganz wirklich ist. Unheimlich bleibt die Beliebigkeit, aber faszinierend lockt die neue Freiheit.

Wir kennen nur noch Sozialliberale

Alle sind gleich, jeder ist etwas Besonderes, dieses Doppeldogma der Revolution von 1968 hat sich restlos durchgesetzt, Liberalismus (durch soziale Verantwortung gezähmt) wie Sozialismus (mit menschlichem Antlitz) haben sich auf eine genial und providenziell zu nennende Weise verbunden. Wir kennen keine Deutschen, Katholiken, Unternehmer oder Gewerkschaften mehr, sondern nur noch Sozialliberale.

Da wird der Wert, das Menschenrecht eines jeden, ob Mann oder Frau, Serbe oder Albaner, Unternehmer und Arbeiter (gibt es den noch?) aufgehoben in das allumfassende Dienstleistungsgewerbe. Den Kapitalisten sieht man im Freizeitlook, den Gewerkschaftsmann im Armani, alle spekulieren an der Börse und frühstücken sonntags im Trainingsanzug, haben eher zwei Hunde als ein Kind, sind sozial gesichert oder zumindest abgedeckt. Randprobleme wie Rente, Arbeitslosigkeit, Einwanderung, Abtreibung, Überalterung, die endlose Kunst der Medizin, das Leben endlos zu verlängern (mit all dem Elend, das selbst aus solcher Gnade erwächst), werden als lösbar hingestellt, wie überhaupt alles als mach-, lös-, angebar erscheint; man geht davon aus, dass alles geht. Jedenfalls begleitet man die Dinge meist mit flotten, mal liberalen mal eher moralischen, Adam Smith oder Kant entlehnten Parolen.

Nie ist es in Europa so vielen Menschen so gut gegangen, waren sie so frei von den elementarsten Bedrohungen und Ängsten, der Sorge um das tägliche Brot, von Naturkatas-



Foto: dpa Berlin

Die neue digitale Religion? Jugendliche im Internet-Café.

tropfen, Dürre, Epidemien und plötzlichem Tod, nie wurde man so umhegt und gepflegt, als Kind und Alter, als Kranker und Armer, als Arbeitsloser und Fremder. Wer da nicht voll dankbaren Staunens auf dieses Schauspiel unserer spätbürgerlich-nachsozialistischen Existenz blickt, dem ist nicht zu helfen. Freilich wird man auch zagen, der Verwundbarkeit, Einmaligkeit, Unerwartbarkeit dieses Hochstandes an Zivilisation und Reichtum, an humanem Empfinden inne sein, des stets möglichen Umschlages gegenwärtig. Wie lange wird uns dergleichen beschieden sein? Wann spielt die Natur nicht mehr mit? Wann werden sich die Armenhäuser dieser Welt gegen uns erheben, Russland aus seiner Demütigung wie aus einem garstigen Traum erwachen und sich rächen? Ist es sinnvoll, bezahlbar, wünschenswert, dass wir mit 30 Jahren ins Berufsleben, mit 58 in den Ruhestand gehen und dann oft weit über unseren natürlichen Lebensbogen hinaus 100 Jahre alt werden müssen? Scheitern wir nicht an der doppelten Unübersichtlichkeit, der unseres Innen (wo jeder Mensch sich als unerhört komplex erweist) und der des unendlich gedehnten Kommunikationsnetzes?

1989 fand der Zusammenbruch des polaren ideologischen Ordnungsgefüges und die

endgültige Geburt einer eindimensionalen sozialdemokratischen Welt statt.

Diese wird aber nun nicht eigentlich von der Politik beherrscht, sondern von Kommunikations- und Wirtschaftsmonopolen und -zwängen. Die Politiker müssen den starken Mann, bisweilen gar den Heiland markieren und sind doch hilflose Puppen im Spiel der Experten, Notwendigkeiten, Mängel. Staat und Politik haben sich eingelöst in Garanten einer sozialverträglichen Wirtschaftlichkeit, die sich inzwischen aber fast von allein trägt und reguliert. Irgendwelche ideellen Unterschiede sind da von vornherein undenkbar, es kann nur noch um Nuancen gehen, die immer weniger bedeuten. Hinzu kommt der Verbrauch der Gesichter und Formeln durch den täglichen Erscheinungszwang und Erklärungsnotstand, dem die Politiker unterliegen. Man kann nach zwei Jahren schon den Tonfall und das Gesicht der Betroffenen kaum noch ertragen, von dem nichtssagenden Geschwafel gar nicht zu reden.

So sterben denn die Parteien, erst recht die Sozialdemokratie, an der überraschenden Übererfüllung ihrer einstigen Forderungen, werden nutzlos, verbrauchen sich in einer Rhetorik, die fahl und aufgesetzt wirkt. Reste des Parteivolkes brauchen die Rückbindung

an verblichene Identitäten, Stich- und Lösungsworte, die schon längst nicht mehr treffen und keine Tür mehr öffnen. Wie weit wird es da noch Parteien geben, die mehr sind als Wahlvereine für den eitelsten, telegensten Kanzlerkandidaten, wie weit die Demokratie als staatlich-ideologisch fundierte Regierungsform bestehen? Denn längst ist sie in das Lebensgefühl eines jeden eingegangen, mit ihm identisch geworden. Auch hier treffen wir auf das Gesetz der Selbstauflösung dank der übermäßigen Einlösung.

Ist nicht gerade jetzt eine aufgeklärte, wirklich demokratische, d.h. den mündigen Bürger voraus- und freisetzende Politik gefragt, die von weit herkäme, eigene Fragen stellte, kritisch gegen den Stachel löckte, die Dinge beim Namen nannte? Dabei wird es keine vorgestanzten Ideologien geben, vielmehr wird sie Kunst nicht nur des Möglichen (das wäre auch schon viel), sondern eher noch der Wahrnehmung dessen, was unmöglich scheint, des Unerhörten sein, eben dessen, was man im Augenblick noch gar nicht sieht oder nur ungern hört. Politik als Kunst stereophonen Hörens, vielschichtigen Sehens, der Hermeneutik, d.h. der Auslegung und Erklärung dessen, was vor sich geht und was Not täte. Als Anwalt des von fast allen übersehenen und doch schon bald Notwendigen. Das hätte sowohl formale wie inhaltliche Bedeutung und erzwänge und ermöglichte einen Stilwandel in der Politik.

So wäre der Regierungswechsel (den man nicht mehr als Machtwechsel bezeichnen sollte) weniger programmatisch bedeutsam als deshalb nötig, um eine alternative Sichtweise in Gesellschaft und Politik zum Zuge kommen zu lassen, also andere Formen des Verhaltens, des Handelns, des Tonfalls, der Angangsweise. Es würde sich demnach mehr um einen Stil- als einen Inhaltswandel handeln. War nicht der Tonfall bei der letzten Stabübergabe schon davon geprägt? Man wollte es nicht anders, eher besser machen. Inhaltlich müsste die Politik den von ihr selbst herbeigeführten Schwindel

der Selbstüberlastung auflösen helfen, also die negativen Folgen sozialdemokratisch bestimmter Gleichheit des Bunten und Buntheit des Gleichen abdämpfen und relativieren. Denn es war ja diese Weise, Politik zu gestalten, die ständig etwas verhieß, was so auf Dauer kaum zu halten war: Eine »Lebensqualität«, die kein Staat auf der Erde je wird gewähren und garantieren können.

Einweisung in die Endlichkeit und Bedingtheit

Die Sozialdemokratie muss also ihren eigenen Mythos auflösen, gerade weil sich dessen Versprechungen so weitgehend eingelöst hat, jetzt aber offenkundig an ihre Grenze gelangt ist. Erschien die SPD bislang als Partei strahlender Verheißungsmächtigkeit, so muss sie heute um des Sozialen und Demokratischen willen eine Wende vollziehen, die an die Wurzel ihres Selbstverständnisses geht. Und dies keineswegs nur, weil sie jetzt in die taktischen Beschränkungen einer Regierungspartei einwilligen muss, sondern ob des Wandels von Funktion und Aufgabe der Politik selber.

Nicht mehr die Beschwörung der Machbarkeit, die unendliche Verheißung eines unendlichen Mehr und Weiter und Höher, sondern die Einweisung in die Endlichkeit und Bedingtheit des Möglichen ist der Politik heute aufgetragen. Da wären die Leute einzuweißen in die Motive und Mechanismen der Arbeitslosigkeit, der Rente, der Migration, des Verhältnisses von Ökologie und Ökonomie. So sind wir etwa der Explosion der medizinischen Möglichkeiten weder menschlich noch finanziell gewachsen und müssen deswegen womöglich auf eine Gesellschaft hinarbeiten, in der Krankheit und Tod nicht als Niederlage, als technisches Versagen gesehen, sondern wieder natürlich angenommen werden. Wir können nicht allen Männern und Frauen bezahlte Arbeit versprechen und sollten deshalb wohl auf ein Menschenbild hin erziehen, das nicht mehr einfach von dieser her seinen Lebenssinn

bezieht. Statt die Verfassung mit neuen Grundrechten aufzublähnen und zu befrachten, wäre gerade im Gegenteil eher auf die Grenzen des staatlich Garantierbaren sowie auf die Grundpflichten des einzelnen Bürgers hinzuweisen.

Mit der uferlosen Ausdehnung der sog. Menschenrechte (die mittlerweile schon bei einem störungsfreien Urlaub anfangen) und der damit verbundenen Verrechtlichung der Politik und Politisierung des Rechts (wie dem Missbrauch und der hoffnungslosen Überlastung des Verfassungsgerichts), wäre auf eine Entflechtung beider Gewalten hinzuwirken. Völlig neu wäre das Verhältnis von Staat und Gesellschaft zu definieren, von Europa und Nationalstaat, von Brüssel und Straßburg: Wo sind eigentlich noch Hoheitsrechte, Pflichten, Eingriffsmöglichkeiten der nationalen Regierungen? Wie ist die Staatszugehörigkeit und damit ein Minimum an Identitätsbindung und -bildung der Bürger zu definieren und zu gewährleisten? Wie weit kann sich die politische Logik von der wirtschaftlichen Notwendigkeit emanzipieren?

Dasselbe gilt für die Felder der Kommunikation, der Medizin. Was endlich wäre die neue Rolle der Parteien, der Berufspolitiker in diesem Feld? Wie ist dieser merkwürdige Beruf zu umschreiben, wie ihm seine Würde zu geben, seine Grenze zu ziehen? Sozialliberale Politik stand bisher tendenziell für eine größtmögliche Verzahnung und Verflechtung der Bereiche, für Steigerung der Möglichkeiten, folgte einem Sog ins Totale, einem uferlosen Glauben an das Machbare, an utopische Glücksverheißungen. Wie sähe sie künftig aus? Politik wäre die Kunst, die Bürger an diesem Prozess der Selbstklärung politischer Fragen teilhaben zu lassen, eine nachaufgeklärte, wirklich sozialdemokratische Einlösung dessen, was Kant erhoffte.

Fast alle gestellten Fragen berührten den Kern menschlichen Lebens und sozialer Planung. Und dieser Kern wird in der heilsamen Einweisung in die Endlichkeit und Erschöpfbarkeit des Einzelnen, der Ressourcen, des

gesellschaftlich Garantierbaren, ja des Lebens überhaupt bestehen. Kann Politik hier etwas ausrichten, ohne auf die Hilfe der Religion zu bauen? Sind wir nicht gerade deshalb so depressiv-hysterisch, frenetisch und haltlos, weil unsere begrenzte Existenz den Glücksanspruch an ein Leben aufgesogen hat, das einst nur jenseits des Todes verheißen und erfüllbar schien? Sterben wir nicht an dieser psychischen Inflation? An diesem Punkt berühren wir die klassische Nahtstelle von Politik und Religion. Keine dieser Urmächte konnte bislang ohne die andere bestehen, beide ergänzten, bereicherten, korrigierten einander, oft auch übernahmen sie sich, indem sie die andere Instanz aufsaugen wollten. Heute müsste wohl ihr gegenseitiges Verhältnis neu gefunden und definiert werden.

Doch wie steht es nun mit der Kirche? Kann sie wirklich bei der ihr hier zugeordneten Rolle der Kontingenzbewältigung (Lübbe, Luhmann) helfen? Hat sie nicht in den letzten Jahrzehnten ein der SPD vergleichbares Geschick erlebt: überflüssig zu sein durch Erfüllung aller ihrer Ansprüche, einen Gang von Auf und Ab, von Glanz und Verachtung, von Dominanz und Irrelevanz? Da war 1958 das Ende der langen Ära der Pius-Päpste, der geschlossenen, sakralen Konzeption einer stellvertretenden Darstellung des Heiligen, in der sich platonisches Weltbild und römischer Ordnungs- und Rechtssinn vermählten und einen Kosmos schufen der auch für viele Fernstehende anziehend war. Die Kirche schien, der Kommunistischen Bewegung nicht unähnlich, eine Urmacht zu sein, ja, beide waren die wirklichen Antagonisten um die Herrschaft über die Seelen.

Mit dem Vatikanischen Konzil öffnete sich, wie man sagte, diese Kirche der Welt, nahm sie in sich hinein auf, wurde transparenter, freier, gelöster. Elemente und Postulate der Aufklärung wurden mit einer Verspätung von 200 Jahren, nun aber in rasanter Entwicklung, verwirklicht, umgesetzt. Im selben Jahr 1963, in dem mit Gustaf Gründgens der absolute Schein des absoluten Thea-

ters starb, liquidierte die Liturgiereform den alten, entlegenen, oft oberflächlichen und mechanischen Glanz des Priester-Kultes und ersetzte ihn durch eine scheinbar volksorientierte, kritisch-humanistisch verstandene Liturgie. Alles kam nun auf die soziale Verwirklichung des Christentums an, und es schien für einige Jahre, als ob die christliche Idee die Welt erobern hätte, anonym in allen Menschen guten Willens gegenwärtig wäre. Die Kirche war nurmehr Ausdruck und Erinnerung dieses Allgemeinen, also bald ebenso überflüssig wie Mission, Himmel, Hölle oder eine besondere Moral.

Hier setzt nun eine nur paradox zu nennende Entwicklung ein, die zwischen radikaler Entwicklung des Christentums (wenigstens im Westen) und einer Übersteigerung seiner Bedeutung (wie auch der des Papsttums) schwankt. Einerseits setzte sich die Kirche ins Aus, verbannte sich ausgerechnet im Jahre 1968 ins Getto, durch die furchtsamen Entscheidungen Pauls VI. zum Zölibat und zur ehelichen Sexualmoral. Andererseits schien sie mit dem jetzigen Papst eine Breite und Tiefe triumphaler und hilfreicher Präsenz zu gewinnen, wie sie niemand für möglich gehalten hätte.

Mit dem Zusammenbruch des Kommunismus steht die Kirche als einzig erhaltene altideologische Macht da, fast als erratischer Block, mit dem üblichen Zubehör einer dogmatisch verfestigten Gerontokratie, faszinierend für etliche, für viele hingegen unzugänglich, entlegen, feindlich, irrelevant. Sie hat sich einerseits aufgelöst ins Humane, an den selbstverständlichen Standard heutiger Toleranz und *civil religion* angepasst, andererseits durch ihre ebenso merkwürdige Verpuppung ins Autoritär-Archaische in ein Abseits gestellt, das von den meisten Zeitgenossen nur noch kopfschüttelnd wahrgenommen wird. Wie soll eine Macht, die so an sich hängt, die anderen an eine Endlichkeit und Kontingenz, an Perspektiven erinnern, die über das hiesige Leben hinausreichen? Und es ist mehr als verständlich, dass, wenn

zwei so merkwürdig parallel und über Kreuz verlaufende Entwicklungen wie die von Sozialdemokratie und Kirche sich in die Quere kommen, beide nicht wissen, wie ihr Verhältnis zu bestimmen ist. Sie können ja nicht einmal mit sich selber viel anfangen.

Die Kirche im Übergang zur Minderheitengemeinschaft

Die Kirche befindet sich im schmerzhaften Übergang von einer sakralen Volks- und Milieukirche zur Minderheitengemeinschaft. Da kann man keine gute Figur machen. Selten hat sie ein so erbärmliches Bild geboten wie in den letzten Jahren, einem bucklichten Männlein gleich, das noch so tut, als sei es ein (Glaubens-)Held. Sie lamentiert über die Konsum- und Freizeit-, die kapitalistische Geldgesellschaft, in der sie doch selbst fast völlig aufgeht.

Wie nun, wenn sie dergleichen pseudo-dogmatische Ansprüche aufgäbe, sich als eine Stimme im Chor der Beiträge verstünde, eben als qualifizierte, mutige, kräftige Minderheit definierte? Aber wie viel müsste da abgespeckt werden, nach innen (Rolle der Priester, der Frau, der ganze Apparat) wie nach außen! Damit ginge ein anderes, befreiendes Eingeständnis einher: Wie wenig eine jede Zeit, auch die unsere, vom Christentum versteht und darlebt, womöglich ist es immer nur ein Bruchteil. Die Präsenz Christi ist eher ein Ferment, ein Horizont, ein Keim und Samenkorn (kein Ideal!), nie die Gänze der Wirklichkeit. Welches wäre die uns heute mögliche und gestundete Form und Physiognomie von Christentum? Durch solchen Realismus gedemütigt und erhoben, könnte man der agnostischen Welt (auch der Weltläufigkeit, die im Christen selber nistet) distanziert und starkmütig Gastfreundschaft gewähren, ihr freimütig zureden. Man würde frei, sich mit der großen Tradition, die man jetzt fast nur noch zitiert, zu unterhalten, sich mit ihr ins Benehmen zu setzen, und darin aufmerksam zu sein für das, was heute möglich und nötig ist.

Es entstände eine Moral, die nicht verbietend, einschränkend von oben herab käme, sondern eher ermutigend, stärkend, fördernd wäre. Oder um das Feld zu wechseln: Man würde sich freuen, einen sichtbaren Mittelpunkt in Rom zu haben, wohl wissend, dass Rom nie viel an Originellem hervorgebracht hat und eher Vermittler, Durchgang für unvordenkliche Traditionen war. Man müsste nicht zwanghaft auf die Einheit der Kirchen und Stile setzen, auf dogmatische Einigungen, sondern vermöchte einander gelöst Gastfreundschaft zu gewähren – und es dem Geist überlassen, was daraus wird.

Mehr als ein fragender, das Vergessene behutsam einklagender, ermutigender Gesprächspartner wird die Kirche angesichts der Zweideutigkeit der Lage nicht sein können; je mehr sie dabei aus ihrer eigenen Tradition, ihrem unvordenklichen Schatz an Erfahrung und Kultur, an Einsichten, Glaubensmöglichkeiten und Motiven schöpft, desto glaubwür-

diger wird ihre Stimme sein. Kirche als Instanz befreiender Sehkompetenz, als Bereicherung, als Raum, wo man mehr sehen, hören, atmen und etwas Neues, Ungeahntes über sich selbst und die Welt lernen könnte.

Und so möchte man endlos fortfahren, sich ein entspannteres, weniger festgezurrttes Erscheinungsbild christlicher Kirche vorstellen. Vielleicht erinnerte sie dann den Menschen in heiter-ernster Weise an seine Vorläufigkeit, Relativität und Seltsamkeit – und an eine Heimat, die ihm einmal die Wiege der Kindheit schien und die immer noch aussteht. Nur dass er sie sich – Gott sei es gedankt – nicht hier bereiten oder gar erobern kann, sie vielmehr hochgemut, inmitten des Sterbens seiner unendlich vielen Projekte, Anliegen und Projektionen, entgegennehmen muss. Eine solche Erinnerung an den eschatologischen Vorbehalt und mehr noch an die dort verheißene Erfüllung täte selbst und gerade den gebeutelten Kirchenleuten wie den sozialdemokratischen Politikern gut.

www.blaetter.de

Blätter für deutsche und internationale Politik

**Bilder finden Sie in der Illustrierten beim Frisör.
Tagespolitische Pflichtübungen lesen Sie woanders.
128 Seiten Bleiwüste monatlich nur hier.**

Herausgegeben von Norman Birnbaum, Micha Brumlik, Dan Diner, Günter Gaus, Jürgen Habermas, Detlef Hensche, Rudolf Hickel, Jörg Huffschmid, Walter Jens, Walter Kreck, Reinhard Kühnl, Claus Leggewie, Ingeborg Maus, Klaus Naumann, Ute Osterkamp, Jens G. Reich, Rainer Rilling, Irene Runge, Karen Schönwälder, Friedrich Schorlemmer, Gerhard Stuby, Marie Veit und Rosemarie Will.

Ein Probeabo (zwei aktuelle Ausgaben für 19 DM)
oder ein kostenloses älteres Probeheft bestellen:
Blätter Verlag, Postfach 28 31, 53 111 Bonn
Telefon 0228 / 65 01 33, Fax 0228 / 65 02 51, blaetter@t-online.de

Alternativen zur Selbstabwicklung der Politik

Das Thema: Die Krise der Konservativen

GESPRÄCH MIT HEINER GEISLER »Die europäischen Konservativen haben ihren Charakter als Volks- parteien verloren«

Heiner Geißler gehört zu den schärfsten Kritikern des Kohl-Systems und seiner monolithischen Erscheinungsformen, seit er 1989 nach vielen Querelen nicht mehr als Generalsekretär seiner Partei berufen wurde. Als klassischer Sozialpolitiker wendet er sich ebenso vehement gegen jeden neoliberalen Schwenk der christdemokratischen und konservativen Parteien in Europa.

Geißler wurde am 3. März 70 Jahre alt. Er war von 1977 bis 1989 CDU-Generalsekretär und von 1982 bis 1985 Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit.

Das Gespräch in seinem Berliner Abgeordnetenbüro führte Norbert Seitz am 16. Februar.

NG/FH: Der letzte Essener Parteitag der CDU fand 1985 statt. Das war der berühmte Frauenparteitag, als Sie sich als Generalsekretär im kreativen Zenit befanden. Wird der Essener Parteitag im April 2000 auf eine andere Weise ein Parteitag der Erneuerung sein?

Heiner Geißler: Ja, aber da müssen einige Voraussetzungen erfüllt werden. Erstens muss man sich endlich über die Ursachen der Wahlniederlage von 1998 unterhalten. Das ist bisher noch überhaupt nicht aufgearbeitet worden. Zweitens muss die CDU Abschied nehmen von einem politischen Personenkult, wie er in den letzten Jahren getrieben wurde. Und drittens muss sich die CDU darauf besinnen, die Zukunft aus ihren eigenen Grundsätzen und -werten zu bestimmen. D.h. Sie muss das tun, was man als CDU-Politiker nur noch ungern in den Mund nimmt – nämlich den Prozess einer geistigen-moralischen Erneuerung einzuleiten.

NG/FH: Wolf Jobst Siedler schrieb jüngst, die Honorigkeit der Union sei ein für allemal dahin, sie sei eine gebrochene Volkspartei. Volksparteien neigen aus Überzeugung nicht zu Radikallösungen. Hält die CDU eine radikale Erneuerung überhaupt aus?

Geißler: Was Siedler sagt, kann nicht richtig sein. Die CDU hat 640.000 Mitglieder und 75.000 Mandatsträger, Gemeinderäte, Stadträte, Abgeordnete, Bürgermeister, Landräte – die haben alle keine schwarzen Kassen eingerichtet und keine Stiftungen in Liechtenstein gegründet. Und sie lügen auch nicht dauernd. Die CDU ist immer noch eine sehr stabile Partei. Aber das Koordinatensystem hat sich unter der Verantwortung von Helmut Kohl in den letzten zehn Jahren verschoben. Und das muss wieder zurechtgerückt werden.

NG/FH: Sie lehnen es ab, von einer Staatskrise zu sprechen, obwohl Sie darauf hingewiesen haben, dass in Teilen der CDU der Staat mit einer Volksgemeinschaft verwechselt worden sei. Die Partei ist nicht mehr als *pars*, d.h. als Teil des Ganzen gedacht worden, der Gegner wurde zum Feind gestempelt, gegen den man eine Kriegskasse anlegen ließ. Hier ist der demokratische Grundkonsens tangiert worden. Auch wenn die staatlichen Institutionen funktionieren, wird man schon von einer Demokratiekrise reden müssen.

Geißler: Es kann eine Demokratiekrise werden. Aber die demokratischen Institutionen sind ja intakt. Man darf sie nicht in Mitleidenschaft ziehen. Die ganze Debatte um das richtige Staatsverständnis in der CDU ist nicht zu Ende diskutiert worden. Das hat sich exemplarisch gezeigt in der Diskussion um die doppelte Staatsbürgerschaft. Teile der CDU haben hier eine alte deutsche Tradition fortgeführt, die davon ausgeht, dass die völkische Gemeinschaft oder das Volk das tragende Ele-



Foto: Frank Ossenbrink

»Eine neoliberale Position wäre genau das Gegenteil von dem, was wir brauchen können.«
Heiner Geißler im Gespräch mit Sylvia Bachmann und Norbert Seitz.

ment der Nation sei und insoweit alles, was dem Volke dient, über dem zu stehen habe, was in den Gesetzen und der Verfassung steht. Wenn man diesen überhöhten Gemeinschaftsgedanken noch dazu auf die eigene Partei überträgt, dann kommt man zu solchen Fehlentwicklungen, wie wir sie bei Teilen der CDU erleben mussten.

NG/FH: Wir haben im September 1998 viel Lobenswertes über unsere »normalisierte« Demokratie gehört. Danach bereitete der zurückgetretene Vorsitzende der großen Regierungspartei seinen Freunden in der SPD schwerste Probleme. Ein halbes Jahr später stürzte der langjährige CDU-Vorsitzende seine Partei in eine Existenzkrise. Ist unsere Demokratie wirklich noch so stabil, wie immer behauptet wird? War die Vorstellung von »Normalität« nicht doch ein frommer Selbstbetrug?

Geißler: Ich habe nicht den Eindruck, dass die Sozialdemokraten durch den Abgang Lafontaines in ihrer demokratischen Substanz gefährdet worden sind.

NG/FH: Das zwar nicht, aber die SPD-Wahlergebnisse im September '99 waren dennoch katastrophal.

Geißler: Das ist richtig. Aber das hing wohl mehr mit der Unzulänglichkeit der Regierung zusammen.

NG/FH: Nicht nur. Das Lafontaine-Theater vom Rücktritt im März bis zur Frankfurter Buchmesse im Herbst war ein Schlag ins Kontor.

Geißler: Die SPD hat ein hohes Maß an innerparteilicher Demokratie, was letztendlich dazu geführt hat, dass sie sich innerhalb von zehn Jahren fünf (!) Parteivorsitzende leistete. Währenddessen entwickelte sich die CDU unter Kohl zu einer monolithisch geführten Partei, in der der Personenkult zu Exzessen geführt hat wie z.B. zu 16-minütigen *standing ovations* auf dem Parteitag in Bremen 1998 nach einer Rede von Helmut Kohl, die wirklich schlecht war. Eine Selbstdemütigung der Partei. Das sind die beiden Extreme.

Nummehr scheinen die Sozialdemokraten wieder auch mehr zu einer gefestigteren, ruhigeren, demokratisch kontrollierten Führung zurückzufinden. Gleichzeitig muss die CDU wieder zurückfinden zur innerparteilichen Demokratie. Das steht nämlich auch in der Verfassung, dass eine politische Partei

nach demokratischen Grundsätzen organisiert und geführt werden muss. Die Demokratie selber sehe ich dadurch nicht gefährdet, weil wir einen sehr gesunden demokratischen Aufbau haben. Es ist eine Krise der CDU, die wir im Moment erleben. Damit muss die Partei fertig werden, indem sie nicht nur Personen auswechselt, sondern sich auch geistig erneuert.

NG/FH: Herr Geißler, Sie gehörten von 1977 bis 1989 zum exekutiven Apparat im frühen politischen System Helmut Kohls. Viele Journalisten rekonstruieren in diesen Tagen noch einmal 25 Jahre Kohl in der CDU und stellen nachträglich Mutmaßungen an – vom Sturz Rainer Barzels (1973) über den Abgang Kurt Biedenkopfs in Nordrhein-Westfalen (1986), dem legendären Bremer Parteitag 1989, den Stürzen und Abstürzen von Lothar Späth bis Rita Süßmuth. Gibt es für Sie manchmal Momente der Reue, dass Sie an diesem Machtapparat mit beteiligt waren?

Geißler: Davon bin ich weit entfernt. Denn mein Bedarf an Selbstständigkeit, an Widerspruch und auch an voller Ausschöpfung der Rechte eines Generalsekretärs nach dem Statut der Partei war und ist voll gedeckt. Dies hat ja auch nach 12 Jahren zum Bruch mit Helmut Kohl geführt. Dieser Vorgang signalisierte doch, was hinterher so alles schief gelaufen ist. Werner Maser, ein Professor aus Speyer, hat ein Machwerk über Helmut Kohl vorgelegt, in dem er über Leute urteilt, mit denen er nie geredet hat – auch über mich. Das Kapitel über den Bremer Parteitag 1989, auf dem mich Helmut Kohl nicht mehr als Generalsekretär vorgeschlagen hat, ist überschrieben mit dem Satz »Nun ist er die CDU«.

Das ist genau der Vorgang, der eingetreten ist und der vom Statut der Partei nie gewollt war. Dass man ein geistiges Sultanat einrichtet, in dem nur noch einer was zu sagen hat und alle anderen sich nach ihm ausrichten. Das ist ja nicht von heute auf morgen gekommen, sondern ein langwieriger

Prozess gewesen, der sich nach 1989 massiv ausgewirkt hat, weil Kohl nach der deutschen Einheit eine viel stärkere emotionale Position hatte. An diesem Personenkult haben im Übrigen nicht Mitglieder der Partei, sondern auch deutschen Medien gestrickt, sogar der SPIEGEL-Herausgeber Rudolf Augstein.

NG/FH: Es gibt Situationen in der Geschichte einer Volkspartei, wo es schon aus parteihygienischen Gründen eine Gegenkandidatur geben sollte. Denken Sie an Uwe Ronneburger, der 1982 gegen Genscher zum FDP-Vorsitz antrat, weil viele Liberale gegen einen fliegenden Wechsel zur Union waren. Warum waren die Reformkonservativen 1989 in der Union zu feige, um gegen Kohl anzutreten?

Geißler: Lothar Späth wollte zunächst kandidieren, hat sich aber von dem einen oder anderen davon abbringen lassen. Christa Thoben, die heutige Berliner Kultursenatorin, war ja bereits als Generalsekretärin erkoren. Lothar Späth hatte dann diejenigen auf dem Parteitag gegen sich, die trotz allem noch für Kohl waren. Gleichzeitig hat er all diejenigen enttäuscht, die gehofft hatten, einer würde gegen Kohl kandidieren.

Man darf ja nicht vergessen, dass auch mein Bruch als Generalsekretär das Ergebnis einer langen Kampagne gewesen ist, bei der Teile der Großindustrie und der überregionalen Presse, die CSU und die Vertriebenenverbände zum Beispiel eine große Rolle gespielt haben. Dieselben Kräfte haben dann auch auf Lothar Späth eingewirkt und ihn zum Nachgeben bewegt. Da sind unglaubliche Argumente ins Feld geführt worden, zum Beispiel: Ein deutscher Ministerpräsident kandidiert nicht gegen einen deutschen Bundeskanzler. Wäre Lothar Späth in Bremen angetreten, hätte er wahrscheinlich auf dem Parteitag gewonnen.

NG/FH: Roland Koch hat zu Beginn des Skandals im letzten Jahr gesagt, ganz gleich, was bei dem Skandal herauskomme, deshalb würden dennoch in zwanzig Jahren Plätze und Straßen nach Helmut Kohl benannt. Karl

»Die Union muss sich endlich über die Ursachen ihrer Wahlniederlage von '98 unterhalten.«



»Kohls Nimbus als ›Kanzler der Einheit‹ muss man in der Tat relativieren.«



»Der EU-Boykott gegen Österreich ist absoluter Unsinn.«



Fotos: Frank Ossenbrink

Feldmeyer hat dies in der FAZ eher bestritten und betont: »Für eine neue Würdigung ist ein bestimmter Abstand noch nötig.« Muss die Ära Kohl im Dunkel der Ereignisse neu bewertet werden?

Geißler: Den Nimbus, der ihm am meisten zugeschrieben wird, nämlich Kanzler der Einheit zu sein, muss man in der Tat relativieren. Die deutsche Einheit ist nicht das Ergebnis einer politischen Strategie gewesen, sondern sie ist völlig überraschend über die Deutschen gekommen und damit auch völlig überraschend für die CDU und für Helmut Kohl. Es war das Glück der Geschichte. Aber Helmut Kohl hat aus dem Glück, das andere geschaffen haben, zum Beispiel die friedlichen Demonstranten in Ostdeutschland oder Michail Gorbatschow, etwas gemacht. Wobei das, was er daraus gemacht hat, schon wieder umstritten ist. Denn die staatliche Einheit ist zwar gelungen durch die 2+4-Gespräche und viele Verhandlungen. Die finanzielle Einheit ist auch gelungen. Aber wir haben bis heute noch keine innere Einheit. Die deutsche Einheit ist nicht vollendet, und die Gräben werden immer tiefer.

Was Helmut Kohl mit Sicherheit geschichtlich heraushebt, das ist die Europäische Einigung. Er hat die Europäische Einigung zusammen mit Mitterrand aus der Sklerose herausgeführt. Das war das Ergebnis einer politischen Strategie, denn er wollte die Europäische Einheit und hat deshalb auch zugestimmt, dass die D-Mark irgendwann ersetzt wird durch eine europäische Währung, den Euro. Diese Reputation als Europäer und deutscher Demokrat hat sich positiv auf die deutsche Einheit ausgewirkt. Das kann ihm niemand wegnehmen. Und es wird sicher Stadt- und Gemeinderäte geben, die das bei Einweihungen berücksichtigen werden.

NG/FH: Kommen wir zu den institutionellen Konsequenzen, die aus den Vorgängen zu ziehen wären. Es wird in letzter Zeit viel über die Amtszeitverkürzung des Bundeskanzlers geredet. Denn längere Amtszeiten

führten nur zur »Machtversessenheit«, wie dies Richard von Weizsäcker einmal ausgedrückt hat. Wie stehen Sie zu solchen Vorschlägen?

Geißler: Die Begrenzung der Amtszeit eines Kanzlers passt nicht in das parlamentarische System. Denn Herr des Verfahrens ist der Deutsche Bundestag. Der Deutsche Bundestag hat die Möglichkeit – anders als dies bei einer Präsidialdemokratie ist – den Bundeskanzler jederzeit durch das konstruktive Misstrauensvotum abzuberufen. Der amerikanische Präsident ist direkt gewählt und kann nicht abgesetzt werden, es sei denn in einem ganz komplizierten *Impeachment*-Verfahren. Das ist aber auch nur eine Hilfskonstruktion, wie wir jüngst gesehen haben. Aber aus politischen Gründen kann ein amerikanischer Präsident nie abgewählt werden. Deswegen hat man auch festgelegt, dass Kandidaten nur zweimal gewählt werden können. Dieses System ist auch von anderen Präsidialsystemen übernommen worden, z.B. in Lateinamerika, was Anfang der 70-er Jahre in Chile verheerende Konsequenzen hatte. Die Pinochet-Diktatur wäre nie gekommen, wenn Eduardo Frei noch ein drittes Mal hätte kandidieren können.

NG/FH: Eine andere Änderung ist die von Richard von Weizsäcker und Johannes Rau vorgeschlagene Direktwahl des Bundespräsidenten.

Geißler: Das macht nur einen Sinn, wenn der Bundespräsident größere Kompetenzen bekommt. Hierzu müsste man die Verfassung ändern. Unsere Bundespräsidenten haben ihre Autorität immer durch ihre Persönlichkeit bekommen und dadurch jeweils ihre Wirkung erzielt. Ohne Kompetenzerweiterung wäre die Direktwahl reine Schönfärberei. Das Problem, mit dem wir uns zurzeit beschäftigen, ist ja ein völlig anderes: ob man nämlich mehr Mitwirkungsrechte des Volkes ermöglichen soll bei der politischen Gestaltung, das Initiativrecht bei Gesetzen und auch auf der Bundesebene, zum Beispiel Volksbegehren. Das macht

einen Sinn. Eine Kompetenzerweiterung stellt aber eine Systemveränderung dar, die man sich drei Mal überlegen sollte. Dass man dem Bundespräsidenten vielleicht ähnliche Rechte gibt wie dem österreichischen Bundespräsidenten, darüber kann man debattieren. Aber wir haben doch bei Klestil gesehen, dass uns dies nicht viel weiter bringt. Denn das Parlament ist am Ende die entscheidende Institution und nicht der Präsident.

NG/FH: Aber er konnte immerhin zwei FPÖ-Leute verhindern, die er nicht für ministrabel hielt. Als Heinrich Lübke 1965 Ludwig Erhards Außenminister Schröder ablehnen wollte, hat sich am Ende doch der Kanzler gegen den Präsidenten durchgesetzt. Nach dem österreichischen Verfahren hätte sich Lübke durchsetzen können.

Geißler: Nach dem deutschen Verfahren hätte sich Lübke auch durchsetzen können. Dies wäre nur dann nicht möglich gewesen, wenn die Minister alle vom Parlament gewählt würden.

NG/FH: Kommen wir zur inhaltlichen Erneuerung der CDU. Sie haben in Ihrem Buch *Das nicht gehaltene Versprechen* die politische Dimension der christlichen Botschaft dargelegt. Darin heißt es, innerhalb der CDU müsse erörtert werden, ob das »c« im Namen der Union unter wahlpolitischen Gesichtspunkten überhaupt noch sinnvoll sei. Muss diese Debatte nach der derzeitigen Krise neu geführt werden?

Geißler: Sie muss vertieft werden, eine moralische Erneuerung ist möglich, wenn man sich wieder besinnt auf das Fundament der CDU, nämlich das christliche Menschenbild. Das steht in unserem Grundsatzprogramm und wird von weiten Teilen nicht mehr richtig ernst genommen. Das hat allerdings Auswirkungen auf die Oppositionsstrategie. Es bedeutet, dass sich die Partei in die geistige Auseinandersetzung einschalten muss, zum Beispiel über die Konsequenzen einer globalisierten Ökonomie. Sie muss Perspektiven entwickeln für eine internationale soziale Marktwirtschaft, für eine glo-

bale soziale Antwort auf die globale Ökonomie.

Sie muss die Menschenrechte wieder ernst nehmen. 1984 weigerte sich Helmut Kohl noch, sich mit dem südafrikanischen Staatspräsidenten Botha zusammen auf dem Sofa ablichten zu lassen. Jahre später jedoch hat er das Regiment besucht, das auf dem Platz des Himmlischen Friedens tausende Studenten zusammengeschossen hat, und er hat trotz der Warnungen von fast allen in der CDU Tibet besucht, obwohl die Chinesen die gesamte tibetische Kultur zerstört haben. Sie können an diesem Beispiel erkennen, wie sich das Koordinatensystem verschoben hat. Auch die Unterschriftenaktion, die die CDU in Hessen und in fast ganz Deutschland durchführen ließ, wäre zehn Jahre vorher ziemlich unmöglich gewesen. Die CDU muss wieder zu ihrem Menschenbild zurückfinden.

NG/FH: Konservative Kritiker haben der Union vor der Äffäre eine falsche Oppositionsstrategie vorgehalten. Sie drücke sich, wurde gesagt, hoffe nur auf die Fehler der Regierung und überhole eine neoliberal sich gebende Schröder-SPD links. Dies sei aber der falsche Weg. Auf welchem Kurs sehen Sie die CDU in der Opposition?

Geißler: Die Oppositionsstrategie entwickelt sich in der Regel aus den Gründen, die zu der Wahlniederlage geführt haben. Die Gefahr bestand darin, dass man eine Radikal- oder Totalopposition entwickelt hätte. Was aber wäre das gewesen – eine Opposition mit einem neoliberal-rechtskonservativen oder nationalkonservativen Kontrastprogramm? Ich darf aber eine Oppositionspartei nicht zu einem Reaktionsinstrumentarium degradieren, das gegen das opponiert, was die Regierung gerade macht. Die Opposition muss aus dem eigenen Gedankengut, aus der eigenen Beurteilung, aus den eigenen Grundsätzen her entwickelt werden.

Eine neoliberale Position wäre genau das Gegenteil von dem, was wir brauchen können, denn wir haben die Wahl auch deshalb verloren, weil wir uns in das Schlepptau der

Neoliberalen begeben haben. Die Zerstörung des Bündnisses für Arbeit ist eine sehr leichtfertige Entscheidung gewesen, die aus einer gewissen Arroganz der Macht heraus getroffen worden ist, was aber für eine Volkspartei wie der CDU verheerende Auswirkungen hatte. Wegen der ideologisch begründeten Absenkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall haben wir einen Wahlkampf gegen das halbe deutsche Volk, gegen Gewerkschaften, Sozialverbände, Kirchen führen müssen.

NG/FH: Es ist von der Krise der europäischen Konservativen die Rede. Auch wenn die jeweiligen Anlässe in Italien, Großbritannien, Frankreich oder Österreich unterschiedlich gewesen sein mögen – , worin sehen Sie die gemeinsamen Ursachen für diese Krise ?

Geißler: Diese Parteien haben alle ihren Charakter als Volksparteien verloren. Man kann nicht eine Politik betreiben, durch die auf Dauer Millionen von Menschen ausgegrenzt werden, wie zum Beispiel durch eine Sozialpolitik à la Margaret Thatcher oder eine Sozial- und Ausländerpolitik der Gaullisten in Frankreich – ohne dafür irgendwann einen politischen Preis zahlen zu müssen. Es gibt in der Demokratie keine überflüssigen Menschen. Die Leute haben alle eine Stimme und sie werden sie nutzen.

Der Niedergang der europäischen Konservativen hat damit zu tun, dass diese Parteien in das Schlepptau des Thatcherismus geraten sind und geglaubt haben, dies sei die wirtschaftsphilosophische Konzeption der Zukunft. In Wirklichkeit ist diese Philosophie heute schon gescheitert. Siehe Ostasienkrise, siehe die Diskussion um WTO. Selbst die Leute in Davos haben das inzwischen begriffen. Auch die CDU war einmal – zwei Jahre vor der letzten Bundestagswahl – dieser Versuchung erlegen, indem sie das Bündnis für Arbeit preisgegeben hat – eine große politische Dummheit, die sie nicht wiederholen darf.

NG/FH: Welche Strategie würden Sie denn Ihren österreichischen Parteifreunden

um Wolfgang Schüssel mit auf den Weg gegeben haben?

Geißler: Was Schüssel gemacht hat, war eine Selbststretungsaktion der öVP. Das war keine Aufwertung der FPÖ, es war die letzte Chance, die die öVP-Führung gehabt hat, um ihre Partei zu retten, um zu verhindern, dass sie ausgetauscht wird durch eine rechtskonservative Partei. Dafür hat er den Haider bzw. dessen Partei als Regierungspartner in Kauf genommen. Jetzt kommt es darauf an, inwieweit sich die öVP mit ihrer Substanz durchsetzt. Insofern kann man dieses Experiment eigentlich nicht kritisieren. Es gab keine andere Lösung, um aus der Umklammerung der Großen Koalition herauszukommen.

NG/FH: Ist der EU-Boycott falsch?

Geißler: Der ist absoluter Unsinn. Mit ein paar Äußerungen von Haider, der nicht einmal Minister ist, kann man doch den Boykott eines Landes nicht begründen. Zudem hat Frankreichs Innenminister Pasqua ähnlich schlimme Sprüche von sich gegeben wie Haider. Auch tolerieren wir in Belgien ein Justizsystem, wo die Korruption an der Tagesordnung ist und von einem funktionierenden Rechtsstaat nicht die Rede sein kann. Und wir geben anstandslos Leuten wie Herrn Putin in Russland die Hand. Ich muss die Moralität einer Regierung daran festmachen, was sie im Grundsätzlichen und Konkreten beschließt und durchsetzt, zum Beispiel in der Ausländerfrage.

NG/FH: Herr Dr. Geißler, wir danken Ihnen für das Gespräch.

ZEIT

BOMBE



Höchste Zeit, Tiere, Pflanzen,
Lebensräume zu schützen!
Denn wir brauchen die
Vielfalt des Lebens, um
selbst zu überleben.
Die Bombe tickt – darum:
Schützen wir uns endlich!

Spendenkonto: 100 100 - BIS Köln - BLZ 370 205 00

Gegen DM 6,- in
Briefmarken erhalten
Sie unsere Broschüre
zum Artenschutz.



NABU

Postfach 30 10 54
53190 Bonn

Keine
Sorge

Volksfürsorge
Private Rente

Best Invest Rente

Privat vorsorgen und dabei clever investieren.

Best Invest Rente: Die Fonds- gebundene Rentenversicherung der Volksfürsorge.

Mit dieser neuen, flexiblen
Form der Kapitalanlage

- bauen Sie sich Ihre private
Altersvorsorge auf,
- sichern Sie sich Ihren
Lebensstandard und
- profitieren gleichzeitig von
der Börsen-Entwicklung.

Best Invest Rente: Die Vorsorge- Strategie, von der Sie mit Sicherheit profitieren.

Sie können ab sofort selbst
erleben, wie Altersvorsorge Spaß
macht:

- individuelle Vorsorge-Konzepte
- hohe Renditechancen
- flexibles Fonds-Management
- auf Wunsch mit Garantie-
Baustein

Über alle außergewöhnlichen Leistungsvorteile der Best Invest Rente informieren wir Sie gern im
Detail. Schicken oder faxen Sie uns einfach den Coupon.

INFORMATIONSCOUPON

JA, ich möchte mehr Informationen über die Vorteile der Best Invest Rente.

Name, Vorname:

Straße:

PLZ/Wohnort:

Geb.-Datum:

Telefon:

Coupon einsenden oder faxen an:
Volksfürsorge Deutsche Lebensversicherung AG
Kooperationen · An der Alster 57-63
20099 Hamburg · Fax: (040) 28 65-33 69
E-Mail: kooperationen@volksfuersorge.de

 **Volksfürsorge**
Versicherungen



NG

THOMAS E. SCHMIDT
**Das Ende der Fiktion einer
gemeinsamen bürgerlichen Mitte**

Die Gesetze zur Kontrolle der Parteien reichten sehr wohl aus, schrieb unlängst der ehemalige Verfassungsrichter Ernst Benda – sie müssten nur befolgt werden. Was nach dem ersten und zweiten Blick in den Spendensumpf der CDU eine solche Konsternation auslöste, war ja nicht nur, dass jemand nach bürgerlichem Recht Gesetze gebrochen hatte. Das ist unschön, aber dergleichen kommt vor. Es ist der Status der Akteure, der die Affäre zu einem tiefen Einschnitt in der Geschichte der bundesdeutschen Parteidemokratie macht. Selbstverständlich sind auch Politiker keine Engelchen. Aber sie stehen ja auch nicht als Menschen in der Kritik, sondern sollen in ihrer Eigenschaft als Politiker die Verantwortung für ihr Handeln übernehmen: Sie hatten Staatsämter inne, sie waren als Parteiführer verantwortlich für gesellschaftliche Organisationen, die in einem besonderen Maß auf das Gemeinwohl verpflichtet sind.

Vor allem aber sind oder waren sie als Abgeordnete des Deutschen Bundestages Teil der Legislative – damit Hüter und Ausgestalter des Rechtsstaats. Wenn sich nun genau diese Personen über die Gebote des Rechtsstaats hinwegsetzen, mangelt es offensichtlich nicht an Unrechtsbewusstsein, sondern an etwas Fundamentalem: An der Bereitschaft, den Spielregeln der Demokratie schlechterdings zu folgen. Dann scheint es nämlich für diejenigen, die Macht verliehen bekommen haben, keine zureichenden mentalen, ethischen und vernunftbestimmten Gründe zu geben, die das Regelwerk des demokratischen Rechtsstaats tragen. In Frage gestellt ist das Arrangement aus Dispositionen, das nötig ist, damit Normen – und in ihrer Folge auch Rechtsvorschriften – überhaupt Folge geleistet wird – es sind die informellen, die vorprozeduralen Bedingungen der Selbstläufigkeit rechtsstaatlicher Demo-

kratie und des mit diesem verlässlichen Funktionieren einhergehenden Vertrauens in ihre Gerechtigkeit.

Man könnte den Zustand der Korruption durch Macht so charakterisieren: Dass der dauerhaft Mächtige die Begrenzungen und die Verfahrensvorschriften seiner Kompetenz, die zu bewahren er sich doch verpflichtet hatte, für reversibel hält und für ihn selbst nur »als ob« geltend. Dann wird Macht ein Stückweit mit Souveränität verwechselt. Dies ist daran erkennbar, dass als Gründe für das korrupte Handeln stets die höchsten, heiligsten Motive angegeben werden, und sei es, dass sie – wie im Fall der sogenannten Ehrenwortverpflichtung Helmut Kohls – aus einem für die demokratische Politik vollkommen irrelevanten Wertekodex geholt werden. Der wahrhaft Mächtige muss *legibus solutus* sein: Dieses Phantasma überlebt auch in demokratischen Zeiten. Es wird sich allerdings kaum mehr mit dem finsternen Wunsch nach Staatsstreich kurzschließen, aber es wirkt überall dort noch ein wenig, wo das Gute, das man selbst vertritt, der außergewöhnlichen Förderung bedarf.

In den Jahren nach der Vereinigung hatten die meisten Kritiker Kohls irgendwann ihren Frieden mit dem Dauerkanzler gemacht. Der Rückfall in den Nationalismus war ausgeblieben, die Westbindung Deutschlands bestand fort, ebenso wie seine Orientierung nach Europa. Die Republik blieb unrevidiert, und Helmut Kohl repräsentierte nach außen hin einen aufgeklärten bürgerlichen Konservatismus, der sich mit einer zivilen politischen Kultur amalgamiert hatte. Sogar seine Abwahl im Herbst 1998, die er gelassen hinnahm, war ein Akt routinierter Demokratie. Erst als er die Herrschaft über seine Partei preisgeben sollte, konfrontierte er mit den dunklen Seiten der Macht. Autokratisch hatte er die CDU regiert, ein quasi-feudales Regime der Vasallentreue eingerichtet, in dem Geld, Posten und Gunst gemäß dem Grad persönlicher Loyalität vergeben wurden. Parteispender sah er als ein selbstverständli-

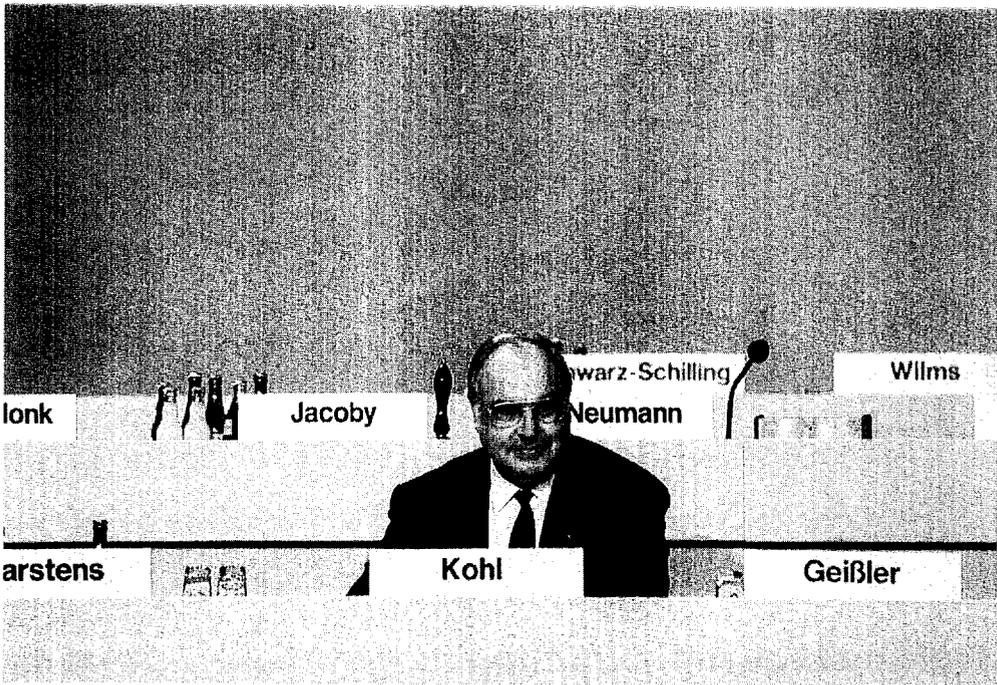


Foto: dpa/Berlin

Bremer Parteitag '89. Alle Konkurrenten weggebissen. Kohl allein auf weiter Flur.

ches Mittel an, sein Regiment zu erhalten. Ob mit seinem Wissen oder ohne es, die Finanzberater der Partei machten Schwarzgeldgeschäfte im Ausland.

Im hessischen Landesverband der CDU führte man einen Kulturkampf gegen die links-alternative Avantgarde in Frankfurt, einen Kalten Krieg in der Provinz, der auch unrechtmäßige Mittel heiligte. In Kronberg riefen Aktivisten den Ausnahmezustand aus und legten vorsichtshalber eine große, geheime Kriegskasse an. Kurz: Kohl und seine Lehnsherren trieben nach Kräften Politik im vorpolitischen Raum. Mitten in der wohlverwalteten, transparenten Bundesrepublik wurden also unter dem verdutzten Ethnologenblick der politischen Beobachter geradezu archaische Machttechniken aufgefunden. Eine geläufige Lesart der Affäre registriert darin Ungleichzeitigkeiten im System Deutschland. Man kann in der Politik des doppelten Bodens, derer sich Kohl und die alte CDU befleißigte, also so etwas wie einen atavistischen Rest innerhalb einer sich im Prinzip nach westlichem Vorbild entwickel-

den Demokratie sehen; man kann darin auch die Bestätigung einer anthropologischen Vermutung der Verführbarkeit durch Macht finden – selbst unter den Bedingungen auf Zeit verliehener, begrenzter Herrschaft, wohl aber begünstigt von einem etatistisch geschwängerten Klima des politischen Paternalismus, in dem belohnt wird, wer Staatsamt und Parteimission und Eigeninteresse ineinander fließen lässt.

Vorstellbar ist aber eine weitere Lesart, eine, die das »System Kohl« auch systemisch erklärt, ohne darüber die individuellen Verantwortlichkeiten außer Acht zu lassen. Wäre es nicht möglich, Kohls autokratisches Regime als grandiose Maßnahme der Komplexitätsreduktion zu charakterisieren, als einen Herrschafts-Stil, der einer den Modernisierungsschüben der Gesellschaft ausgesetzten Volkspartei mehr als zwanzig Jahre lang erlaubte, ihre inneren Fliehkräfte zu bändigen, einer Partei, die durch den Druck der Macht zu Gunsten des Machterhalts nach innen immer wieder Integration simulieren konnte, während der politische Gegner sich



Bonner Parteitag im November 1998. Kohls Abschied als CDU-Vorsitzender.

in ausgiebigen öffentlichen Selbsterfleischungsritualen erging?

Wenn diese These zutrifft, gehört die Nachtseite der CDU in das umfassende Tableau des weltanschaulichen und institutionellen Zerfalls des Konservatismus. Dann war Helmut Kohls Rolle die eines Aufhalters in einem Prozess des Auseinanderdriftens des bürgerlichen Lagers. Zeitverzögert werden nun die unterschiedlichen Interessen der unterm Dach der Union beheimateten Gruppen aufeinander prallen: der Nationalen und der Europäer, der Neuberliner und der Bayern, der Staatsautoritären und der Liberalen, der *Herz-Jesu-Marxisten* und der Marktwirtschaftler. Lässt sich die bürgerliche Mitte überhaupt noch in einer einzigen politischen Kraft bündeln, ja beruht die Vorstellung eines gemeinsamen »Lagers« nicht inzwischen auf einer Fiktion? Oder gar auf einer ähnlich kunstvollen demographischen Durchschnittsmengenbildung wie Schröders »Neue Mitte«?

Man wird rückblickend nur zögernd behaupten, die CDU habe in den Jahren unter

Kohl als größte deutsche Volkspartei eine komplexe gesellschaftliche Integrationsfunktion erfüllt und im Zentrum der Gesellschaft eine nachhaltige politische Willensbildung vollzogen. Sie war weder ein lebendiges Forum des gesellschaftlichen Eigensinns noch ein Generator von Reformkräften. Die Attraktivität der Partei hing mehr und mehr von der Strahlkraft ihres Vorsitzenden ab. Tatsächlich war die CDU monomanisch auf den Staat hin orientiert.

Die Teilhabe an staatlicher Macht sowie deren unbedingter Verteidigung hat sie in Bewegung gehalten, nicht die Dynamik der bürgerlichen Gesellschaft. Die Regierungsverantwortung hat lange, lange Jahre Sinnfragen beantwortet, ebenso die Frage nach der Legitimität des Machterhalts: Es war die Macht selbst. Deren Imperative in Gestalt des Kohlschen Willens hat die Partei in der Vergangenheit formiert. Sie muss jetzt unter Beweis stellen, dass sie die Impulse der in beständiger Modernisierung befindlichen Gesellschaft noch aufzunehmen fähig und willens ist.

Foto: dpa Berlin

KURT LENK

Haiders Rechtspopulismus hat Merkmale einer Volkspartei

*...und es geschah ein großer
Zwang in nachgesagten
Meinungen und Sprüchen
(Gottfried Keller)*

Luc Bondy, der Intendant der Wiener Festwochen, hat seine Befürchtungen notiert, die er mit dem Regierungsantritt der FPÖ verbindet. Eine betrifft die Europäische Union. Er glaubt, »dass die Erfolgsperspektive für populistische Parteien in anderen Ländern leichter gegeben wäre im Falle eines Machtvakuum, wie Österreich es jetzt erlebt«

Man mag die von den Regierungen der europäischen Länder ergriffenen Maßnahmen beim Machtantritt der Haider-Bewegung als Überreaktion ansehen. Feststeht, dass eine wachsam gewordene Öffentlichkeit in den westeuropäischen Regierungsvierteln sehr wohl weiß, was im Falle von Haiders Triumph auf dem Spiel steht. Auch einem Popstar in politischer Selbstdarstellung sind gewisse Grenzen gesetzt, wo und wann immer er sich als angehender Regierungschef äußert. Chauvinistische und rassistische Bekundungen von Seiten Haiders und seiner Gefolgsleute gibt es mehr als genug.

Ob die Reaktionen diplomatisch klug, innenpolitisch hilfreich sein mögen, steht dahin: Sicher ist, dass wir heute, am Beginn des 21. Jahrhunderts, nicht mehr in einem Europa voneinander abgeschotteter Nationalstaaten leben, in dem ein jeder für sich nach seiner eigenen »volkstümlichen« Art dahinleben könnte. Fest steht auch, dass Europa im eigentlichen Sinne *de facto* nicht mehr »Ausland« ist, sondern eine politische Union, ein Vorgang in einem Mitgliedsland mithin zur inneren Angelegenheit wird. Wenn also in einem Mitgliedsland wie Österreich erstmals eine Bewegung an die Regierung kommt, deren Virulenz auch in manchen anderen Mitgliedsstaaten (etwa Frankreich,

Deutschland oder Italien) unübersehbar ist, so muss dies auf die Tagesordnung.

Vermutlich ist es auch diese Signalwirkung, die Möglichkeit des Überspringens auf andere rechtspopulistische Bewegungen, die zu den Reaktionen der Mitgliedsstaaten der europäischen Union geführt hat. Denn in der Tat ist die Regierung der FPÖ unter Haider eine ständige Ermunterung zur Nachfolge für all jene Sammlungsbewegungen, die dem Mehrparteiensystem und erst recht der parlamentarischen Demokratie fremd bis ablehnend gegenüberstehen. Hat Haider zudem nicht am 5.9.1994 selbst im Freiheitlichen Pressedienst von seiner Absicht gesprochen, die »bloß formaldemokratische Maskerade eines Parlamentarismus« zu entzaubern und damit bewusst an jene Tradition konservativ-revolutionärer Programme angeschlossen, die schon einmal und keineswegs bloß in der Weimarer Zeit virulent gewesen war?

Freilich muss gegenwärtig eingeräumt werden, dass zur fortwährenden Delegitimierung repräsentativer parlamentarischer Systeme selbst einst staatstragende Verfassungsparteien vom Typ der CDU und deren Führungsmannschaften nach Kräften beitragen. Das dadurch geschaffene politische Klima begünstigt den Boden, auf dem rechtspopulistische Strömungen aller Couleur bestens gedeihen, da diese sich nun auf die willkommene Mithilfe ihrer Gegner und Feinde stützen können. Nach wie vor gilt: »Neue« und extreme Rechte ziehen auch heute ihren Gewinn hauptsächlich aus den offenbar gewordenen Schwächen demokratisch verfasster Systeme, deren Verfassungswirklichkeit – nicht allein auf Grund problematischer Spendenpraktiken – nur zu oft den offiziellen Bekundungen ihrer politischen Klasse Hohn spricht. Dass dies ein keineswegs auf die Bundesrepublik beschränktes Krisensymptom ist, gereicht kaum zum Trost.

Rechtspopulistische Rhetorik mit ihrer »Entschiedenheit« und »Kompromisslosigkeit«, ihrem Appell zur »Tat« und ihrem Ruf nach einer starken Hand findet derzeit



Wien, 18. Februar: Auch viele Jugendliche nahmen an den Demonstrationen gegen die neue österreichische Regierung teil.

Gefolgsleute genug, die sich erneut nach einer wärmenden Herdflamme völkischer Gemeinschaft sehnen.

Die FPÖ schwächt nicht nur die Konservativen

Österreich heute ist ein gutes Beispiel für die immer erneut aufgewärmte, irreführende Legende, wonach allemal nur Arbeitslosigkeit und materielles Elend die Wähler nach autoritären Führern rufen ließe. In Wirklichkeit trägt Haiders Bewegung alle Merkmale einer typischen »Volkspartei«: Protestbündnis aus alten und neuen Rechten, aus selbstständigem Mittelstand und Unselbstständigen, aus Bauern, orientierungslosen Jugendlichen und nicht zuletzt aus jenen breiten Schichten der Arbeiterschaft, die längst ihre sozialistischen Ursprünge verdrängt und durch die Erwartung eines neuen »Hoffnungsträgers« ersetzt haben. Ist es doch gerade das Erfolgsgeheimnis der FPÖ, es mittlerweile zu einer paradox anmutenden Sammlung von Modernisierungsverlierern

und -gewinnlern, von Verunsicherten wie Privilegierten, kurz zu einem Bündnis von Yuppies und Benachteiligten gebracht zu haben. Die steile Zuwachskurve von der einstigen 5%-Partei des Jahres 1983 zu einer Massenbewegung von knapp 30% der Wähler erklärt sich nicht zuletzt durch den Zulauf aus früheren Kernbereichen der SPÖ, eine Tatsache, die nicht verdrängt werden sollte.

So spricht Traudl Lessing (in: NG/FH 2/97) zu Recht von einem »Verlust der Sozialkompetenz« der SPÖ und Gewerkschaften. Sie erst habe zu einem »immer stärkeren Abfluss ehemals sozialistischer Wähler aus Industriegebieten mit hoher Arbeitslosigkeit und aus traditionellen Wiener Arbeiterbezirken mit hohem Ausländeranteil« geführt. »Also sind viele ehemals sozialistische Arbeiter und Arbeitslose zur FPÖ übergegangen, zu einem Jörg Haider, der ihnen das Gefühl vermittelt, etwas für sie tun zu können – wenn man ihn nur an die Macht lässt.«

Dementsprechend bejubelt denn auch die JUNGE FREIHEIT vom 28. Januar dieses

Jahres ihren rot-weiß-roten Volkstribun: »Ein Arbeiterführer für die von der SPÖ kommenden Wähler, der ›bessere Bürgerliche‹ und auch ein guter Taufscheinkatholik für ehemalige öVP-Wähler, für die Jungen, Reichen und Schönen, ein Vorzeige-Yuppie, für die bodenständigen ein biederer Heimatverbundener.« Ohne jeden Zweifel verstehen sich diese Merkmalsbestimmungen eines mutierenden Chamäleons bzw. gelernten Polit-Pop-Darstellers ohne ironische Distanz, sondern als hymnische Huldigung für den 50-jährigen Neomachiavellisten.

Von Gegnern und Kritikern des Rechtspopulismus wird diesem mitunter zweierlei entgegengehalten. Zum einen, so heißt es, handle es sich dabei nur um eine Mobilisierung kurzfristiger Protesthaltungen und Resentiments, die sich in der Regel wieder auflösen und von den großen Parteien der Mitte erneut integriert würden. Solchen fundamentalistischen »Protestparteien« wird somit keine Selbstständigkeit zuerkannt; vielmehr gelten sie als zeitweilig von den Flügeln der großen Volksparteien abgefallene Teile, die über kurz oder lang wieder zu ihren »Mutterparteien« zurückfinden müssten.

Eigentlich sollte die anhaltende Erfolgsgeschichte der FPÖ vor solchem Wunschdenken bewahren. Zeigen ihre Wahlergebnisse bei sämtlichen Parlamentswahlen doch, dass es sich zumindest in ihrem Falle keineswegs um eine nur temporäre separatistische Abweichung, vielmehr um eine veritable Massenbewegung handelt, die derzeit immerhin ein Drittel der österreichischen Wähler mobilisieren kann. Dass diese Klientel nach dem Regierungseintritt oder gar der Kanzlerschaft Jörg Haider kaum abnehmen dürfte, lässt sich unschwer vorhersehen.

Ein zweiter, nicht minder folgenschwerer Irrtum bei der Beurteilung rechtspopulistischer Bewegungen lautet: Sie müssten, einmal eingebunden in die Regierungsverantwortung, über kurz oder lang ineffektiv werden, da sie mit keinem umfassenden Programm aufwarten können. In der Tat enthält

etwa das vom Jubel-Parteitag im November 1996 verabschiedete FPÖ-Programm lediglich einige Kernsätze, während alles, was darüber hinausgeht allein der Zuständigkeit der Bundesparteileitung obliegt. Nach wie vor gilt programmatisch einzig und allein das jeweils gesprochene Wort des »Charismatikers« mit der untrüblichen Witterung für die Stimmungsschwankungen im Wahlvolk.

Darin eine Schwäche der FPÖ zu sehen, ist ein weiterer schwer wiegender Irrtum. Ermöglicht dieses geschmeidige Verfahren doch gerade die situationsadäquate Flexibilität Haider und seiner Anhänger. Den Fehlschluss vom nichts sagenden Grundsatzprogramm auf parteipolitische Ineffektivität hat treffend auch Hans-Gerd Raschke verworfen: »Erfolgskriterien ... sind nicht demokratische Spielregeln, sondern das Zelebrieren politischer Religion, die Mobilisierung von Ängsten, die Zurichtung der Politik auf einfache Botschaften ... und die massenwirksame Präsentation innerer und äußerer Feinde und Aggressoren«.

In vielen Kommentaren wird Haider entweder als reiner Opportunist oder schlicht als Nazi eingestuft. Beides geht fehl, da durch die geschickte Anpassung an die jeweiligen Stimmungslagen des Publikums hindurch dennoch – wie ein bräunlicher Faden – die Nähe zu bekannten rechtsextremen Positionen zum Vorschein kommt. Nicht zufällig ist das Zentralblatt der Neuen Rechten, die JUNGE FREIHEIT, seit geraumer Zeit zum Kampfblatt für die Haider-Linie geworden. Ein Nazi ist Haider schon deshalb nicht, weil eine solche Dummheit ihm vermutlich einen Teil seines Anhangs und vor allem seiner Wähler kosten würde.

Auf die alle Welt bewegende Frage, wer oder was Haider eigentlich sei, ließe sich am ehesten mit den Worten seiner Biografin Christa Zöchling antworten: »Einer, der aus nie aufgearbeiteten Opfer-Täter-Konstellationen der österreichischen Geschichte schöpft, der die xenophoben Stimmungen in diesem Land zum Programm erhoben hat, der sich,

wenn's Schwierigkeiten gibt, immer mit denselben Phrasen entschuldigt«.

Für Haider stimmen kann man im heutigen Österreich aus vielerlei Motiven. Jeden dritten Wähler dieses Landes der Sympathie mit den Nationalsozialismus zu verdächtigen, zeugte nicht gerade von einem entwickelten Differenzierungsvermögen.

RAINER MÜNZ

Trotz ihrer langsamen Erosion – ohne die ÖVP läuft in Österreich nichts

Wolfgang Schüssel hat es geschafft. Mit seiner Ernennung zum Bundeskanzler endeten in Österreich 30 Jahre sozialdemokratischer Hegemonie und 13 Jahre einer von Legislaturperiode zu Legislaturperiode immer weniger beliebten Großen Koalition. Der Preis ist freilich ein hoher. Schüssel regiert mit Hilfe der FPÖ. Und die steht unter der Fuchtel Jörg Haider, den halb Europa für einen gefährlichen Rechtspopulisten hält.

Schüssels Triumph über den glücklosen Viktor Klima lässt die Ausgangslage beinahe vergessen: Bei den Wahlen am 3. Oktober 1999 bekamen Österreichs Christkonservative so wenig Stimmen und Mandate wie noch nie. Jene Partei, die das Land in den 60-er Jahren mit absoluter Mehrheit regiert hatte, mobilisiert nun gerade noch ein Viertel aller Wähler. Dafür gibt es mehrere Ursachen. Eine davon ist die langsame Auflösung jener katholischen Milieus, in denen die Wahl einer anderen Partei als der ÖVP nie in Frage gekommen wäre. Eine andere ist der Strukturwandel der letzten Jahrzehnte. Er macht einer Partei wie der ÖVP, die sich vor allem als Vertreterin der Interessen von Bauern, Kleingewerbetreibenden und Beamten sieht, besonders zu schaffen.

Die 1945 gegründete ÖVP trat historisch das Erbe jener Christlichsozialen an, die die

Geschicke des Landes schon von 1920 bis 1938 regiert hatten. Nach der Ausschaltung des Parlaments im Jahr 1933, dem militärischen Sieg über die Sozialdemokraten im Bürgerkrieg von 1934 und dem Verbot der Nationalsozialisten waren die Christlichsozialen gemeinsam mit der katholischen Kirche für vier Jahre sogar einzige staatstragende Kraft, bevor der Anschluss an Deutschland die Eigenstaatlichkeit Österreichs beendete.

Gegner der Christlichsozialen waren einerseits die Deutschnationalen, aus denen später die österreichischen Nazis hervorgingen, andererseits die sozialdemokratisch geführte Arbeiterbewegung. Die Gegnerschaft zu den Deutschnationalen hat Wurzeln, die bis in die Zeit der Gegenreformation zurückreichen. Denn im 17. Jahrhundert wurden katholische Kirche und Klerus zur wesentlichsten Stütze habsburgischer Herrschaft, während Teile des Bürgertums und viele Bauern auf ein Bündnis mit den protestantisch regierten Staaten Deutschlands setzten. Im 19. und frühen 20. Jahrhundert wurden daraus zwei höchst unterschiedliche politische »Lager«.

Wer gegen Habsburg, Rom und den Fortbestand des Kaiserreichs Österreich war, sah seine Zukunft in einem gemeinsamen deutschen Nationalstaat. Dafür gingen schon die Revolutionäre des Jahres 1848 auf die Barrikaden. Sie hissten auch in Wien die Farben Schwarz-Rot-Gold. Und dieses Ziel verfolgten in der österreichischen Reichshälfte des 1867 geschaffenen Doppelstaates Österreich-Ungarn gleich mehrere Parteien, die sich großdeutsch, deutschliberal oder deutschnational nannten. Adel, Kirche und Klerus hielten dagegen an der Idee eines katholisch-übernationalen Reiches unter habsburgischer Führung fest. Und die katholischen Eliten des Landes konnten sich nach 1918 auch eher mit der Schaffung des Kleinstaates Österreich abfinden. Denn hier hatten sie weiterhin das Sagen. In einem preußisch dominierten Deutschland wäre ihr politischer Einfluss hingegen marginal geblieben.

Die Gegnerschaft gewann an Dynamik, als die Christlichsozialen 1933/34 nach dem Vorbild des faschistischen Italien in Österreich einen autoritären Ständestaat errichteten. Dagegen putschten Österreichs Nationalsozialisten im Juli 1934 und ermordeten Kanzler Engelbert Dollfuß. Österreichs NSDAP wurde daraufhin verboten, führende Mitglieder verhaftet, andere flüchteten nach Deutschland. Bereits 1938 bekamen sie Gelegenheit zur Revanche. Führende christlichsoziale Politiker gehörten zu den ersten ins KZ Dachau deportierten Österreichern.

Die Gegnerschaft der Christlichsozialen zur Sozialdemokratie ist historisch jüngeren Datums. Sie hatte einerseits mit dem strikten Antiklerikalismus der sozialistischen Arbeiterbewegung zu tun. Andererseits empfanden die katholischen Eliten das politische Programm der Sozialdemokratie – zu Recht – als radikale Absage an Monarchie und christlichen Staat. Schließlich konkurrierten Sozialdemokratie und Christlichsoziale in der entstehenden Massendemokratie zum Teil um die selben Wählerinnen und Wähler: insbesondere um die Stimmen von Landarbeitern, von Hausgehilfinnen und von Industriearbeitern bäuerlicher Herkunft. Nach 1920 wurde aus dieser Rivalität echte Feindschaft, weil beide Seiten Anspruch auf die Macht im Staat erhoben. Sowohl die regierenden Christlichsozialen als auch die oppositionellen Sozialdemokraten durften überdies mit einem gewissen Recht vermuten, die jeweils andere Seite favorisiere politische Lösungen jenseits der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie.

Die desaströsen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise und die wachsende Zahl autoritär regierter Staaten in Europa bestärkten viele christlichsoziale Politiker in ihren eigenen Zielvorstellungen. Nach der Ausschaltung des Parlaments im Jahr 1933 eskalierte die Auseinandersetzung. Im Februar 1934 kam es zum Bürgerkrieg, den die Regierung unter Kanzler Engelbert Dollfuß unter Einsatz von Bundesheer und paramilitäri-

schen Heimwehren für sich entschied. Dollfuß überlebte seinen Triumph nur um ganze fünf Monate. Ein Porträt von ihm zielt bis heute die Räume der öVP-Fraktion in Österreichs Parlamentsgebäude an der Wiener Ringstraße.

Nach der Wiedererrichtung Österreichs im Jahr 1945 entstand mit Zustimmung der Alliierten eine Allparteien-Regierung unter Einschluss der Kommunisten, die ab 1947 in eine Große Koalition aus christlichsozialer öVP und Sozialdemokraten mündete. Diese Konstellation zwang Politiker an einen gemeinsamen Kabinetttisch, die noch wenige Jahre zuvor auf einander geschossen hatten. Dass hier die Kontrahenten vom Februar 1934 nun gemeinsam regierten, ging in der öffentlichen Wahrnehmung angesichts der noch viel dramatischeren Einschnitte von NS-Zeit und Weltkrieg II unter. Die rhetorische Beschwörung eines angeblich völligen Neuanfangs (»Stunde null«) tat ein Übriges, die Regierungen unter den öVP-Kanzlern Leopold Figl (1945–53), Julius Raab (1953–61) und Alfons Gorbach (1961–63) nicht als Koalitionen von Bürgerkriegsgegnern erscheinen zu lassen. Doch viele Beteiligte verhielten sich entsprechend: Posten, Geld und Macht wurden paritätisch geteilt, schriftlich war festgelegt, wem welche Posten und Positionen zustanden. Da die Regierungspartner einander im Grunde misstrauten, mussten alle entscheidenden Positionen doppelt besetzt werden: mit je einem Parteigänger von öVP und SPÖ. Zugleich sicherten sich beide Parteien je eigene, von einander streng getrennte Einflusssphären in Wirtschaft und Gesellschaft.

Schon frühere Bundespräsidenten lehnten schwarz-blaue Koalitionen ab

Die Große Koalition des Jahres 1945 wurde aus der Not der Umstände geboren. Das Land war zerstört und besetzt. Dies brachte selbst erbitterte Gegner des Jahres 1934 in eine gemeinsame Regierung, obwohl die öVP bei den Nationalratswahlen Ende 1945 die abso-



lute Mehrheit gewonnen hatte. Dass dies keine Selbstverständlichkeit war, zeigt der Blick über die Grenze. In der benachbarten Bundesrepublik regierte Konrad Adenauer ohne Große Koalition mit den Sozialdemokraten, obwohl CDU und CSU im ersten frei gewählten Bundestag über keine Mehrheit verfügten. 20 Jahre später hatte die Große Koalition als Regierungsform in Österreich abgewirtschaftet, hinterließ einen beträchtlichen Reformstau und wurde zu Recht abgewählt. Die ÖVP gewann im Parlament die absolute Mehrheit und kam unter Kanzler Josef Klaus bis 1970 ohne Koalitionspartner aus. Nur wenige trauerten damals über das Ende der schwarz-roten Regierung.

Doch auch Klaus wurde abgewählt. Auf ihn folgte 1970 Bruno Kreisky. Mit ihm an der Spitze gewann die SPÖ dreimal hintereinander die absolute Mehrheit. Und auch

nach seinem Abgang als Kanzler zwang Kreisky die ÖVP für weitere vier Jahre auf die Oppositionsbank. Er führte die SPÖ in eine Kleine Koalition mit der FPÖ, die Kreiskys Nachfolger Fred Sinowatz von 1983 bis 1986 eine Mehrheit im Parlament sicherte.

Die FPÖ wurde 1949 als »Verband der Unabhängigen« von einer Gruppe ehemaliger Nationalsozialisten unter Anton Reintaller und einigen versprengten Liberalen aus großdeutschem Milieu gegründet. Der damalige Innenminister Oskar Helmer (SPÖ) leistete den Gründern Schützenhilfe. Helmers Kalkül war ebenso einfach wie wirkungsvoll: Das Antreten dieser neuen Rechtspartei bei den Parlamentswahlen 1949 sollte verhindern, dass ehemalige Parteigänger und Sympathisanten der NSDAP mangels Alternative in größerer Zahl ÖVP wählten. Prompt verlor die ÖVP 1949 im Parlament ihre abso-

lute Mehrheit und war bis 1966 auf die SPÖ als Koalitionspartner angewiesen. Der schon damals diskutierte Variante einer Koalition zwischen ÖVP und FPÖ erteilten die Bundespräsidenten Theodor Körner und Adolf Schärf beide eine energische Absage. Später machte auch die SPÖ der FPÖ Avancen. 1970/71 überlebte Bruno Kreiskys SP-Minderheitsregierung dank einer Absprache mit der FPÖ, ehe es 1983 zu einer Koalition kam.

Kreisky wollte die FPÖ auf Kosten der ÖVP aufwerten. Zwei etwa gleich starke Parteien rechts der Mitte sollten der SPÖ als Juniorpartner zur Verfügung stehen und notfalls gegeneinander ausgespielt werden können. Kreiskys Zukunftsvision wurde inzwischen Realität, und dennoch kam alles ganz anders als geplant. Das Bündnis mit den Sozialdemokraten war nicht nur bei den Funktionären der Freiheitlichen äußerst unpopulär. Die FPÖ verlor 1983–86 auch rapide in der Wählergunst. In dieser Krise gelang es Jörg Haider mit Hilfe der damals noch etwas zahlreicheren Deutschnationalen die Macht in der FPÖ an sich zu reißen.

Ohne zu zögern, kündigte der damalige SP-Kanzler Franz Vranitzky (1986–1997) daraufhin die Koalition mit der FPÖ. Es kam zu vorgezogenen Neuwahlen, bei denen die SPÖ wider Erwarten stärkste Partei blieb. Danach machte Vranitzky der ÖVP ein Koalitionsangebot. Diese akzeptierte das Angebot, weil ein Bündnis von ÖVP und FPÖ damals innerhalb der Christdemokraten noch nicht mehrheitsfähig war und auch von einflussreichen Gruppen innerhalb der katholischen Kirche abgelehnt wurde. Die Große Koalition zwischen 1986 und 1999 verdankte ihre Existenz somit den radikalen Parolen, Provokationen und Wahlerfolgen Jörg Haiders. Er und seine FPÖ waren für die Sozialdemokratie und anfangs auch für größere Teile der ÖVP als Partner nicht akzeptabel. Damit blieben die beiden großen Parteien zum Regieren erneut auf einander angewiesen. Allerdings war in diesem Zusammenhang zwar viel von »staatspolitischer Verantwortung«, doch nur

Ästhetik

& Kommunikation

Heft 108 ■ 31. Jahrgang ■ März 2000 ■ 20 DM

Neue Lage®

Einundeinhalb Jahre

Rot-Grün – statt zu fragen: Was sollte besser gemacht werden? fragen wir:

Mit welchen nicht realisierbaren oder untereinander unvereinbaren theoretischen Konzepten und Zielvorstellungen hat das links-alternative Spektrum Rot-Grün auf die Reise geschickt?

Hat man seine Konzepte zu Ende gedacht oder sind sie nicht vielmehr in sich so ambivalent, daß jeder Versuch der praktischen Umsetzung in Politik von vorneherein zum Scheitern verurteilt ist?

Warum sind die linken Konzepte untereinander unvereinbar, insbesondere die auf Staat, Arbeit und soziale Gerechtigkeit bezogenen? Was wird aus den Parteien und ihren Prinzipien? Welche Veränderungen des Politikfeldes sind dabei, sich zu etablieren?

Wir betrachten exemplarisch Wirtschafts- und Sozialpolitik, Staatserwartungen und den Zulauf der Haiders in Europa.

Ästhetik & Kommunikation

Wallstraße 60 · D-10179 Berlin

(030) 27 56 03 30 · (030) 27 56 03 30

www.prkolleg.com/aesthetik

www.prkolleg.com/aesthetik

wenig von programmatischer Übereinstimmung die Rede. Mit dem EU-Beitritt hatten sich auch die gemeinsamen Ziele der Großkoalitionäre erschöpft.

Von Freude am gemeinsamen Regieren und Gestalten hörte und sah das Publikum in den Jahren 1987–99 überhaupt nichts. Gemeinsame Pressekonferenzen von SP-Kanzler und VP-Vizekanzler blieben rar. Von wechselseitigem Respekt war nichts zu spüren. Gerade darin unterschieden sich Viktor Klima (1997–2000) und Wolfgang Schüssel von Raab und Schärp oder Klaus und Kreisky. Die Atmosphäre in der Großen Koalition 1986–99 blieb getrübt. Dies hatte auch damit zu tun, dass die beiden Partner die jeweils andere Regierungspartei weiterhin als Gegner und nicht als Partner sahen.

In der Wählergunst verlor die ÖVP während der Großen Koalition ab 1987 stärker als die Sozialdemokraten. Zugleich fiel es Österreichs Christdemokraten zunehmend schwer, ein unverwechselbares Profil oder Programm zu entwickeln. Der interne Ausgleich zwischen den Interessen der wichtigsten organisierten Gruppen innerhalb der Bauern, kleine Gewerbetreibende und Beamte – erschwerte jede eindeutige Positionierung. Hinzu kam und kommt, dass die Partei zwar auf Bundesebene von Wahl zu Wahl an Stimmen und Mandaten verlor, aber in sechs, zeitweise sogar in sieben der neun Bundesländer Österreichs den Landeshauptmann (also den Ministerpräsidenten) stellte. Diese Stärke und Verankerung in den Ländern machte die Bundespartei lange vom Wohlwollen lokal unangefochtener Landesfürsten abhängig, die ebenfalls heterogene, teils sogar gegensätzliche Interessen vertraten.

Erst Wolfgang Schüssel gelang es, diese Heterogenität der lokalen Machtzentren zu seinem eigenen Vorteil zu nutzen. Trotz Wahlniederlagen behauptete er sich nicht bloß relativ unangefochten an der Spitze der Partei. Er zwang seine Partei auch ohne größere persönliche Autoritätseinbuße, auf Bundesebene seinen jeweiligen Kehrtwen-

dungen zu folgen. Im Wahlkampf drohte Wolfgang Schüssel noch mit dem Gang in die Opposition, sollte die ÖVP bei den Parlamentswahlen nur drittstärkste Kraft werden. Als es dann am 3. Oktober 1999 tatsächlich nur für den dritten Platz reichte, war viel von der Einhaltung dieses negativen Wahlversprechens die Rede: Die »Weichen werden in Richtung Opposition gestellt«, so Schüssel wörtlich. Im Dezember begann die ÖVP trotzdem Koalitionsverhandlungen mit dem ungeliebten sozialdemokratischen Partner, im Januar 2000 erfolgte schließlich der Schwenk zu Jörg Haider und seiner FPÖ. Trotz heftiger Proteste aus dem In- und Ausland und gegen den Widerstand von Bundespräsident Thomas Klestil eroberte Wolfgang Schüssel mit Hilfe Jörg Haider für sich und seine ÖVP das politische Machtzentrum Österreichs.

Ob sich die langsame Erosion der christdemokratischen Bewegung durch eine von der ÖVP dominierte Koalition mit den Freiheitlichen aufhalten lässt, ist ungewiss. Jedenfalls führte die schrumpfende Wählerschaft bislang keineswegs dazu, dass die ÖVP an Macht und Einfluss verlor. Im Gegenteil: Angesichts fehlender Regierungserfahrung der FPÖ und mangels eines funktionierenden Apparats hinter Jörg Haider und seiner Mannschaft verfügt die Partei im Moment über mehr innenpolitischen Spielraum als je zuvor. Auch strategisch bleibt die ÖVP gut platziert, solange in Österreich Sozialdemokraten und Grüne nicht mit den Rechtspopulisten koalieren wollen. Ohne ÖVP – so scheint es – wird in der Alpenrepublik auf absehbare Zeit keine Regierung gebildet werden. Wären da nicht die Sanktionsdrohungen der 14 anderen EU-Staaten und der erhebliche Imageschaden für das Land, gäbe es nicht die negative Reaktion der internationalen Finanzmärkte, und säße in Kärnten nicht jener unberechenbare Landeshauptmann Jörg Haider trotz seines Rücktritts indirekt mit am Kabinetttisch; wäre dies alles nicht der Fall, dann könnte Wolfgang Schüssel mit sich eigentlich zufrieden sein.

NORBERT SEITZ

»Eine Ära Kohl gab es nicht« Erinnerung an Rüdiger Altmann

Als er Kohls Regierungszeit auch noch nach 16-jähriger Rekordkanzlerschaft den Titel einer Ära streitig machen wollte, haben einige dahinter eine persönliche Animosität vermutet. Immerhin machten selbst linksintellektuelle Köpfe wie Jürgen Habermas ihren späten Frieden mit dem Europa-Kanzler. Rüdiger Altmann blieb indes bei seinem früh gebildeten Urteil, dass die einzige »Wende«, die der ausdauernde Pfälzer geschaffen habe, jene weniger rühmliche hin zu einem dinosaurierhaften Parteienstaat gewesen sei. Und Europa? Kohl habe gewiss einen »europäischen Zug gespürt, allerdings ohne strategische Konzeption.« Altmann gab dies zum Besten in seinem vermutlich letzten großen Gespräch, das er im Wahlmonat September 1998 unserer Zeitschrift gewährte.

Er war ein Schüler des Rechten Carl Schmitt in Berlin und Assistent des Linken Wolfgang Abendroth in Marburg. Als Vordenker des Ordoliberalen Ludwig Erhard entwickelte er zu Beginn der 60er Jahre das berühmt-berüchtigte Denkmodell einer »Formierten Gesellschaft«, bei dem linke Kritiker sogleich »totalitäres Gras wachsen« hörten. Doch Altmann hat stets darauf verwiesen, dass es sich dabei weniger um eine Projektbeschreibung als um eine analytische Kategorie handelt, die den aufkommenden Korporatismus des Adenauer-Staates auf den Begriff zu bringen versucht.

Er konstatierte schon früh, dass der Staat nicht mehr durch klassische Sozialkonflikte, sondern »durch funktionsloses Wuchern der organisierten Interessen« gefährdet sei. Von Adenauers Kanzlerdemokratie über die »Konzertierte Aktion« der Großen Koalition, Helmut Schmidts »Stabilitäts-System« bis zu Kohls inhaltsleerer Unentbehrlichkeit sah er nur eine absteigende Linie der »Willenschwäche von Bundestag, Parteien und Regierung«.

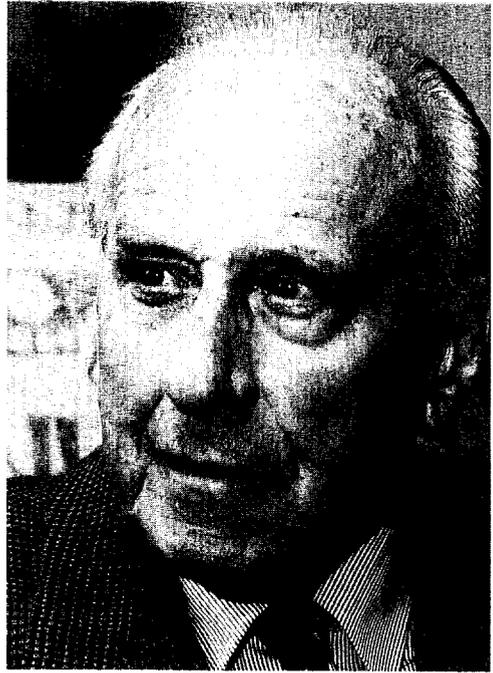


Foto: Danetzki & Weidner

Rüdiger Altmann (1922–2000)

Rüdiger Altmanns Pech war es, der vielleicht scharfsinnigste Kanzlerberater unter dem politisch schwächsten Kanzler der alten Bundesrepublik gewesen zu sein. Er bestritt vehement derlei Geringschätzung Ludwig Erhards, wiewohl auch er zugeben musste, dass es dem Adenauer-Nachfolger trotz seiner deutlichen gesellschaftspolitischen Position an »machtpolitischer Expressivität« gemangelt habe.

Späte Nachricht vom Staat hieß sein berühmter Essay aus dem Jahre 1967, in dem er seine Enttäuschung über Erhards schmachvollen Abgang nach gescheiterten Haushaltsberatungen mit der FDP zu verarbeiten sucht. Der Staat gleiche nur noch »einem kastrierten Kater, der an Umfang zunimmt – was ihm fehlt ist die Potenz.« Regierung und Parlament seien in Haushaltskrisen beim »Kampf der Gruppen« machtlos.

Nachdem er noch im März 1983 an der zweiten Regierungserklärung des übernächsten CDU-Kanzlers mitgepinselt hatte, gab er die Hoffnung rasch auf, über das *Muddling through* des zunächst so unsicher agierenden

Helmut Kohl hinaus etwas weitreichend Konzeptionelles bewirken zu können. Im Frühjahr 1989 wetzte er das Messer in einem Aufsehen erregenden Anti-Kohl-Text, betitelt: »Die Null vor dem Komma«.

Dass diese danach noch Geschichte machen sollte, hat Altmann kaum beeindrucken können. Am liebsten hätte er dem »Kanzler der Einheit« eine politische Präsidialakademie mit den klügsten Köpfen der Nation vor die Nase gesetzt. Denn er hielt weder den triumphierenden Kohl noch dessen konditionierten Parteienstaat für befähigt, die anstehende Jahrhundertaufgabe zu bewältigen.

Nach Altmann haben sich der klassische Verteilerstaat und die Parteiendemokratie verbraucht: »Die Staaten haben ihre Idee eingeblüht.« Aber auch Nation und Nationalstaat fanden bei dem Godesberger Solitär keine Gnade mehr: »In Deutschland ist die Nation gewiss kein Maßanzug der Gesellschaft mehr.« Was wunder, dass er stets von neuem das Medium einer rational gesteuerten Ökonomie beschwor.

Dass die scharfsinnigen Zeitdiagnosen eines von Hause aus eher konservativen Publizisten auch in einer linken Monatszeitschrift breite Resonanz fanden, hatte nicht nur mit der gepflegten Dissidenz des CDU-Mitglieds gegenüber dem Langzeitkanzler zu tun. Seine vereinzelt Stellungnahmen sollten es immer in sich haben – auch jene in den FRANKFURTER HEFTEN.

So kommentierte er 1989 das neue Parteiprogramm der SPD – zu jenem Zeitpunkt noch mit »Bremer Programm« überschrieben – indem er die »Naivität der Autoren« hervorhob, noch von einer »Politik der Partnerschaft und einer Kultur des Streites« im Ost-West-Verhältnis auszugehen, obgleich der ökonomische Konkurs und ideologische Ruin der Herrschaftssysteme in Ost- und Mitteleuropa für ihn schon vor '89 unabänderlich schienen.

1994 zur Bundespräsidentenwahl ließ er sich das redaktionelle Spiel mit vertauschten

Rollen gefallen: Der Linksliberale Heribert Prantl plädierte für den Konservativen Roman Herzog, der Konservative Rüdiger Altmann für den Sozialdemokraten Johannes Rau, dessen hohes kommunikatives Potenzial er ebenso pries wie jene unter der aktuellen Affärenlast verdrängte Rolle, »orientierend über fundamentale Probleme der Demokratie zu sprechen«.

Sein letztes Projekt war ein Konzept für Europa, »das Bild einer Zukunft Europas mit all seinen Institutionen, ein Bild, das jeder verstehen soll und realistisch ist.« Was er in jenem Redaktionsgespräch 1998 ankündigte, eine gemeinsame europäische Wirtschaftspolitik zu entwickeln, blieb leider unvollendet.

Abschied von Bonn, Abschied von Rüdiger Altmann. Sein letzter Text begleitete auch uns nach Berlin. Im »Charme Bonns« spiegelte sich »unser Engagement für ein sich zusammenschließendes Europa.« Dort am Rhein habe sich die Überzeugung gebildet, »dass eine Wiedervereinigung nicht zu einer Rekonstruktion des Deutschen Reiches, sondern zu einer bundesstaatlichen, in eine europäische Union integrierten Demokratie führen müsse.« Eine Art politisches Vermächtnis, dem auch diese Zeitschrift sich verpflichtet fühlen könnte.

NG/FH-Texte von Rüdiger Altmann:

Zum Berliner SPD-Parteiprogramm:

Kultur – ein zentrales Problem im industriellen System

(in: NG/FH 8/1989);

Zum 10. Kanzlerjahr Helmut Kohls:

Keine Ära

(in: NG/FH 10/1992);

Zur Bundespräsidentenwahl:

Rau und die Produktivität des Zusammenführens

(in: NG/FH 4/1994);

Zum Regierungswechsel:

Gespräch: »Eine Ära Kohl gab es nicht.«

(in: NG/FH 11/1998);

Zum Berlin-Umzug:

Der Charme der alten Bundeshauptstadt

(in: NG/FH 4/1999).

Die Reportage

CLAUDIA ALDENHOVEN

Drehort Berlin

Wenn die Stadt zur Kulisse wird

Es klingelt im Morgengrauen. Mir egal, denkt die Schläferin und taucht unter die Decke. Doch das Sturmgeklingel – wenn jetzt auch gedämpfter – dringt weiter bis zum »Binnoch-im-Leerlauf«-Bewusstsein vor: »Müllabfuhr, du kannst mich mal. Mich kriegst du nicht aus dem Bett«. Die eintretende Stille scheint der Schläferin Recht zu geben. Es ist aber nur die Stille vor dem Hämmern an ihrer Wohnungstür. Das geht zu weit, jetzt bin »Ich« erwacht. Empört werfe ich mir den Morgenmantel über und reiße die Tür auf. Ein Polizistenpärchen schaut angewidert auf mich herunter: »Haben sie die Halteverbotschilder nicht gesehen«, kreischt die junge Kollegin, das männliche Pendant brüllt: »Fahren Sie sofort Ihr Auto weg! Sonst lassen wir es abschleppen.«

Natürlich habe ich die vor einer Woche aufgestellten Schilder gesehen und dabei »Schon wieder eine Filmproduktion« gedacht. Die Letzte hatte erst vor kurzem, nach einem Monat Aufenthalt, die Pfulstraße in Berlin-Kreuzberg verlassen. Am Schreibtisch arbeitend, durfte ich einen Nachmittag lang vom Fenster aus die Aufnahmen im Innenhof verfolgen. Wenn das Filmteam mal nicht herumstand oder saß – 90 Prozent der Beteiligten dürfen sich bei einem Dreh nicht rühren; Beleuchter und Techniker lungern nicht herum, wie es mir oder anderen Film Laien erscheinen mag, sondern stehen in Warteposition, falls etwas Unvorhergesehenes passiert –, dann wiederholte sich immer wieder die eine Szene: Jemand schreit »Aufnahme«, eine Tür fliegt auf, die Schauspielerin kommt heraus und ruft: »Theo, Theo, Theo«, worauf ein »Klappe« das »Theo« wieder beendet.



»Home Sweet Home«, so stand es auf dem produktionseigenen Transporter, gab sich aber ansonsten anwohnerfreundlich. Zwar machte es durch Schilder und Absperrungen klar, wem die Straße gehört, doch durften Anlieger bis auf Widerruf parken, sofern sie einen Zettel mit Namen, Adresse und Telefonnummer gut sichtbar am Auto anbrachten. Denn eigentlich, das konnte jeder Anwohner sehen, wurde der Platz nicht gebraucht. Und so musste ich innerhalb der vier Wochen mein Auto gerade zweimal wegfahren. Das aber nie vor neun Uhr.

Soll man die Schilder da noch ernst nehmen? Im Hausflur und auf der Straße treffe ich jetzt auf weitere Verbotsschilder-Desensibilisierte. Blasse, notdürftig Bekleidete, in Schlappen oder Puschen mit Mänteln über dem Nachtgewand, auf dem Weg, ihre Autos nach irgendwohin zu fahren. Minuten später, bei meiner Rückkehr zum Haus, ist die Straße fast auto- und menschenleer. Nur ein mit Handy und Head-Set versehener Mann, der Aufnahmeleiter vor Ort, erwartet – nervös den Bürgersteig auf und abgehend – den Konvoi seiner herannahenden Filmproduk-



Fotos: Cinetext

Eine Straße, die Filmgeschichte machte: die »Sonnenallee«.

tion. Als Animierdame des Films ist er der Erste und Letzte am Set und für alles verantwortlich.

»Die Location Berlin/Brandenburg wird immer beliebter. Waren es 1995 rund 25 Drehs, die die BERLIN BRANDENBURG FILM COMMISSION – der Locationservice des FILMBOARD – täglich registrierte, so nutzten in den Folgejahren in Spitzenzeiten nationale und internationale Produktionen bis zu vierzig mal täglich Berlin und sein Umland als Drehort für Kinospielefilme, Fernsehfilme und Serien«, lese ich in dem vom FILMBOARD herausgegebenen Informationsblatt *Film- und Medienregion Berlin- Brandenburg*. Das FILMBOARD ist als gemeinsame Filmförderung der Länder Berlin-Brandenburg die Institution in der Region, welche nicht nur Filmvorhaben finanziell unterstützt und als Dienstleister Filmproduktionen u.a. bei der Beschaffung von Drehgenehmigungen zur Seite steht, sondern auch die Werbetrommel für den Drehort Berlin rührt: »Für Ihr Shooting bietet Berlin urbanes Ambiente in allen Facetten, futuristische Architektur neben verfallenen Fabrikgeländen, marodes Flair und weltberühmte Sehenswürdigkeiten. Der rich-

tige Handlungsort mit der passenden Atmosphäre in der Hauptstadt liegt nahe.« Damit er noch näher liegt, bietet das FILMBOARD Film-schaffenden als »Location-Service« eine »Location-Datenbank« über das Internet an.

Meist bedienen sich Filmproduktionen für die Drehortsuche aber noch der Menschen, die sich stolz unter dem Namen »Locationscout« verdingen. So ein Ortsucher klappert Berlin und Umgebung nach charakteristischen Plätzen oder nach Wohnungen mit großen Fenstern ab, die sich von außen gut beleuchten lassen, und bietet sein Wissen feil. Kommt eine Privatwohnung in Frage, dann locken der Scout oder ein Film-ausstatter die Mieter mit im Durchschnitt Tausend Mark pro Tag, ihr Heim zur Verfügung zu stellen. Obwohl Folgeschäden eines Drehs versichert sind, sollte jeder, der so ein Angebot erhält, sich klar machen, dass Geld nicht alles ersetzen kann. Was die Pfüelstraße aber als gefragten Drehort auszeichnet, sind keine schicken Privatwohnungen. Es ist der Blick über die Spree auf Mauerreste und auf die aus der Gründerzeit stammende Oberbaumbrücke. Hinzu kommt, dass jede Menge freie Gewerberäume für Innenaufnah-

men, die Bühnenbildnern und Ausstattern freie Entfaltung lassen, direkt am Wasser liegen.

Die Gebühr für eine allgemeine Drehgenehmigung durch den Polizeipräsidenten kostet erstaunlich wenig: 250 DM für drei Monate, 500 DM für ein Jahr und 1000 DM für bis zu drei Jahre. Da sie unabhängig von dem Platz ist, den eine Filmproduktion bei einem Dreh für sich beansprucht, werden Absperrungen gern großflächig beantragt. Je nachdem, wo gedreht wird, muss der Aufnahmeleiter dann noch Straßenverkehrsamt, Umweltamt, Tiefbauamt, Grünflächenamt oder Denkmalschutz um zusätzliche Genehmigungen abklappern und die unvermeidlichen Gebühren entrichten. Firmen wie BLOC INC. in Berlin übernehmen anschließend die erforderlichen Absperrungen. Von einem Mitarbeiter erfahre ich: »Man kriegt jede Straße gesperrt, auch Stadtautobahnen wie die 105 am Kurt-Schumacher-Damm. Man muss aber sein Vorhaben drei bis vier Wochen vorher anmelden und ein Verkehrskonzept vorlegen. Generell schwierig wird es nur bei Sackgassen und Einbahnstraßen«. Ich beschließe, bei der nächsten Wohnungssuche innerhalb Berlins genau auf diese wichtigen Details zu achten.

Denn Eigen- und Auftragsproduktionen besonders der privaten Fernsehsender steigen. Laut einer Untersuchung des INSTITUTS DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT (IW) haben sich ihre jährlichen Investitionen in den Jahren 1993 bis 1999 von 1,3 auf 2,8 Milliarden Mark mehr als verdoppelt. 1999 gaben allein die beiden Privatsender RTL und SAT.1 davon 2,2 Milliarden aus. Der Medienstandort Berlin-Brandenburg profitiert vom gesteigerten Interesse der Privaten und boomt: An der Berliner Medien- und Kommunikationswirtschaft hat die Branche Filmwirtschaft mit rund 1000 Betrieben einen Anteil von 13,5 Prozent. Allein in Berlin gibt es 300 Filmproduktionsgesellschaften. Mit Spiel- und Fernsehfilmen, aber auch Industrie-, Werbe- und Lehrfilmen betrug der Umsatz 1998 über eine Milliarde Mark bei 10000 festen

und freien Beschäftigten. Bei der Produktion von Kinospielefilmen nimmt Berlin neben München inzwischen den Spitzenplatz, als Zentrum der Filmwirtschaft den dritten Platz hinter Nordrhein-Westfalen und Bayern ein. Denn vorerst fehlt der Region mit ORB und SFB ein reicher Haussender, wie es der WDR für Nordrhein-Westfalen ist. Doch insbesondere PRO SIEBEN und SAT.1 sowie das ZDF vergeben zunehmend Aufträge in die Region. »Auch RTL lässt hier immer öfters drehen«, frohlockt das Filmboard.

So steigt die Zahl der Erstausstrahlungen deutscher TV-Filme, die auch auf Hauptstadtatmosphäre immer seltener verzichten mögen. Selten bestechen sie durch Qualität. Bei dem Film, der sich hinter dem Produktionsnamen *Home Sweet Home* verbarg, sollte es sich, nach Aussage eines BLOC INC.-Mitarbeiters, um den RTL-Fernsehfilm: *Liebe ist stärker als der Tod* handeln. Allein, um die »Theo, Theo, Theo«-Szene im Kontext wiederzusehen, habe ich ihn mir angesehen. Doch von Theo keine Spur: Entweder erhielt ich eine falsche Information, oder der Regisseur hat die Szene verworfen. Statt dessen erleide ich ein hausgemachtes Drama um eine Ärztin, die sich aus »*Liebe-ist-stärker-als-der-Tod*« mit dem letzten Ejakulat eines Hirntoten ein Kind macht. Nein, für so was will man nicht um halb sieben von Polizisten angeschrien werden. Lieber öffne ich in Zukunft der Müllabfuhr. Auch die im Auftrag von SAT 1 in der Pfulstraße abgedrehte »*Happy Yuppie-sei-kein-Aschenputtel*«-Komödie *Wie angelt man sich seinen Chef?* gehört nicht von der FAZ gelobt, sondern in die gelbe Tonne.

Für dieses Jahr haben bereits 43 neue Fernseh- und Kinoproduktionen Berlin als Drehort angegeben. Ich fordere hiermit ein Vetorecht für Anwohner: Parkplätze und Rücksichtnahme für Filmproduktionen nur noch gegen gute Drehbücher oder Regisseure und Schauspieler. Für Filme wie *Nachtgestalten*, *Das Leben ist eine Baustelle* oder *Lola rennt* würde ich die Straße nämlich mit Vergnügen räumen.

MOSHE ZUCKERMANN

(TEL AVIV)

Der fremde Blick

Den »fremden Blick« setzt der Name der Rubrik voraus. Zurecht wohl, ich bin ja weder im realen noch im präsidial metaphorisierenden Sinne ein Berliner. Auch nach zehnmonatigem Forschungsaufenthalt am WISSENSCHAFTSKOLLEG, unzähligen Theater-, Opern-, Museums- und Konzertbesuchen, vielen eigenen Vortragsveranstaltungen sowie zahlreichen Bekanntschaften mit sehr lieb gewordenen Berliner Freunden ist mir die Stadt einigermaßen fremd geblieben. Gleichwohl handelt es sich um eine von größter Vertrautheit durchwirkten Fremdheit. Eine Fremdheit ist es, bei der ich mich dazugehörig, nahezu heimisch fühle. Das hat mit zweierlei Ambivalenz zu tun.

Da ist z.B. die Topographie des Viertels, in welchem ich während des akademischen Freijahres wohnte. Sie erwies sich als gleichsam physisch gewordene Manifestation der Ambivalenz: Zwischen dem großbürgerlich gediegenen WISSENSCHAFTSKOLLEG in der Wallotstraße und der dreihundert Meter entfernten liegenden, mir vom KOLLEG zugeteilten Wohnung in der pastoral gelegenen VILLA WALTHER am idyllischen, von Enten und Schwänen bevölkerten Herthasee, steht ein Denkmal zur Kennzeichnung der Stelle, an der Walter Rathenau ermordet wurde. Geht man von der Villa ein Stück weiter, bis an die Grenze dieses luxuriösen Wohnviertels im Grunewald, gelangt man zur örtlichen S-Bahn-Station, in der sich GLEIS 17 befindet – ein Mahnmal zur Erinnerung an Tausende, zwischen 1942 und 1945 von ebendieser Bahnstelle nach Theresienstadt und späterhin nach Auschwitz deportierten Juden. Der zehnmonatige Aufenthalt am WISSENSCHAFTSKOLLEG gestaltete sich denn auch als ein »paradiesisch« anmutendes Sein materiell-physischen Wohlbefindens, mit dem allerdings ein nicht nur glückliches Bewusstsein einherging.

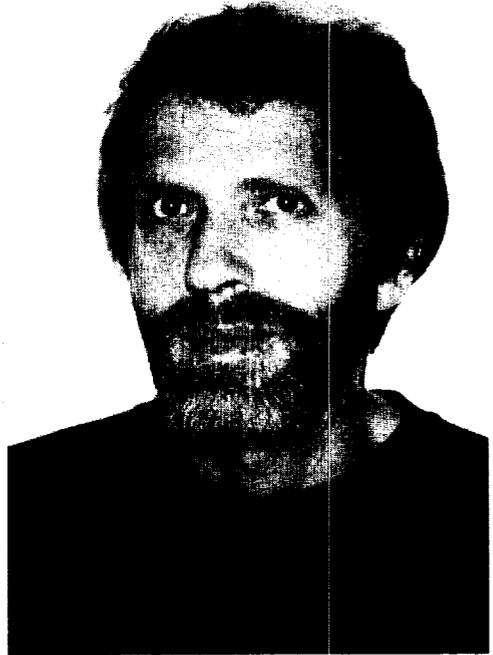


Foto: privat

Nun sind freilich aktuelle Ambivalenzen stets lebensgeschichtlich sedimentiert. 1949 in Israel als Sohn polnisch-jüdischer Holocaust-Überlebender geboren, verlebte ich, nachdem meine Familie im Jahre 1960 nach Deutschland übergesiedelt war, den größten Teil meiner Kinder- und Jugendjahre in Frankfurt am Main.

Ob ich es wollte oder nicht, lag mir Deutschland unwiderruflich in den biographischen Gliedern, als ich 1970 nach Israel zurückkehrte: Deutsche Stadtbilder und deutsche Natur bevölkern meine inneren Urban- und Naturlandschaften; deutsche Sprache, Literatur, Kultur und Denktraditionen haben meinen geistigen Habitus geprägt.

Und dennoch komme ich nicht umhin, einzugestehen, wie sehr Momente nahezu klischerter Alltagsbegegnungen mit der »Vergangenheit« bei mir noch immer Residuen längst überwunden geglaubter Befangenheit anzurühren vermögen: Bis zum heutigen Tag kann ich mich beim Anblick

eines/einer älteren Deutschen der mich unwillkürlich durchzuckenden Frage, was er bzw. sie wohl »damals« gemacht haben mögen, kaum erwehren.

Dass dabei der/die Einzelne entindividualisiert, gleichsam kollektiv »eingedeutscht« wird, spielt für mich im aktuellen Moment keine Rolle.

Ich hadere mit meinen psychischen Impulsen nur dann, wenn sie jeglichen Realitätsbezug verloren zu haben scheinen. Das Problem liegt halt darin, dass sich im Laufe der Jahre die konkrete Besetzung der Kategorie »ältere Deutsche« zwangsläufig verändert und merklich verschoben hat, ich aber auf das schlechthin »Ältere« der Deutschen nahezu instinktiv, gewissermaßen historisch begründet *ahistorisch* reagiere.

Eine seltene Authentizität

Berlin wirkte da bei aller Ambivalenz wie ein heilsames Antiserum. Zwar ist gerade in dieser Stadt nahezu jeder Quadratmeter historisch befrachtet; symbolisiert die gerade in ihr stattgefunden »Wiedervereinigung«, forciert der in ihr triumphal vollzogene Einzug des deutschen Parlaments in den alt-neuen Reichstag die Verwandlung dessen, was geschah, in »pure Geschichte«. Und doch scheint die Ambivalenz gerade in dieser in stetiger Transformation befindlichen Stadt eine eigentümliche Form der »Legitimität« zu haben, die Debatten kontroverser, aber auch freier, die Manifestationen realer Erinnerungsarbeit umstrittener, dafür aber auch ehrlicher zu sein.

Mir scheint Berlin eine in dieser Hinsicht nicht überall in Deutschland vorfindbare Authentizität zu wahren. Gepaart mit dem kosmopolitischen Flair bunt-heterogener Menschenmassen und vielfältig nebeneinander lebender Kultursphären sowie einer unbestimmbaren, phänomenologisch gleichwohl deutlich ausmachbaren Internationalität, lässt sie für mich eine Aura leicht irritierender, doch zugleich erwartungsfroher Unruhe entstehen.

Lokalitäten

SUSANN SITZLER

Einverstanden mit Ruinen

Die »Sophiensaele« in Berlin-Mitte

Wie »Neue Mitte« sieht es in der Sophienstraße 18 wirklich nicht aus. Design kann man lange suchen, modische Beleuchtungskonzepte hätten keine Chance, und nirgendwo sind Menschen in innovativer Bekleidung zu sehen. Eigentlich sind überhaupt keine Menschen zu sehen. Die sitzen nämlich gerade alle im künstlerischen Büro, eine Etage über dem Theatersaal, und besprechen eine neue Produktion. Obwohl ungefähr zehn Schreibtische im Raum stehen, fühlt man sich nicht wie in einem Großraumbüro. Eher wie in einer Zeitmaschine. Von der vorletzten Jahrhundertwende stammen die bröckelige Stuckdecke und die riesigen, ausgebleichten Holzschränke, aus der DDR der braun gewürfelte Plastikbelag auf dem Boden und der verbogene Garderobenständer. Einen Hauch von antiautoritärer Sozialisation verströmen die ungespülten Bestecke und die vertrocknenden Milchtüten, und den kreativen Aufbruch des neuen Berlin verkörpern die schlanken Rechner, auf denen Letztere stehen.

Seit die »Sophiensaele« im September 1996 mit *Allee der Kosmonauten* von Sasha Waltz eröffnet wurden, ist die Spielstätte eng mit dem Namen der Choreografin verbunden. Zusammen mit den Regisseuren Jochen Sandig und Jo Fabian und befreundeten Künstlern war sie es auch, die die »Sophiensaele« gegründet hatte. »Man wollte eine gemeinsame künstlerische Produktionsstätte aufbauen, die nicht nur als Gastspielort funktionierte. Ein Haus, wo auch fürs Management Energien gebündelt werden können«, erzählt Amelie Deuffhard. Zusammen mit Michael Mans betreut sie das Künstlerische Büro der »Sophiensaele«. Beide sind auch



Foto: Thomas Aurin

Der »marode« Charme der »Sophienseale«.

nach einem langen, anstrengenden Arbeitstag noch fähig, in aller Ruhe Auskunft zu geben und sich auch von den ständig klingelnden Telefonen nicht nervös machen zu lassen.

Als Sasha Waltz und Jochen Sandig im vergangenen Herbst in die Leitung der SCHAUBÜHNE am Lehniner Platz wechselten, mischte sich ein wenig Schadenfreude in das Interesse der Öffentlichkeit. Würden die »Sophienseale« auch ohne den Publikums-magneten Sasha Waltz überleben?

Immerhin ist die Lage am Hinterausgang der HACKESCHEN HÖFE ein starker Pluspunkt für eine Spielstätte, nicht zuletzt weil sich das Gebäude von der es umgebenden Perfektion der renovierten Mitte erheblich unterscheidet: Ausgetretene Holzstufen in einem Treppenhaus, von dem der Putz vieler Jahrzehnte abblättert, führen in einen beinahe ruinenartigen Saal. »Und wer eine Garderobe sucht, wird sie nicht finden«, kichert Michael Mans. Erbaut wurde das Haus Ende des 19. Jahrhunderts vom BERLINER HANDWERKERVEREIN, der es für politische Zusammenkünfte nutzte. Bald wurde vergrößert, und 1905 feierte man die Eröffnung der »Sophienseale«. Es wurden Konferenzen und

Kundgebungen abgehalten; Karl Liebknecht, Wilhelm Pieck, Ernst Thälmann, Clara Zetkin, Erich Mühsam und Johannes R. Becher sprachen hier vor großem Publikum.

Zu DDR-Zeiten unterhielt das MAXIM-GORKI-THEATER im Haus Bühnenwerkstätten und einen Proberaum. Saniert worden ist seit Jahrzehnten kaum etwas. Dahinter stecke kein Kalkül, versichert Amelie Deuffhard. Vielmehr sei es mit den bisher vorhandenen Ein-Jahres-Mietverträgen unmöglich gewesen, Geld für eine Sanierung zu organisieren. Das stelle aber kein wirkliches Problem dar, denn der Raum bietet einen optimalen Rahmen für das, was hier zu sehen ist.

»Essayistisches Theater«, nennt es Michael Mans. »Theater, das gesellschaftlich verortet ist, Theater über die Gesellschaft. Klassische Beziehungsstücke sieht man bei uns ganz selten.« Statt dessen Produktionen, die oft organisch entstehen. Zum Beispiel, indem man einem Regisseur die Möglichkeit gibt, hier mit Schauspielern seiner Wahl zu arbeiten und das fertige Stück erst während der Proben zu entwickeln. Das Büro nimmt ihm derweil die organisatorischen Belange vom Schreiben der Anträge bis zur Pressearbeit ab

und beteiligt sich auch beratend am künstlerischen Prozess. Traumhafte Bedingungen für Künstler, denen das Experimentieren wichtiger ist als die Sicherheit einer Institution.

Vor kurzem wurde jetzt ein Drei-Jahres-Vertrag mit einer Option auf zwei weitere Jahre für die Räume der »Sophiensaale« unterschrieben. Renovierungen sind noch immer nicht vordringlichstes Ziel, versichert Michael Mans. Aber irgendwann könne man den – Amelie Deuffhard fällt ein: »maroden Charme« – nicht mehr sehen. Auch wenn ihn die Presse liebt und unermüdlich beschwört. Denkbar wäre es, den großen Saal sanft zu sanieren, etwa die zerstörten Balkone wiederherzustellen. Keinesfalls aber werde der Raum »auf Hochglanz poliert«. Und möglicherweise würde das Publikum eine solche Veredelung sogar übel nehmen. Eingehende Publikumsbeobachtungen – »wir sind jeden Abend da« – und eine Befragung im Herbst '98 haben ergeben, dass die »Sophiensaale« von überdurchschnittlich vielen Leuten um die zwanzig besucht werden – also einem sehr jungen Theaterpublikum. Es teilt sich die durchgängig unnummerierten Plätze mit dem klassischen Off-Theater-Publikum und immer häufiger mit eher älteren Theatergängern. »Wir haben beobachtet, dass das Alter der Zuschauer ganz wesentlich vom Alter der Regisseure abhängt«, sagt Amelie Deuffhard. Am glücklichsten ist sie, wenn Besucher aus allen Generationen zu den Auführungen kommen.

Darauf hingearbeitet wird in den »Sophiensaalen« aber nicht. »Bevor wir eine Produktion machen, denken wir nicht daran, wen das interessieren könnte. Wichtig ist, dass es uns interessiert«, sagt Michael Mans. Wenn man sich aber für etwas entschieden habe, setze man trotz beschränkter Mittel enorm viel Energie ein, um ein breites Publikum zu gewinnen.

Ebenso werden die Künstler mit unermüdlichem Aufwand ans Haus gebunden. »Dabei müssen sie aber ihr eigenes Geld mit-



Nicht so perfekt wie die modernisierte Umgebung: Der Innenhof.

Foto: Thomas Aurin

bringen«, stellt Amelie Deuffhard klar. So finanzieren sich die meisten Produktionen über die Einzelprojektförderung des Senats. In den kurzen, erfolgreichen Jahren der »Sophiensaale« hat sich ein Vertrauensverhältnis in der Zusammenarbeit mit dem Senat entwickelt: »Die Produktionen, die wir auf den Weg bringen, werden auch als förderungswürdig betrachtet.« Wenn die Anerkennung, wie Mitte Februar geschehen, stapelweise kommt, als positive Förderbescheide des Senats auf die große Mehrzahl der Anträge, macht die Arbeit im Künstlerischen Büro besonderen Spaß. Durch das pragmatische Finanzierungskonzept und den wachsenden künstlerischen Erfolg ist allerdings die paradoxe Situation eingetreten, dass die einzelnen Produktionen in punkto Förderwürdigkeit höchstes Renommee genießen, die Spielstätte selbst aber noch immer als Projekt gilt und entsprechend spärlich unterstützt wird. Deswegen sind feste Stellen im organisatori-

schen und technischen Bereich kaum finanzierbar. Ein Glück, dass sich motivierte Praktikanten um die Jobs in den »Sophiensaalen« reissen.

Zwei Drittel seines Budgets muss das Haus selbst erwirtschaften – neben der Projektförderungen durch Abendeinnahmen und Koproduktionen. Auf Letztere legt man auch auf Grund künstlerischer Überlegungen großen Wert: »Nur so entsteht ein breiter Austausch«, sagt Michael Mans. »Bei Koproduktionen spielen Gruppen, die hier etwas Interessantes entwickelt haben, nicht nur ein paar Aufführungen in Berlin, sondern sie sind ebenso an anderen Orten zu sehen.« Das ist auch für die Gruppen attraktiv, sie profitieren von den guten Kontakten des Büros. Intensive Zusammenarbeit besteht mit Theatern und Gruppen aus ganz Deutschland, aber auch auf internationaler Ebene, besonders ergiebig mit der Schweiz, Frankreich und Ungarn. Auch innerhalb des Hauses entstehen Synergien: »Es kommt vor, dass ein Regisseur, mit dem wir zusammenarbeiten, in der Aufführung einer anderen Gruppe, die hier spielt, Schauspieler entdeckt, mit denen er später selbst zusammenarbeitet«, erklärt Amelie Deuffhard. Und Michael Mans ergänzt: »Daraus wächst ein Ensemble, ohne dass es als solches angelegt worden wäre.«

Bei der Ungebrochenheit dieser Erfolgsgeschichte wundert es niemanden, dass auch die große Prüfung im Herbst 99 mit Bravour bestanden wurde, als Sasha Waltz die »Sophiensaale« in Richtung SCHAUBÜHNE verließ. »Die Skeptiker, die sich fragten, was wir ohne Sasha machen, haben wir spielend auf unsere Seite gebracht«, lacht Amelie Deuffhard. »Wir haben auf die richtigen Leute gesetzt und im Herbst eine Erfolgsproduktion nach der anderen gehabt.« Über *Don Juan im Kumpelnest*, für das die legendäre Absturzspelunke KUMPELNEST 3000 original nachgebaut wurde, sprach im Winter die ganze Stadt. Der Weggang der künstlerischen Übermutter hatte sogar einen positiven Effekt für das Haus: »Früher haben unsere Partner

alle automatisch Sashas neue Produktion eingekauft. Weil sie sich das bei der SCHAUBÜHNE nicht mehr leisten können, gucken sie eben wieder bei uns. Und merken, wie spannend die anderen Gruppen sind.«

Die Telefone im Bürochaos geben endlich Ruhe, die Praktikanten sind gegangen. Amelie Deuffhard und Michael Mans gähnen diskret. Endlich Feierabend. Morgen erobern sie weiter.

Die Glosse

AGNES STEINBAUER

Drautzburgs trotzige Trutzburg

Wo kann man hier »Bonner« besichtigen? Mit dieser Frage sollen Touristen aus aller Welt preußische Fremdenführer noch letztes Jahr ratlos an ihren »Info-Points« zurückgelassen haben. Ab durch die »neue Mitte« zu Reichstagskuppel, Brandenburger Tor und Hotel Adlon? Kein Problem! Oder in den alten Westen zu Harald Juhnke, hospitalisierten Eisbären und den Kindern vom Bahnhof Zoo? Allet klaa! Aber Bonner in Berlin? Hmm?

Gott sei Dank eilte da Friedel Drautzburg zu Hilfe, der freundliche Kneipier aus dem Rheinland, den man schon aus dem Fernsehen kennt; nicht zu verwechseln mit Jean Pütz von der Hobbythek... Drautzburg war in Berlin an vorderster Front dabei, wie damals in Bonn, als Schlüsselfigur der »Anti-Umzugs-Bewegung«. Dort lehrte er Berlin-Befürwortern das Fürchten. Prominentestes Opfer soll Richard von Weizsäcker gewesen sein, dem Drautzburg, so erzählt man, erzürnt die Kneipentür wies... Aber sind das nicht mittlerweile alles alte Bonner Kamellen? Schließlich tat Drautzburg doch nur das, was er immer tut: Er eröffnete eine Kneipe: Die STÄNDIGE VERTRETUNG (STÄV) am Schiffbauer Damm. Friedel siedelte dort, wo man hölzer-

nen Ossi-Kellnern die Frage: »Wünschen Sie zu speisen...?« abgewöhnen musste. Oft sieht man ihn dort um die Häuserecken streichen, und manchmal scheint er die Lippen zu bewegen – vielleicht in sich hineinmurmelmelnd: »Ich bin ein Berliner, ich bin ein Berliner...?«

Mit seiner stäv jedenfalls bot er Umzugsoffern erste Hilfe. In Drautzburgs trotziger Trutzburg konnte man sich mal so richtig ausquatschen: Über die Ehefrau, die man am Rhein zurücklassen musste, oder über den Driss (rheinisch für: Ärger) mit dem aus Steuergeldern finanzierten Übergangs-Appartement... So richtig rheinisch-heimisch war das, mit stangenweise Kölsch... Dass böse Zungen dem armen Friedel »Umzugshure« hinterherzischelten, tut nichts zur Sache. Der Bonner-Promi-Wirt setzt einfach wieder auf Polit-Prominenz; vor allem auf die NRW-SPD. In der STÄNDIGEN VERTRETUNG, wo man sich zu DDR-Zeiten deutsch-deutsche Hände reichte, klopfen sich kürzlich Kanzler Gerd und Bruder Johannes die Schultern; highlights, die nicht oft vorkommen, aber immer öfter, wie Drautzburg hofft. Zu seinem 69. Geburtstag jedenfalls ließ sich Johannes Rau ebendort vom Bundeskanzler ein paar Pils spendieren. Die mussten übrigens aus der Nachbarkneipe herangeschafft werden, denn der Bundespräsident trinkt kein Kölsch (wie der STERN berichtete).

Im »Klein-Bonnum« an der Spree ist eben immer was los. Friedel Drautzburg ist zudem »Ständiger Vertreter« rheinischen Kulturgutes. Im Bonner GENERALANZEIGER beklagte der Altmeister des Humors, dass »der hiesige Einheimische sich selten selbst auf den Arm nimmt« und »tief beleidigt wegläuft, wenn ein Rheinländer ihm humorig Paroli bietet«. War etwa ein tief sitzender Humor-Komplex Grund für den Anschlag auf Drautzburgs nahe gelegene WEINBOTTSCHAFT? Unbekannte Sprayer verunstalteten dort die Hauswand mit dem dreisten Spruch: »Bonner verpisst euch«. Vielleicht belastete aber auch der bedrohlich näher rückende

rheinische Karneval die Berliner Seele und verleitete zur Verzweiflungstat!?

Eine Bonn-Berlin-Connection sei noch erwähnt – sicher rein zufällig betrieben von Friedel Drautzburgs Lebensgefährtin. In stäv-Nähe buhlt ein Schönheitssalon namens RHEIN-SPREE-COSMETIKOASE um Polit-Prominenz. Zuerst ein paar Kölsch für innere »Wellness« und dann ab zur Akne-Behandlung auf Fruchtsäurebasis? Wie wär's, Herr Westerwelle?

Berlin-Bücher

ESTHER DISCHEREIT Sünder oder Sündenbock? F.C. Delius' Roman »Die Flatterzunge«

Im Meistersaal in Berlin, inmitten der noch kalten neuen Potsdamer-Platz-Kreationen, gibt es diesen angemalten, stillosen Saal, der vor allem was Feines haben soll. Der ROWOHLT-Verlag und die stadtbekannteste Buchhandlung am Platze, KIEPERT, haben geladen. Albert Mangelsdorff, der Jazz-Musiker und Posaunist, soll *Die Flatterzunge* von F.C. Delius vorstellen. Die Titelfigur ist ein Posaunist.

Der Roman bezieht sich auf die tatsächliche Geschichte eines Gastspiels der DEUTSCHEN OPER in Israel. Ein Musiker hatte eine Rechnung mit »Adolf Hitler« unterschrieben. Die DEUTSCHE OPER hatte den Musiker nach Hause geschickt und fristlos gekündigt. Albert Mangelsdorff bemerkt: »Die DEUTSCHE OPER konnte wohl nicht anders. Sie will ja wohl wieder in Israel spielen.« Daraus kann man also entnehmen, dass man sich in Israel zusammenreißen soll, wenn man da wieder hinwill. Ich könnte auch anfügen, mangels Juden in Deutschland braucht man das hier ja weniger. Nach diesen Sätzen erfolgen einige Posaunen-Töne. Trotzig klingen die



Esther Dischereit.

Foto: Herbert Hering-Heidt

Eingangsworte der Verlagsfrau: »Ist er ein Sünder oder ein Sündenbock?« Mutiert die Versammlung umgehend in eine bekennende Walser-Gemeinde? Gestern noch bei Ignatz Bubis am Grab...

F.C. Delius trägt vor: Wir erfahren die Geschichte eines kleinen, intellektuell nicht eben leuchtenden Schluckers, der tut, wovon er was versteht: eben Posaune spielen. Der Mann, der nicht recht erwachsen, sprich verantwortlich, geworden zu sein scheint, will ja nicht vergleichen mit den Verbrechen der Großen; derer, die in den Irak Waffen und Gas lieferten, und nicht verurteilt werden, aber sagen möchte er das schon mal. Auch bekennt er sich schuldig, so, dass das Publikum so recht nachempfinden kann, dass es hier den Falschen trifft. Es fallen die Worte »Verbrechen« und »Schuld«, und da darf dann ein bisschen geschmunzelt werden, denn mit Herrn Hitler zu unterschreiben, ist ja kein Massenmord, und das weiß jeder, der hier anwesend ist. Dem lamoryanten Ton der Romanfigur darf man sich anschließen und die Überhöhung der Tat als die eines nunmehr als »Unmensch« Gekennzeichneten recht lächerlich finden. Auch gibt es genügend Klischees gegen die bundesdeutsche Justiz, die eh niemandem zuhört und von der deshalb nichts Einfühlsames zu erwarten ist. Stammtisch-Wiederholungen. Andererseits senkt ja der Gekündigte sein Haupt und nimmt alles auf sich, so selbstverständlich,

dass er allen Leid tut. Die Hauptfigur bleibt ein bisschen beschränkt und dumpf, wie von nebenan. Und das könnte doch jeder sein, stimmt's?!

Abschließend eint Albert Mangelsdorff das Publikum mit einem chorisches gesungen leicht sakral klingenden »g«; die Volksgemeinschaft ist hergestellt; sie singt für ihn, den Posaunisten aus dem Buch, den Musiker aus der DEUTSCHEN OPER und für Albert – die Gemeinschaft derer, die doch alle so sind und denen allen dieser »ungeheuerliche Lapsus« (Mangelsdorff) hätte passieren können? Weder wird hier die arbeitsrechtliche Problematik politisch motivierter Kündigungen aufgeworfen, noch eine psychologische Charakterstudie versucht, die die Frage behandelt, wie antisemitische und nationalsozialistische Bindungsmuster zwischen den Generationen weitergegeben werden.

F.C. Delius stellt uns diesen Musiker als einen überaus gewöhnlichen Menschen vor, der eigentlich jeder hätte sein können. Deswegen mag ihn das Publikum auch. Die Kollektivschuld gebiert die kollektive Entlastung, das hatten wir schon. Psychologisch wird uns hier der kleine Mann vorgeführt, den es wieder mal getroffen hat, der sich windet vor den Übermächtigen und deswegen unser Mitgefühl erhalten darf. Der ROWOHLT-Verlag war mit der Veranstaltung zufrieden.

F.C. Delius, *Die Flatterzunge*. ROWOHLT-Verlag, Reinbek 1999, 141 Seiten, 29,80 DM

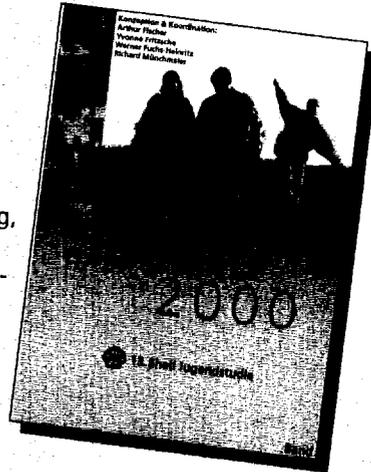
Die Shell Jugendstudie 2000

- Thematisch setzt sich die 13. Shell Jugendstudie zwei Schwerpunkte:

Zum einen werden Lebensplanung, biographische Entwürfe und Zukunftsperspektiven von Jugendlichen an der Schwelle zu einem neuen Jahrtausend untersucht.

Zum anderen soll die Studie erstmals verlässliche Aussagen über die Lebenssituation, Vorstellungen und Wünsche ausländischer Jugendlicher in Deutschland machen. Konsequenterweise spricht die neue Shell Studie daher nicht mehr von der „deutschen Jugend“, sondern von der „Jugend in Deutschland“.

- „Jugend 2000“ wird die bewährten Methoden der letzten Shell Studien beibehalten, allerdings mit einer wesentlich größeren Stichprobe (4.000-5.000 Befragte) arbeiten. Ausgerichtet wird die Erhebung auf die Altersgruppe der 15-24-jährigen.
- Die 13. Shell Jugendstudie erscheint im März 2000.



Herausgeber: Deutsche Shell

**Konzeption und Durchführung:
Arthur Fischer, Yvonne Fritzsche,
Werner Fuchs-Heinritz, Richard Münchmeier**

**Zwei Bände mit je ca. 400 Seiten. Kart.
Zusammen in Kasette 29,80 DM
ISBN (Kassetten-Nr.) 3-8100-2579-8**



Leske + Budrich . Gerhart-Hauptmann-Str. 27 . 51379 Leverkusen
Tel.: 02171/4907-0 . Fax: 02171/4907-11
E-Mail: lesbudpubl@aol.com . www.leske-budrich.de

RUTHARD STÄBLEIN

Der lange Schatten des Mythos

Zur Aktualität von Jean Paul Sartre

Irgendwo kleben zu bleiben, etwa an einer Frau, eingeklemmt, festgenagelt, vom Fleisch (noch einmal) der Frau erdrückt, durch Familienbande gegängelt zu werden, davor hatte der Philosoph schlicht Angst. Selbst schleimiges, klebriges und glitschiges Essen wie Muscheln und Austern ekelte ihn. Dagegen bot er seine Idee von der Freiheit und vom Entwurf auf. »Ich wähle«, »ich nicht«, »ich werde sein«, »ich bin«.

Er wollte sich nicht bestimmen lassen, sondern selbst bestimmen. Allein deshalb lehnte er Freuds Vorstellung vom »Unbewussten« ab. Nicht der Trieb ist Herr im Haus, sondern ich allein. Nur ich allein bin verantwortlich für mein Tun und Lassen. Nicht die Herkunft oder die Vergangenheit oder die Nachwelt, nur ich kann hier und jetzt mein Leben rechtfertigen.

Allein deshalb wies er sogar den Nobelpreis für Literatur 1964 zurück. Er befürchtete nämlich, durch den Ruhm zu einer Statue zu erstarren und schon zu Lebzeiten begraben zu werden.

Schließlich wurde ihm doch schon vor dem Ende der Prozess gemacht. Er wurde von den jüngeren wie Michel Foucault oder Roland Barthes verachtet, oder, was noch schlimmer war, nicht mehr beachtet. Sein Riesenwerk über Flaubert, an dem er nach den »Wörtern« und der Ablehnung des Nobelpreises bis zur Erblindung schrieb, wurde in Frankreich kaum mehr wahrgenommen und nur im Ausland eifrig diskutiert.

Und dann kam die große Überraschung. Erst die Publikation von Gesprächen mit seinem Schüler Benny Lévy, in denen der Alte sein Werk widerrief und gleich danach der Tod.

Und dann der grandiose Effekt des Leichenzugs, den nur ein Sartre auslösen konnte. Ich studierte damals in Paris, besuchte fleißig die Vorlesungen von Barthes und Foucault, hatte mit Sartre nicht mehr viel am Hut, der mir doch während der Schulzeit bei manchem Wortgefecht als Kronzeuge und Chefankläger geholfen hatte. Aber der Tod von Sartre hat mich dann doch »betroffen« gemacht, wie man damals sagte. So muss es vielen gegangen sein. Um die fünfzigtausend sollen auf der Straße gewesen sein. Es dauerte ewig, bis der Leichenwagen losfahren konnte. Alle starrten auf diesen schwarzen, bekränzten Bus. Drinnen sollte Simone de Beauvoir sitzen. Oder auch im zweiten Bus mit Berühmtheiten, die indessen vom Leichenwagen abgeschnitten wurden. Auch ich stellte mich immer wieder auf die Zehenspitzen und konnte doch nichts sehen. Ich unterhielt mich leise und guckte nur und schwieg betreten, wie so viele andere auch.

April 1980 – keine schöne Leich'

Es war nicht die Atmosphäre einer Demo, wie oft behauptet wurde. Es gab keine Reihen und keine Megafone und keine Parolen. Keinen Unterschied zwischen Trottoir und Asphalt, Zuschauern und Trauernden. Der minimale Ordnungsdienst konnte nicht einmal verhindern, dass einer ins offene Grab fiel.

Es war auch keine »schöne Leich'«, wie ebenfalls häufig kolportiert wird. Denn es gab keine Musik, keinen Pomp und keinen Pantheon, sondern ein einfaches Grab im Friedhof von Montparnasse, nicht weit entfernt von dem Grab, in dem Baudelaire neben seinem Stiefvater, dem General Aupick liegt, keine Zeremonie, sondern Atheismus bis zum Schluss. Allein vor dem Grab soll es irgendwelche Tumulte geben, wurde gemunkelt. Nur das Wetter hat gepasst. Ein nass-



Foto: AKG, Berlin

Jean Paul Sartre signiert sein Buch »L'Affaire Henri Martin«, um 1953.

kalter Apriltag mit dem typischen trist grauen Himmel über Paris.

Aber es war die fusionierende Gruppe »gemeinsamer Einzelner« anwesend, die keine Losung mehr brauchte. Es bildete sich eine Art Gemeinschaft, von der Sartre seit seiner Erweckung im Stalag von Trier geträumt hatte.

Danach herrschte endgültig Grabesruhe. Als dann Simone de Beauvoir ihre *Abschiedszeremonie* veröffentlichte, erregte sich zwar manch einer über die Preisgabe von Intimitäten des tablettensüchtigen, inkontinenten, sabbernden Sartre. Umgekehrt schrie der Rest-Sartre-Clan Verrat, Manipulation und Vereinnahmung, als der »jüdische Renegat« Benny Lévy seine Dialoge als Testament des Philosophen ausgab. Manche rechneten mit ihrem ehemaligen Lehrer ab, wie Michel-Antoine Burnier. Postmoderne wie Jean-François Lyotard erklärten den »Tod des Intellektuellen« und setzten sich klaglos um sein »irgendwie leeres« Grabmal, andere hoben seinen Intimfreund und Erzfeind Albert Camus aufs Schild und wieder andere schrieben in 12 Jahren 2200 Dissertationen, Aufsätze, Abhandlungen und begruben damit

Sartre endgültig. Nach ihm krächte lange kein Hahn mehr.

Das hat sich nun wieder mit einem Schlag geändert. Erst jetzt wird das Echo erwidert, das bei seinem Trauerzug durch sein Pariser Viertel des Montparnasse so immens wie lautlos war, aber folgenlos blieb.

Denn einer der früheren Gegner von Sartre ist jetzt zum Anhänger konvertiert und hat dem »größten Philosophen und Schriftsteller des 20. Jahrhunderts« ein Grabmal geschaufelt, das einen mit seinen 667 eng bedruckten Seiten erst einmal erschlägt. Natürlich ist es ein Kalkül des Medienphilosophen Bernard Henri Lévy, der sein »Siècle de Sartre« genau zum 20. Todestag publiziert, für einen Priesstamtam ohnegleichen sorgt und sich als wahren Erben des letzten großen »totalen« Schriftstellers ausgibt, weil auch er alle Gattungen und Disziplinen beherrscht und bedient: Journalismus und Philosophie, Roman und Theater, Film und Radio, Fernsehen und Politik. *As you like it*. So war meine Meinung vor der Lektüre. ВНЛ, dieses Marken- und Massenzeichen, das nach dem Pariser Kaufhaus ВНУ klingt, konnte ich noch nie leiden. Aber beim Lesen war ich dann

überrascht und gebannt, am Ende fast überzeugt von diesem Sartre Lévy's.

Ogleich BHL allein bei dem Wort Dialektik die Nase rümpft wie heutzutage jeder Mann – exemplifiziert er doch das Für und Wider an einer Person, die in den letzten Jahrzehnten in Frankreich, außer beim Leichenzug, so häufig nur auf Ablehnung gestoßen ist.

BHL schüttelt Sartre durch, rechnet mit dem verblendeten Parteigänger des Kommunismus ab, der die absolute Freiheit des Individuums zu Gunsten seiner Fusion in der Gruppengemeinschaft aufgegeben hat, lobt, wie nicht anders zu erwarten, den frühen, pessimistischen Sartre des *Ekels*, die »Aufrichtigkeit« aus *Das Sein und das Nichts*, und entdeckt am Ende einen »jüdischen Sartre«, der ihm genehm ist.

Erst einmal bettet er Sartre in sein Jahrhundert ein: »Der Intellektuelle und totale Schriftsteller« in der Nachfolge von André Gide, der indessen nicht mit der Nachwelt als Richterin rechnet, sondern für hier und jetzt schreibt, das Ephemere, also Flüchtige, sucht, schon als Lehrer in Le Havre seinen Schülern empfiehlt, ins Kino zu gehen, den Journalismus als höchste Gattung empfindet, für das Massenblatt *FRANCE SOIR* Kolumnist wird, alles Ernsthaftes lächerlich findet oder macht. Der Philosoph in der Nachfolge von Henri Bergson, von dem Sartre Schlüsselbegriffe abgekupfert haben soll, wie das »wahre Leben«, die Authentizität und Erfüllung in der Dauer im Gegensatz zum erstarrten, entfremdeten Leben der »Unwahrhaftigkeit« (*mauvaise foi*) in der leeren Zeit.

Das Modell des heutigen Intellektuellen

Und dann natürlich die großen HHHs, Hegel, Husserl, Heidegger. Überzeugend an diesem Buch von BHL ist nicht der Schematismus vom frühen und späten, pessimistischen und optimistischen, guten und schlechten Sartre, dem konsequent auch eines der besten Werke Sartres zum Opfer fällt, seine *Wörter* von 1964, sondern die Art und Weise, wie Lévy

sein Opfer dreht und wendet, wie er mit Sartre spielt, ihn anschwärzt und herausputzt und wieder auseinanderlegt und am Ende einen Denker präsentiert, wie er ihn sich wünscht: Einen jüdischen Sartre, der die »Abenteuer der Dialektik« bestanden hat, sich vom Gemeinschaftsterror der Weltverbesserer, Kommunisten und Maoisten los-sagt und in einer letzten Selbstverleugnung sein Werk widerruft und in Dialogen mit dem jüdischen Konvertiten Benny Lévy den Anschluss an *Das Sein und das Nichts* findet. In diesem Werk von 1943 hatte er eine Moral angekündigt, die er dann nie veröffentlicht hat und die Lévy in den Dialogen des alten, blinden Sartre mit Benny Lévy angedeutet findet.

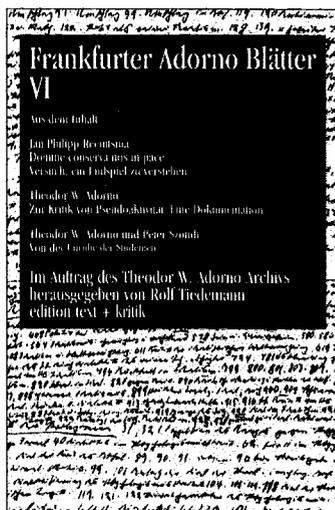
Diese angebliche Kehre oder Bekehrung des letzten Sartre nutzt BHL als Modell für den heutigen Intellektuellen. Die Aufgaben für den gegenwärtigen Intellektuellen zu beschreiben und zu begründen, darin liegt die eigentliche Absicht des Sartre-Buchs von BHL und der heftigen Diskussionen in der französischen Presse.

Denn hoffnungsfroh und messianisch gestimmt war in diesem Dialog des blinden Sokrates mit seinem Schüler allein Benny Lévy. Der buchstabierte jüdisches Philosophieren vor, das er gerade bei Emmanuel Lévinas studiert hatte. Sartre überließ den religiösen Part seinem Neophyten, horchte aber bei den ethischen Einsprengseln auf.

Lévinas misst alle Bedeutung des Menschen seiner Begegnung mit dem Anderen zu: Im Antlitz des Fremden erkennst du dich selbst, könnte über seinem Werk stehen. Sartre nimmt den Gedanken auf: »Wesentlich ist die Moral der Beziehung zum Anderen.« und formuliert ihn geradezu antimarxistisch weiter: »Die tiefste Beziehung des Menschen liegt in dem, was sie jenseits der Produktionsverhältnisse vereint.« Und Sartre überträgt die Ideen in sein Koordinatensystem, in dem die Französische Revolution den Nullpunkt bildet. Lévinas' »Im Angesicht des Anderen« heißt dann bei Sartre »Brüderlich-

Adorno in der Edition text + kritik

edition text + kritik
Levelingstraße 6 a
81673 München
www.etk-muenchen.de



Frankfurter Adorno Blätter Band VI

etwa 160 Seiten
ca. DM 35,--
ca. öS 256,--/sfr 32,50
ISBN 3-88377-632-7

Zahlreiche Untersuchungen sind Adorno und der Studentenbewegung gewidmet. Die Spannweite reicht von Arbeiten, in denen den Impulsen der studentischen Partei die Treue zu halten versucht wird, bis zu Vater-schaftsklagen wegen Terroris-mus, die von manchen CDU-Ideologen erhoben wurden. Die Frankfurter Adorno Blätter versuchen, die Sicht zu erweitern: mit Dokumenten aus dem Theodor W. Adorno Archiv, Briefen, Gesprächen Adornos, seinen Stichworten zu seinem letzten Kolleg im Sommer 69, mit Erinnerun-gen Beteiligter beispiels-weise an Adornos Verhältnis zum Frankfurter SDS, an seine Tage in Berlin im Sommer 1967.

Frankfurter Adorno Blätter

Im Auftrag des
Theodor W. Adorno Archivs
herausgegeben von
Rolf Tiedemann

In den »Frankfurter Adorno Blättern« informiert das Theo-dor W. Adorno Archiv über seine Arbeit: durch Abhand-lungen und essayistische Bei-träge über den Philosophen und Komponisten Adorno und sein Werk sowie über Kritische Theorie insgesamt. Im Vor-dergrund stehen unveröffent-lichte Texte von Adorno und Dokumente aus dem Archiv.

Bisher sind erschienen:

Frankfurter Adorno Blätter Band I

137 Seiten, DM 28,--
öS 204,--/sfr 26,--
ISBN 3-88377-420-0

Frankfurter Adorno Blätter Band II

158 Seiten, DM 34,--
öS 248,--/sfr 31,50
ISBN 3-88377-451-0

Frankfurter Adorno Blätter Band III

153 Seiten, DM 34,--
öS 248,--/sfr 31,50
ISBN 3-88377-485-5

Frankfurter Adorno Blätter Band IV

143 Seiten, DM 34,--
öS 248,--/sfr 31,50
ISBN 3-88377-508-8

Frankfurter Adorno Blätter Band V

211 Seiten, DM 39,--
öS 285,--/sfr 36,--
ISBN 3-88377-561-4

keit«. Das war die einzige Tangente in dieser philosophischen Hyperbel. Denn Sartre begründete die »Brüderlichkeit« in der Selbst-inthronisierung des Brüderbundes bei der revolutionären Aktion. Allein die Gewalt kann den Nullpunkt setzen, allein die Gewalt schafft und legitimiert den Zusammenhalt der Gruppe.

Bernard Henri Lévy hat bei seiner Periodisierung in einen frühen, freiheitlichen Sartre, einen mittleren, der seinen Geist dem »fusionierenden« Gemeinschaftssinn und der Parteidoktrin opfert und einen letzten, der Individuum und Verpflichtung auf den Anderen zusammenbringt, den Blick für die Kontinuität von Sartre völlig verloren. Und die liegt nicht nur in der Begeisterung für die Gewalt.

1947 veröffentlichte Sartre eine Studie über Baudelaire, als ein erstes Beispiel einer »existenziellen Psychoanalyse«, der dann ein Mallarmé, ein »Saint-Genet«, ein »Idiot der Familie« folgen sollte. Das Muster geht am Anfang noch so: Nach dem Sinn des Lebens zu suchen, heißt nach der Rechtfertigung der eigenen Existenz zu fragen. Die Rechtfertigung in sich selbst zu finden, bringt Einsamkeit und Freiheit mit sich, Verantwortung für sich und gegen sich selbst.

Nur Baudelaire hat in den Augen von Sartre diese Urwahl nicht getroffen, stattdessen immer wieder aufgeschoben. Er hält sich immer eine Tür offen, er orientiert sich an der Vergangenheit.

Baudelaire schreitet so nur noch im »Krebsgang« voran: Mit 25 war für den Dichter das Spiel aus, meinte Sartre. Er hat das Vermögen seines Vaters verprasst, den größten Teil seiner Gedichte geschrieben, sich die Syphilis zugezogen und »die Frau getroffen, die wie Blei auf jeder Stunde seines Lebens lastet«.

Sicher, Sartre hat ein feines Gespür für den seelenverwandten Baudelaire, aber für den Schriftsteller hat er gar keines. Quantitativ hat er Recht. Nur die Form, die Qualität, verfehlt er. Denn Baudelaire hat seine Ge-

dichte immer wieder umgeschrieben und korrigiert, er hat erst nach 30 die entscheidenden Verse und Prosagedichte über die Großstadt Paris verfasst, durch die er zum Dichter der Moderne wurde.

Sartre fiel von einem Extrem ins andere, von der absoluten Freiheit in den totalen Determinismus, vom Antikommunismus der *Schmutzigen Hände* in den Stalinismus von *Der Kommunismus und der Frieden oder Nekrassov*. Das war kein Nacheinander, wie Lévy suggeriert, sondern ein Nebeneinander.

Die Vorstellung, sein Leben wie ein Kunstwerk zu führen

Sartre hat in seinem Leben und in seinen Werken nie zwischen den Extremen vermittelt. Für ihn gab es immer nur die Hymne oder die Verdammnis, den Freund oder den Feind. Entweder/oder bestimmte sein Denken und Handeln. Das war bar jeder Dialektik. Aber diese Unbedingtheit verschaffte ihm eine unheimliche Kraft.

Er wollte ein Beispiel sein und wurde es auch. Durch seine Konsequenz konnte er wie wohl nur Sokrates vor ihm die Jugend verführen. Camus war gut gekleidet. Ihn ahmte damals keiner nach. Sartre aber achtete einen Dreck auf sein Aussehen. Auf einer mehrwöchigen Reise nach Japan soll er drei Paar Socken und dutzende Krimis mitgenommen haben. Vor dem Waschen scheute er sich wie nur ein Brecht.

Diogenes lag in der Tonne, zum Ärgernis der Agora. Sartre ist auf sie gestiegen, um alle Welt anzumachen, zu agitieren, zu provozieren. Das imponierte mir damals. Er war der erste Popphilosoph. Er schrieb Chansons für Juliette Greco und tanzte mit Jean Cocteau und schrieb ohne Unterlass Manifeste, Verurteilungen, dicke Wälzer.

Selbst in seiner stalinistischen Phase war allein an der Art seines Auftretens Sartres Begriff der Freiheit zu ahnen. Jeder Einzelne ist verdammt zur Freiheit, kann sich lösen und binden, muss sich aber entscheiden und ist verantwortlich für seine Entscheidung. Die

Konsequenz ist sein Leben. Jeder kann sein Leben in die Hand nehmen. Oder wie es in einem Spruch der siebziger Jahre hieß: Du kannst dich ändern bis zum letzten Atemzug.

Die Vorstellung, sein Leben wie ein Kunstwerk zu führen, hat Sartre von den Griechen, von Montaigne und von Nietzsche übernommen. Sie ist heute wieder aktuell geworden.

Genauso aktuell wie die Haltung von Schneider in Sartres Roman *Der Pfahl im Fleisch*. Schneider ist so etwas wie ein Intellektueller. Er versucht, die »einfachen« Kriegsgefangenen zu verstehen, die Masse anzusprechen, dafür in Bildern zu denken und bildhaft zu formulieren. Er entdeckt den *Pfahl im Fleisch* und weist auf die Wunde hin. Das war damals der Hitler-Stalin-Pakt, der die französische *résistance* lähmte.

Und aktuell ist auch Sartres Begriff von der »engagierten Literatur«. Wörter sind nicht beliebige Zeichen. Sie haben eine Kraft, haben Gewalt, lösen Gewalt aus. Wörter können die Welt verändern. Deshalb kommt es darauf an, sie richtig zu wählen, um sich einzumischen, um mit ihnen in die Welt einzutauchen.

ROLAND H. WIEGENSTEIN
**Vom feinen Schweigen
und der geteilten Erinnerung**

Salomon Korn:

Das Gedenken der Täter-Nachfahren

Es werde einige Generationen dauern, bis der historische Wandel »vom Juden in Deutschland über den deutschen Juden bis zum jüdischen Deutschen führen« werde, meint Salomon Korn in seinem Buch *Geteilte Erinnerung*, einer Sammlung von Aufsätzen, in denen der Architekt und Essayist »Beiträge zur deutsch-jüdischen Gegenwart« sammelt: Einige haben unmittelbar mit seinem Beruf zu tun, etwa seine kenntnisreichen Überlegungen zum Synagogenbau in Deutschland, seiner Geschichte und der Herausforderung, hier und heute neue Synagogen zu errichten: »Wer ein Haus baut, der will bleiben.« Korn selbst hat dazu mit dem Bau des jüdischen Gemeindezentrums in Frankfurt beigetragen. Er analysiert die Bedeutung, die Daniel Libeskind's Bau für das Jüdische Museum in Berlin für Juden und Deutsche habe, Libeskind habe für die »Kontinuität von Diskontinuität«, die das Verhältnis beider präge, eine gültige Metapher gefunden.

Korns Beiträge – die meisten sind vorher bereits in Zeitungen erschienen oder geben Texte wieder, die der Autor zu bestimmten Anlässen verfasst hat – haben ein Zentrum: Die bohrende Frage, wie man heute in Deutschland als Jude leben könne. Für Ezer Weizmann etwa oder Elie Wiesel ist diese Frage längst beantwortet: Sie können nicht verstehen, was Juden im Land der Täter hält. Für viele, die sich als Überlebende, als *displaced persons* nach dem Krieg in Deutschland wiederfanden, gab es kaum eine Wahl, andere entschieden sich bewusst fürs Dableiben; inzwischen sind die jahrzehntelang sehr kleinen jüdischen Gemeinden durch den Zustrom aus den Ländern des Ostblocks gewachsen; die Neuankömmlinge, weder mit der deutschen Zivilisation noch mit ihrem jüdischen Ursprung vertraut, nehmen eine

**Durch Landminen kann man
spielend ein Bein verlieren!**



**Helfen Sie
den Opfern!**

... oder einen Arm oder das Leben! Alle 20 Minuten wird ein Mensch von einer der weltweit 120 Millionen Landminen getötet, verstümmelt oder zu lebenslanger Blindheit verurteilt – die jüngsten Opfer sind nicht mal zwei Jahre alt. Das Deutsche Rote Kreuz hilft den Minenopfern in der ganzen Welt. Auch Sie können helfen. Mit Ihrer Spende!

**Konto
41 41 41**

Deutsche Bank Bonn
BIZ 380 780 59
Scheckbuch „Minenopfer“

Deutsches Rotes Kreuz



**Initiatorin Lea Rosh mit dem Kanzler, aber ohne den Regierenden Bürgermeister:
Symbolischer Baubeginn für das Holocaust-Mahnmal in Berlin.**

Chance wahr, auch wenn das, was man einmal stolz die deutsch-jüdische Symbiose nannte, zerbrochen ist. Korn weist auf das allzeit Prekäre dieser Symbiose hin – funktioniert hat sie angesichts des christlichen Antisemitismus ohnedies nie so gut, wie es ihre Befürworter behaupteten.

Doch auch für die, die hier leben, bleibt die »geteilte Erinnerung« das fast unübersteigbare Problem: »Die »Nachfahren der Täter« können nicht mit gleicher Intensität um die ihnen ferner stehenden Opfer des Völkermordes trauern wie die unmittelbar betroffenen Nachfahren der Ermordeten oder Überlebenden. Während Letztere im Geden-

ken vorwiegend die Erinnerung an die Ermordeten der eigenen Familie, des eigenen Volkes bewahren, müsste das Gedenken der »Täter«-Nachfahren an die Opfer des nationalsozialistischen Massenmordes immer auch die Erinnerung an Verbrechen des eigenen Volkes sowie Fragen nach deren Ursachen und Folgen einschließen.« Die Dichotomie zwischen »Sachwissen« und »Identitätswissen« ist nicht zu schließen, selbst dann nicht, wenn es niemand mehr gibt, der sich noch persönlich erinnert. Im Judentum wird die Erinnerung an Verfolgungen seit mehr als dreitausend Jahren kodifiziert, ritualisiert und rezitiert, ist Teil eines Gruppen-

gedächtnisses, das »sich in jeder Generation erneuert«, meint Korn. Etwas Ähnliches gibt es unter Deutschen nicht. Und dennoch müssen sie die »zweigeteilte Erblast der Erinnerung« gemeinsam tragen. Jenen Schlussstrich, den Martin Walser implizit in seiner ominösen Rede gefordert hat, kann es nicht geben.

Lea Rosh:

Sind unsere Juden wirklich unsere Juden?

Davon ist jener Förderkreis überzeugt, der sich 1989 mit dem Ziel konstituierte, für die ermordeten Juden in Deutschland ein Denkmal zu bauen. Lea Rosh, die ihn mit einigen anderen gründete, beschreibt die schwierige und zuweilen groteske Geschichte dieser Initiative in ihrem Buch *Die Juden, das sind doch die anderen*. Sie zeichnet alle Wege und Umwege nach, deren es bedurfte bis zum Beschluss des Bundestages zur Errichtung des Denkmals in Berlin – im Juni 1999. Sie ist engagiert und oft voll gerechten Zorns, schont niemanden, nennt Ross und Reiter. Aus ihrer Reportage – darum handelt es sich – ergibt sich mit wünschenswerter Klarheit die Bedeutung eines Streits, der weit über den Anlass hinausführte. Wie in einem Brennglas werden alte und neue »Bedenken«, nationale Verwirrungen und jüdische Empfindlichkeiten gleichermaßen deutlich. Lea Rosh erzählt ein Lehrstück, das zu Besorgnissen Anlass gibt. Sie tut es ungeschützt, kein Missverständnis scheuend, berichtet von kleinen Erfolgen und argen Winkelzügen der Gegner (zu denen sich im Verlauf der Debatte übrigens auch Salomon Korn gesellte – aus Gründen, die in seiner eigenen Darstellung kaum je die Prägnanz gewinnen, die andere Aufsätze seine Buchs haben), sie hat sich, ein Jahrzehnt lang (!), nie in ihrer Auffassung irre machen lassen, dass es dies Denkmal geben müsse.

Ihre Gründe sind plausibel. Einer ihrer Mitstreiter, der Historiker Eberhard Jäckel, erläutert in Lea Roshs Buch die These von der »Einzigartigkeit des Mordes an den euro-

päischen Juden«, eine These, die keine noch so bemühte »Historisierung« bislang hat widerlegen können; Tilman Fichter zeichnet die »Vorgeschichte des Denkmals« nach, die sich als eine des vergeblichen Versuchs weiterer Teile der deutschen Öffentlichkeit zeigt, zur Tagesordnung überzugehen, und Jakob Schulze-Rohr stellt noch einmal die prämierten Entwürfe des Wettbewerbs vor, der schließlich zur Auswahl des von dem amerikanischen Architekten Peter Eisenman entworfenen Stelenwaldes führte.

Welche administrativen und politischen Hindernisse nun noch auftreten werden, bleibt abzuwarten. Dass der Bundestagsbeschluss kein Ende der Querelen bedeutet, muss man befürchten. Was das Buch von Lea Rosh und ihren Mitstreitern so wichtig macht, ist ihre Einsicht, dass es sich bei dem Streit um einen handelt, der geführt werden musste, dass es dabei nicht bloß um irgendein Monument geht, sondern um eine Debatte von hoher symbolischer Bedeutung. Ihren pädagogischen Mehrwert bezieht es aus der ebenso temperamentvollen wie spontanen Art, wie Lea Rosh selbst berichtet, polemisiert, argumentiert: Wer erfahren will, wie eine Zivilgesellschaft derartige Probleme lösen sollte, der kommt um ihre kämpferische Schrift nicht herum, da wird nicht die »Moralkeule« geschwungen, die Walser zu fürchten vorgibt, vielmehr mit offenem Visier für etwas gestritten, von dessen Wichtigkeit und Triftigkeit die Autoren überzeugt sind. Ihr Fazit ist nicht beruhigend: »Etwas zeigte die Diskussion: Nun sind die Juden wieder endgültig die anderen. Sie gehören nicht dazu. Gehörten sie denn vorher dazu? Oder war das ein Trugschluss? Wenn sie dazugehört hätten, wäre es doch nicht so leicht, sie wieder ins Abseits zu stellen. Bei uns hieß und heißt es immer noch: Deutsche und Juden. Als ob die Juden keine Deutschen wären. Ich habe in den Ländern, die ihre Juden gerettet haben, und das waren in Europa immerhin sieben Länder, oft den Satz gehört: ›Wir lassen uns doch unsere Juden

nicht wegnehmen«. Unsere Juden. Schöner Satz. Aber gilt er bei uns? Sind unsere Juden wirklich unsere Juden? Es sieht nicht so aus, als hätte sich bei uns etwas geändert.«

Was Lea Rosh umtreibt, das macht sie an der Geschichte des württembergischen Dorfes Buttenhausen klar. Dort hatten dreihundert Jahre lang Deutsche und Juden »in guter Nachbarschaft« gelebt. Bis 1933.

Nach dem Krieg hatte einer die Geschichte dieser aufgekündigten Nachbarschaft beschrieben und Lea Rosh berichtet von einem Treffen Überlebender mit den Dorfbewohnern, deren Eltern und Großeltern zwar gegen den Abtransport von geistig Behinderten aus ihrer Gemeinde, jedoch nicht den der Juden protestiert hatten. »Spitz und nachdrücklich sagte die alte Frau aus Rosels Haus: Die Behinderten, das waren Familienangehörige. Atemholen. Und dann: Die Juden, das waren die anderen!«

Das ist die Quintessenz einer Erfahrung, der zu begegnen das Denkmal für die ermordeten Juden in Berlin notwendig ist. Wer daran zweifelt, wird es nach der Lektüre von Lea Roshs Buch schwerer haben.

Fritz Stern:

Variationen des Schweigens

Korn wie Rosh gehören zu jener mittleren Generation, die bereits geboren war, als die Barbarei wütete, die aber selbst daran kaum andere Erinnerungen haben kann als solche aus zweiter Hand: den Erzählungen der Älteren. Fritz Stern, dessen historische Essays *Das feine Schweigen* um die Fragen kreisen, die Korn und Rosh bewegen, gehört zu denen, die selbst schon denken und fühlen konnten, als Europa verheert wurde. In seinen Essays befasst er sich mit verschiedenen Formen des Schweigens, die dazu beitragen, dass geschehen konnte, was geschah.

Er greift weit zurück, bis zu Jacob Burckhardt, dessen Antisemitismus er ebenso genau wie bekümmert beschreibt und zu Max Planck, der schwieg »um Schlimmeres zu verhindern«; er zitiert aus einem Brief, den

der Physiker Max von Laue nach dem Krieg an die emigrierte Physikerin Lise Meitner (eine enge Mitarbeiterin Plancks) geschrieben hat. »Wir haben alle gewusst, dass Unrecht geschah, aber wir wollten es nicht sehen, wir betrogen uns selbst und brauchen uns nicht wundern, dass wir dafür bezahlen müssen.« Für Stern ist dies »die Signatur des kurzen Jahrhunderts«.

Nicht sehen zu wollen, das ist die unaustilgbare Schuld jener, die sich nicht am Morden beteiligten, die es aber auch nicht verhinderten, es nicht einmal versuchten.

Stern ist ein behutsamer Zeitzeuge. Er trumpsft nirgends auf. Das »feine Schweigen« – der Eliten vor allem – verstört ihn und macht ihn aufmerksam auf Anzeichen, die anderen unbeachtlich erscheinen. Er findet in der deutschen Geschichte Analogien, die unsere Aufmerksamkeit schärfen können. Am Ende zitiert er Nietzsche: »Das habe ich gethan«, sagt mein Gedächtnis. Das kann ich nicht gethan haben – sagt mein Stolz und bleibt unerbittlich. Endlich giebt das Gedächtnis nach.«

Dass es nicht nachgäbe, dazu bedarf es auch der äußeren Hilfen – etwa des Denkmals, das auch ein Mahn-Mal ist.

Salomon Korn: Geteilte Erinnerung – Beiträge zur deutsch-jüdischen Gegenwart, Philo Verlagsgesellschaft, Berlin 1999, 265 Seiten, gebunden, DM 38,00;

Lea Rosh: »Die Juden, das sind doch die anderen – Der Streit um ein deutsches Denkmal«; mit Beiträgen von Eberhard Jäckel, Tilman Fichter, Jakob Schulze-Rohr, Wolfgang Ullmann, Philo Verlagsgesellschaft, Berlin 1999, 276 Seiten, gebunden, DM 39,80;

Fritz Stern: Das feine Schweigen – Historische Essays, C.H. Beck Verlag, München 1999, 190 Seiten, gebunden, DM 34,00.

Autorinnen und Autoren

Claudia Aldenhoven, geb. 1964, ist Biologin und lebt als Wissenschaftsjournalistin in Berlin.

Esther Dischereit, geb. 1952, lebt als freie Publizistin in Berlin.

Kurt Lenk, geb. 1929, emeritierter Politologe, lebt als freier Publizist in Erlangen.

Elmar Salmann, geb. 1948, Benediktiner der Abtei Gerleve, seit 1981 Professor für Philosophie und Systematische Theologie an S. Anselmo und der Gregoriana in Rom.

Thomas E. Schmidt, geb. 1959, bis 1999 Feuilletonchef der WELT, lebt in Berlin.

Gerhard Schröder, geb. 1944, ist Bundeskanzler und SPD-Parteivorsitzender.

Susann Sitzler, geb. 1970, lebt als freie Autorin in Berlin.

Ruthard Stäblein, geb. 1953, Rundfunkjournalist, lebt in Frankfurt am Main.

Agnes Steinbauer, lebt als freie Journalistin in Berlin.

Roland H. Wiegenstein, geb. 1926, freier Publizist, lebt in Berlin und in der Toskana.

Moshe Zuckermann, geb. 1949, lehrt am COHN INSTITUTE FOR THE HISTORY AND PHILOSOPHY OF SCIENCE AND IDEAS in Tel Aviv.

Unser Thema im Mai:
Menschenrechte

Über Interventionsmoral und Weltinnenpolitik diskutieren Matthias Kamann, Patrick Horst, Kersten Knipp u.a. Außerdem führen wir ein Gespräch mit dem neuen SPÖ-Vorsitzenden Alfred Gusenbauer.



Foto: Peter Albaum / JOKER

Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

Herausgegeben für die *Holger Börner, Klaus Harpprecht,*
Friedrich-Ebert-Stiftung von *Carola Stern und Hans-Jochen Vogel*

Redaktion *Peter Glotz (Chefredakteur)*
Norbert Seitz (verantwortlich)
Sonja Thränert (Assistenz)
Elke Schubert (Berliner Facetten)

Redaktionskreis *Tilman Fichter, Eve-Marie Kallen, Christine*
Pries, Burkhard Reichert, Hans-Joachim
Schabedoth, Uli Schöler und Johano Strasser

Neu *Rainer Münz, Dierk Spreen, Tina Stadlmayer*

Redaktionsbeirat *Frank Benseler, Jürgen Burckhardt,*
Gottfried Erb, Iring Fetscher,
Horst von Gizycki, Martin Greiffenhagen,
Norbert Greinacher, Tomas Kosta,
Ferdinand W. Menne, Thomas Meyer,
Susanne Miller, Siegmur Mosdorf,
Peter von Oertzen, Richard Schröder,
Wolfgang Thierse und Christoph Zöpel

Anschrift der Redaktion c/o Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin
HiroshimasträÙe 17 10785 Berlin
Telefon 030 / 26 93 58 18-21
Telefax 030 / 26 93 58 55

Verlag und Anzeigenverwaltung Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger GmbH
In der Raste 2 53129 Bonn
Telefon 02 28 / 23 80 83
Telefax 02 28 / 23 41 04

Anzeigenpreisliste
Nr. 27 vom 1.1.2000

Anzeigenverwaltung:
Margret Reichert

Umschlag- und Innenkonzept
Groothuis + Malsy, Bremen

Satz und Lithografie: Dr. Mänken GmbH, Bonn
Druck und Verarbeitung: satz+druck gmbh, Düsseldorf

Bezugsbedingungen

Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte erscheint monatlich wobei die Hefte 1/2 und 7/8 im Januar bzw. Juli als Doppelheft erscheinen. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag, ISSN 0177-6738
Einzelheft DM 14,80/sFr 14,80/öS 108,00 frei Haus;
Doppelheft DM 29,60/sFr 29,60/öS 216,00 frei Haus;
Jahresabonnement DM 99,00/sFr 92,00/öS 723,00 frei Haus. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt (Lieferende mit Heft 12).
In den Bezugspreisen sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.